2 deutsche architektur



erlin
ebruar
972

BdA unterstützt Wohnungsbau • Planung und Aufbau von Leipzig • Komplexer Wohnungsbau und Industriebau in der Messestadt

reis 5,— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassill-Lewsky 6
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 — Vinohrady, Vinohradská 46 —
Bratislava, ul. Leningradska 14
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A — 1011, Wien I, Salzgries 16

- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

- Westdeutschland
- Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin, Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
Veröffentlichungsgenehmigung Nr. P 522/71

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)

Aus dem vorigen Heft:

Städtebau und sozialistische Demokratie
Umfrage der Redaktion „deutsche architektur"
Die Planung von Wohnungsbauten im Stadtzentrum von Frankfurt (Oder)
Neue Tendenzen in der Entwicklung des Massenwohnungsbaus der Sowjetunion
Neubukow — zur Nutzung baulicher Ressourcen
im städtebaulichen Umgestaltungsprozeß
Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau

Im nächsten Heft:

27. Plenartagung der Deutschen Bauakademie
Zur Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus im Fünfjahrplan
Wohnkomplex Amtsfeld in Berlin
Wohnkomplex am Ostbahnhof in Berlin
Bauten der Milchindustrie
Zur Entwicklung mehrgeschossiger Mehrzweckgebäude
Lackkunstharzfabrik Zwickau

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 30. November 1971
Illusdruckteil: 8. Dezember 1971

Titelbild:

Springbrunnen vor dem Informationszentrum am Sachsenplatz in Leipzig
Foto: Herbert Lachmann, Leipzig

Fotonachweis:

Wolf Abbé, Berlin (1); Scupin, Schwerin (1); Gerhard Krenz, Berlin (1); Foto-Brüggemann, Leipzig (13); WGK Leipzig (7); Zentralbild/Thieme (1); Zentralbild/Ahnert (1); Monika Mayer-Günther, Halle (3); Johannes Hänel, Leipzig (1); Heinz Krabbes, Leipzig (1); H. Lindner, Leipzig (3); Günter Lüttig, Leipzig (5); Foto-Weber, Leipzig (7); Herbert Lachmann, Leipzig (9)/ Heyphot, Leipzig (1); Rudyard Meinke, Berlin (3)

2 deutsche architektur

XXI. Jahrgang
Berlin
Februar 1972

Dieses Heft wurde in Zusammenarbeit mit der Bezirksgruppe Leipzig des Bundes der Architekten der DDR gestaltet.
Idee und Koordinierung:
Pressekommission der Bezirksgruppe
Dipl.-Ing. Georg Eichhorn, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA/DDR Fritz Lipinski
Dipl.-Arch. Hermann Lucke, Architekt BdA/DDR, Vorsitzender der Pressekommission
Dipl.-Ing. Eberhard Meinhold, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA/DDR Wolfgang Schreiner
Dipl.-Ing. Wolfgang Weber, Architekt BdA/DDR

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund der Architekten der DDR

Redaktion:
Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

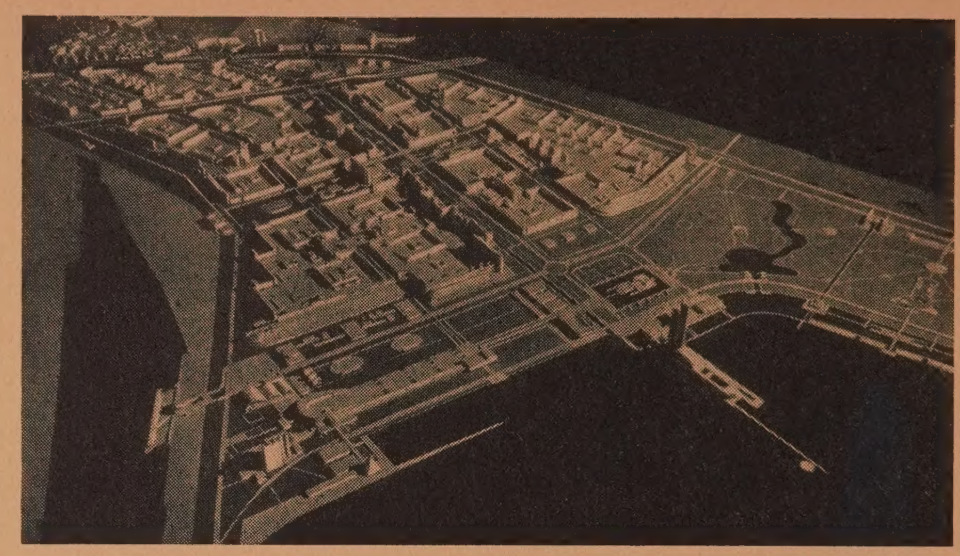
Korrespondenten im Ausland:
Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag)
Daniel Kopeljanski (Moskau), Nadja Nadjiewa (Sofia), Zbigniew Pininski (Warschau)

BdA der DDR beriet Mitarbeit beim Wohnungsbauprogramm

Am 3. 12. 1971 führte der Bundesvorstand des BdA der DDR unter Leitung des Präsidenten, Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein, seine 2. Sitzung durch.
Der Bundessekretär, Architekt Werner Wachtel, ging in seinem Bericht auf die Arbeit des Bundes seit dem VIII. Parteitag der SED ein.
Der Erfahrungsaustausch mit den Bezirksgruppen habe gezeigt, daß zahlreiche Kollegen und Organe des Bundes bestrebt sind, an ihrem Arbeitsplatz aktiv auf die Lösung der neuen Aufgaben, insbesondere im Wohnungsbau, Einfluß zu nehmen. Als besonders wirksam habe sich dabei die direkte Beteiligung der Architekten in der Neuererbewegung erwiesen.
Ein Schwerpunkt der Beratung waren Probleme der Entwicklung des Industriebaus. Dazu referierten der Direktor des Instituts für Industriebau der Deutschen Bauakademie, Dr. Gißke, Prof. Dr. Lander von der TU Dresden, der Vorsitzende der Zentralen Fachgruppe Industriebau des BdA, Dipl.-Ing. Böttcher, und Dipl.-Ing. Nestler.
Zu dem Hauptthema der Bundesvorstandssitzung sprach Dipl.-Ing. Kluge, Abteilungsleiter im Ministerium für Bauwesen, über die Auswertung des Ministerratsbeschlusses über erste Maßnahmen zur Sicherung des Wohnungsbauprogramms im Fünfjahrplan. Das Ziel, 500 000 neue Wohnungen bis 1975 zu schaffen, stelle an alle Architekten hohe Anforderungen. Die komplexe Rationalisierung der Erzeugnisse und Verfahren ist der Hauptweg, um diese Aufgabe zu meistern.
Der Bundesvorstand faßte einen Beschluß, in dem alle Architekten der DDR aufgerufen werden, mit ihren Ideen und Vorschlägen aktiv das Wohnungsbauprogramm zu unterstützen (siehe Seite 68).

DDR-Ausstellung in Kosice

Anläßlich der Kulturtage der DDR wurde am 17. 10. 1971 in Košice in Anwesenheit des Sekretärs der Bezirksleitung, Jána Brondoša, und des Oberbürgermeisters von Košice, Gomboša, vom Vorsitzenden des Kulturausschusses des Bezirks, Prof. Baran, die Ausstellung „Städtebau und baugebundene Kunst in der DDR" eröffnet.
In seiner Eröffnungsansprache unterstrich der 1. Vizepräsident des BdA der DDR, Prof. Hans Gericke, den Wert des Erfahrungsaustausches zwischen unseren freundschaftlich verbundenen Völkern. Mit der Ausstellung, die sich bewußt auf die Städte Berlin, Dresden und Stralsund beschränkt, sollte ein Einblick gegeben werden in die Vielfalt der architektonischen und künstlerischen Ergebnisse bei der sozialistischen Umgestaltung der Städte in der DDR.



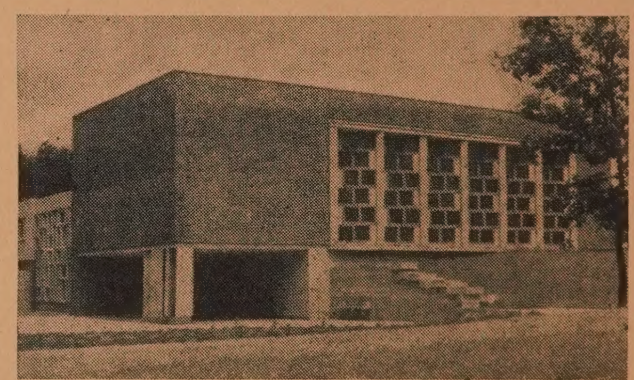
Diese großzügige Planung für den Neuaufbau der Uferzone des Kirow-Rayons von Leningrad befindet sich bereits in der Phase der Realisierung.

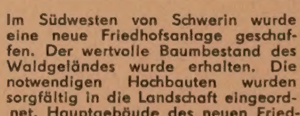


Mit großer Sorgfalt unterhält man einen unter Denkmalschutz stehenden Teil der Altstadt der bulgarischen Messestadt Plovdiv. Nur wenige der alten, meist aus Holz gebauten Häuser werden als kulturhistorische Museen genutzt. Die meisten Häuser dienen einer zeitgemäßen Nutzung. Einige sind Klubhäuser, die meisten sind heute Wohnungen. Die Mieter, die diese Häuser nach Richtlinien der Denkmalpflege pflegen, erhalten zum Ausbau staatliche Zuschüsse. Durch Nutzung wird die Instandhaltung ohne große staatliche Aufwendungen gesichert.

Zusammenarbeit im Bauwesen

„Den großen Nutzen freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen sowjetischen und DDR-Bauleuten habe ich in zahlreichen Betrieben und Ausbildungsstätten der DDR bestätigt gefunden." Das erklärte Professor Dr. Ilja G. Galkin, Leiter des Lehrstuhls Organisation und Planung der Bauproduktion am Ingenieurökonomischen Institut Moskau, nach einem DDR-Aufenthalt. Professor Dr. Galkin hatte Baubetriebe, Ingenieurschulen und örtliche Räte in mehreren Städten und Bezirken besucht und dabei wertvolle Erfahrungen sowjetischer Experten bei der Planung und Leitung des Bauwesens vermittelt. Bei seinem Aufenthalt in der DDR hätten ihn die Generalbebauungspläne verschiedener Städte besonders beeindruckt, bei denen die Erfordernisse der Entwicklung moderner Großstädte ebenso Berücksichtigung gefunden haben wie die Erhaltung kulturhistorisch wertvoller Bauten und die Fragen des Umweltschutzes. Über die gemeinsame Lösung von Aufgaben des Städtebaus und der Architektur war bereits 1960 der erste langfristige Vertrag zwischen der DDR und der UdSSR abgeschlossen worden. Gegenwärtig bearbeiten Baufachleute aus der DDR mit zwölf sowjetischen Institutionen gemeinsam 22 Forschungsvorhaben, unter anderem zum industriellen Bauen.





Im Südwesten von Schwerin wurde eine neue Friedhofsanlage geschaffen. Der wertvolle Baumbestand des Waldgeländes wurde erhalten. Die notwendigen Hochbauten wurden sorgfältig in die Landschaft eingeordnet. Hauptgebäude des neuen Friedhofes Schwerin-Haselholz ist eine Feierhalle (Bild oben).
Projektant: VEB Hochbauprojektierung Schwerin
Entwurf: Architekt Eva-Maria Hetzer
Gartengestaltung: Dipl.-Ing. Apelt
Statik: Ingenieur Heidrich

Eine Architekturausstellung der Schweiz wurde am 6. 12. 1971 in Anwesenheit des Stellvertreters des Ministers für Kultur, Bork, und des Präsidenten des BdA der DDR, Prof. Collein, in Berlin vom Präsidenten der Pro Helvetia eröffnet.

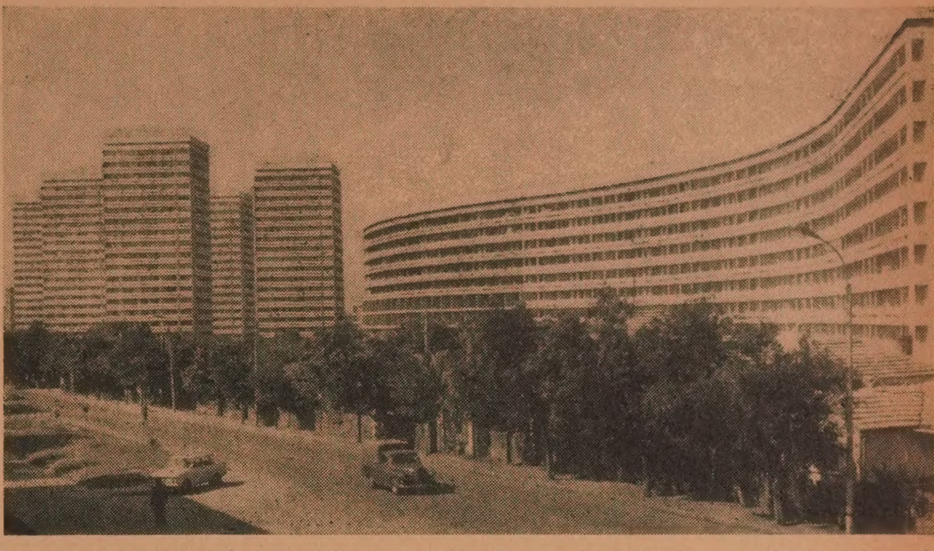


Plan zur Rettung Venedigs

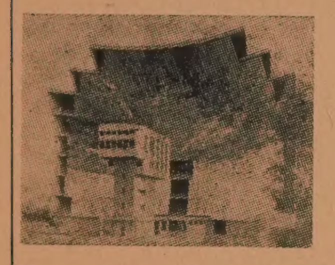
Die ins Grundwasser absinkende Lagunenstadt Venedig soll durch einen kürzlich von der italienischen Regierung bewilligten Plan vor dem Verfall bewahrt werden. Die Mittel hierzu hatte die UNESCO bereits im Frühjahr als eine Anleihe von rund eineinhalb Milliarden Mark Italien zur Verfügung gestellt. Sie sollen für neue Kanalisationsanlagen, für ein modernes Trinkwassersystem und für die Renovierung der historischen Bauten aufgewendet werden. Das Parlament muß jedoch noch seine Zustimmung geben, bevor mit dem Vierjahresprojekt begonnen werden kann. Seit 1908 ist die Kunststadt an der Adria um rund 14 Zentimeter gesunken. Experten haben errechnet, daß, falls Venedig in gleichem Maße weitersinkt, bis 1990 zwei Drittel der Altstadt unter Wasser stehen werde. Eine der wichtigsten Ursachen für die ständige Bodensenkung ist in den 20 000 artesischen Brunnen zu suchen, die die Altstadt und ihre umliegenden Industriegebiete mit Wasser versorgen. Besonders die Methangewinnung und der hohe Wasserverbrauch der Industriezone am Festlandufer beschleunigen das Absinken, indem sie ständig der Erde Flüssigkeit entziehen. Die Industrieanlagen zerstören das ökologische Gleichgewicht.

Plenum der Bauakademie

Am 8. 12. 1971 fand im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der Gründung der Deutschen Bauakademie die 27. Plenartagung unter Leitung des Präsidenten, Prof. Dipl.-Ing. Werner Heynisch, statt. In seinem Hauptreferat legte der Präsident Hauptentwicklungsrichtungen der Wissenschaft und Technik im Bauwesen und die neuen Aufgaben der Bauforschung, die sich aus den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED für den Fünfjahrplan ergeben, dar. Prof. Herholdt, Prof. Dr. Rattay, Dr. Wagner, Dr. Gißke und Prof. Dipl.-Ing. Schüttauf sprachen in Korreferaten über die Entwicklung im Wohnungsbau, im kommunalen Tiefbau, im Städtebau und im Kraftwerksbau sowie über die weitere Entwicklung des Einheitssystems Bau. Die Beratungen dieser bedeutsamen Tagung wurden durch ein Schlußwort des Ministers für Bauwesen, Wolfgang Junker, abgeschlossen. Minister Junker sprach dabei die Erwartung aus, daß die Bauforschung einen aktiven Beitrag leistet, um die Hauptaufgaben des Bauwesens im Fünfjahrplan mit höchster Effektivität zu lösen.

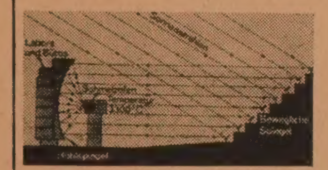


In der bulgarischen Hafenstadt Burgas wird ein umfangreiches Programm der Stadterneuerung realisiert, zu dem auch der Bau dieser modernen Wohnbauten gehört.



Sonnenkraftwerk

In den französischen Pyrenäen, etwa 100 km von Perpignan entfernt, wurde dieses Sonnenkraftwerk für experimentelle Zwecke errichtet. 63 spiegelnde Wände von je 45 m² Größe reflektieren das Sonnenlicht auf ein riesiges Paraboloid von rund 2000 m², von dem



aus das Licht auf eine 18 m entfernte Heizzentrale konzentriert wird. Im Brennpunkt der Spiegelfläche wird eine Temperatur von bis zu 3500 Grad Celsius erreicht, die auch für metallurgische Prozesse genutzt werden kann. Die große Spiegelfläche wurde an ein Büro- und Laborgebäude montiert.

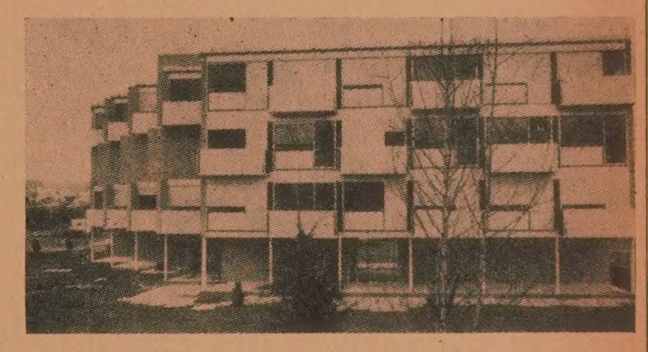
Lichtpaus-Maschine ba 111

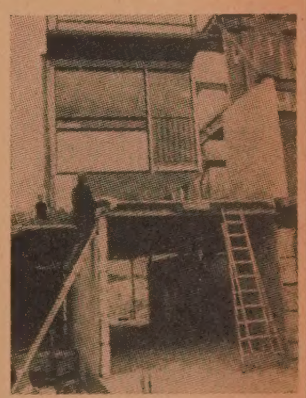
Eine neuartige Tisch-Lichtpaus-Maschine ist in Ungarn entwickelt worden. Die Maschine eignet sich zum schnellen Kopieren von maximal 650 mm breiten Zeichnungen und anderen Dokumentationen in Fabriken, Entwurfs- und Konstruktionsbüros. Auf der Maschine vom Typ ba 111 lassen sich sofort verwendbare Kopien in beliebiger Zahl herstellen. Das Diazopapier kann mit dem in den Einlegtisch eingebauten Messer auf die Länge des Originals geschnitten werden. Lichtpauspapier und Original gelangen zusammen in den Belichtungsteil des Aggregats zwischen die rotierenden Belichtungszylinder und die Transportbänder. Die Maschine trennt automatisch die Lichtpause vom Original.



Krise der kleinen Büros

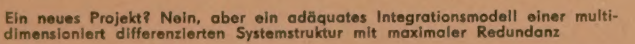
Nach einer Umfrage der Architektenkammer Baden-Württemberg über die Situation der Architekten wurde festgestellt, daß die Existenzmöglichkeit kleiner Architektenbüros immer mehr schwindet. Vor allem 1966/67 hat sich der Konkurrenzdruck auf die kleinen Büros so verstärkt, daß viele jüngere Architekten dort keine Perspektive mehr sehen. Umfangreiche Bauaufgaben werden in zunehmendem Maße von großen kapitalistischen Baugesellschaften, Bauunternehmen oder staatlichen Stellen der BRD projektiert.



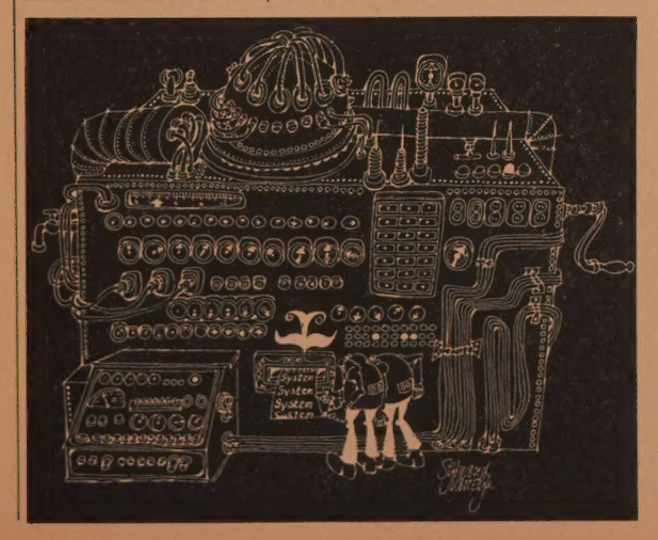


Eine neue Bauweise

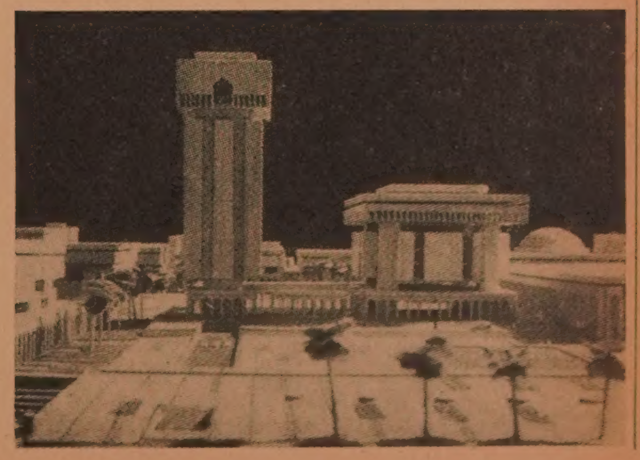
Eine neue Montagebauweise, die vornehmlich im mehrgeschossigen Wohnungsbau Anwendung finden soll, wurde von französischen Architekten und Ingenieuren experimentell erprobt. Die Konstruktion besteht aus leichten, tragenden, montierbaren Stahlrahmen und leichten, nichttragenden Raumzellen. Die Besonderheit dieser Bauweise besteht darin, daß die Vorfertigung in zwei Stufen erfolgt. In einem zentralen Vorfertigungswerk werden zunächst ebene Stahlrahmen, Decken und die Wände der Raumzellen vorgefertigt. Von dort werden die Elemente zur Baustelle transportiert und dann in einem großen Zelt zu räumlichen Rahmentragwerken und den Raumzellen zur Montage komplettiert. Der Vorteil soll in einem geringen Transportvolumen, in der Anwendung relativ leichter Hebezeuge auf der Baustelle liegen.



Ein neues Projekt? Nein, aber ein adäquates Integrationsmodell einer multidimensioniert differenzierten Systemstruktur mit maximaler Redundanz



Für Bagdad wurde dieses Projekt eines Verwaltungszentrums ausgearbeitet



Unser Wohnungsbauprogramm – Sache aller Architekten

Beschluß der 2. Sitzung des Bundesvorstandes des Bundes der Architekten der DDR

In Auswertung des VIII. Parteitages der SED und des Beschlusses des Ministerrates über erste Maßnahmen zur Sicherung des Wohnungsbauprogramms im Fünfjahrplan hat sich der Bundesvorstand des BdA der DDR in seiner 2. Sitzung mit den Aufgaben des Bundes bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogrammes im Fünfjahrplan 1971 bis 1975 beschäftigt.

Der BdA der DDR begrüßt die auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossene Linie in der Wohnungspolitik, die konsequent auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse, gerichtet ist. Er wird seine gesellschaftliche Aktivität darauf konzentrieren, alle geistigen Potenzen seiner über 3000 Mitglieder fördern, um diese ebenso schwierige wie begeisternde Aufgabe erfüllen zu helfen.

In den Vordergrund stellen wir dabei den Erfahrungsaustausch, die Klärung solcher ideologischer Fragen wie die politische Bedeutung des Wohnungsbaus in unserer Gesellschaft und die Auseinandersetzung mit Tendenzen des Subjektivismus, die uns hindern, unsere ganze Aufmerksamkeit den berechtigten sozialen Interessen der Werktätigen zu widmen.

Ganz im Sinne der Regierungserklärung, die unsere volle Zustimmung findet, werden wir die Rationalisierung im Wohnungsbau und die Verbreitung der besten wissenschaftlich-technischen Erfahrungen, besonders aus der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, unterstützen.

Der Bundesvorstand wendet sich an die Mitglieder unseres Bundes und alle Architekten in der Praxis, in der Forschung und in den staatlichen Organen mit dem Aufruf, mit ihrer persönlichen Initiative, mit ihren Ideen und Vorschlägen zur Verwirklichung unseres Wohnungsbauprogrammes aktiv beizutragen.

Besondere Schwerpunkte sind dabei

- die Qualifizierung der städtebaulichen Planung zur Einhaltung der staatlichen Normative, insbesondere durch Senkung des Aufwandes für die Erschließung
- die aktive Unterstützung der örtlichen Organe in den Kreisen bei der Modernisierung, dem Um- und Ausbau von Wohnungen sowie bei der Auswahl von Standorten für den individuellen Wohnungsbau
- die Mitarbeit an den Rationalisierungskonzeptionen der Baukombinate, insbesondere bei der Rationalisierung in der Vorfertigung und im Ausbau mit dem Ziel der Senkung der Kosten, des Materialaufwandes und der Bauzeiten
- die Rationalisierung vorhandener und die Entwicklung neuer, rationeller Projekte für alle Formen des Wohnungsbaus
- die Entwicklung rationeller Methoden für die Erhaltung und Modernisierung der Wohnungsbausubstanz
- und nicht zuletzt die Erhöhung der architektonischen und städtebaulichen Qualität in enger Gemeinschaftsarbeit mit den Auftraggebern, der Bauausführung und den künftigen Bewohnern.

Nach dem Beispiel von Kollegen aus den Bezirksgruppen Rostock und Erfurt sollten alle konstruktiven Ideen als konkrete Vorschläge in die Neuererbewegung einfließen, weil damit ihr schnelles Wirksamwerden am besten gesichert werden kann.

Die besten Erfahrungen sollen 1972 in einer besonderen Sitzung des Bundesvorstandes, in Seminaren und in einer internationalen Fachtagung über Probleme des Wohnungsbaus im Fünfjahrplan ausgewertet und verallgemeinert werden.

Der Bundesvorstand beauftragt das Büro des Präsidiums, allen Organen des Bundes bei der Realisierung dieses Beschlusses entsprechende Anleitung und Unterstützung zu geben und im Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit dem Ministerium für Bauwesen zusammengefaßte Vorschläge kurzfristig zur Auswertung zu unterbreiten. Es geht um jeden schöpferischen Gedanken! Kein Vorschlag darf der Gesellschaft verlorengehen!

Bundesvorstand des BdA der DDR

Schach im Freien. So wie hier in dieser Stadt sollte man in allen neuen Wohngebieten versuchen, mit einfachen Mitteln interessante Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung, für Spiel und Unterhaltung zu schaffen. Wo gibt es dazu neue Ideen und Beispiele? Wir bitten unsere Leser, uns ihre Gedanken als Anregung für andere Kollegen mitzuteilen.



Diskussion

Gedanken zum Wohnungsbauprogramm bis 1975

Dipl.-Wirtschaftler Harry Rudolph

In der Direktive des VIII. Parteitages zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1971–1975 werden den Bauschaffenden große Ziele gestellt. Die Aufgabe, in diesem Zeitraum die Substanz des Wohnraums um 500 000 Wohnungen zu vergrößern, ist – darüber müssen sich alle Verantwortlichen klar sein – nur durch konzentrierteste Arbeit und höchste Anstrengungen zu erreichen. Wir wollen mit der entscheidenden Verbesserung der Wohnungssituation die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer werktätigen Bevölkerung wesentlich erhöhen. Dabei ist es erforderlich, diese Aufgabe mit Rationalität, unter sparsamstem Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und der materiellen und finanziellen Ressourcen lösen. Deshalb orientieren wir auch auf die unter unseren nationalen Bedingungen ökonomischste Form des Wohnungsbaus, die Errichtung der Wohnungen in vorwiegend fünf- und sechsgeschossiger Bauweise bei Berücksichtigung der für die weitere Gestaltung unserer sozialistischen Stadtzentren architektonischen Erfordernisse.

Aus diesen Aufgabenstellungen erwachsen für die Städtegestalter neue und gewiß nicht einfache Probleme. Die hohe Zahl zu errichtender Wohnungen zwingt uns zur Durchsetzung der ökonomischsten Bauweisen. Das darf jedoch nicht alleiniges Entscheidungskriterium sein, sonst würden wir wesentliche gesellschaftliche Faktoren der komplexen Umweltgestaltung vernachlässigen.

In den letzten Jahren konnten für unsere sozialistische Gesellschaft in allen wichtigen Zentren gesellschaftlichen Lebens kühne Entwürfe für ein neues sozialistisches Städtebild in die Tat umgesetzt werden. Gegenwärtig können wir voll Stolz feststellen, daß in der Hauptstadt der DDR und den meisten Bezirksstädten sowie einer großen Anzahl weiterer wichtiger Städte ein sozialistisches Städtebild in den Grundzügen seine Ausprägung erfahren hat.

Zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms ist es erforderlich, alle Formen und Möglichkeiten einer weiteren effektiven Strukturbildung zu nutzen. Dabei wird es in diesen Jahren ganz besonders darauf ankommen, neue variable Formen eines die alten Wohngebiete durchdringenden Neubauprogramms zu finden. Die Hauptbaumethode dieser Jahre kann nicht mehr die ausschließliche Gestaltung des Neuen unter völliger Liquidation des Alten sein, sondern muß eben in der geschickten Durchdringung der alten mit neuen Stadtstrukturen bestehen, unter sorgfältiger Auswahl der erhaltenswerten Bausubstanz.

Es ist für Stadtplaner und Architekten ungleich komplizierter, vorhandene Stadtsubstanz in größerem Umfang in die städtebaulichen Projekte einzuordnen, als auf „leergeräumtem Felde" die harmonisch ausgewogene Modellvorstellung zu realisieren. Die alten Stadtstrukturen sind auf der Grundlage anderer, heute nicht mehr gültiger Entwicklungs-Gesetzmäßigkeiten entstanden. Ihre Verbindung mit den neuen konzeptionellen, städtebaulichen Grundregeln erscheint zunächst kaum möglich. Sie muß aber unbedingt bewältigt werden. Dies aus folgenden Gründen:

- Ökonomische Überlegungen lassen einen radikalen Abriß vorhandener Bausubstanz der peripheren Gebiete des Stadtzentrums nicht mehr zu.
- Durch die Einordnung alter Stadtstrukturen in die neuen Planungen kann das für die Zukunft historisch Wertvolle als Faktor der weiteren Stadtausprägung sinnvoll genutzt werden.
- Die in den alten Stadtgebieten vorhandenen Infrastrukturen können bei überlegter Stadtplanung mit großem ökonomischem Nutzen Ausgangspunkt der Versorgung für die neuen Stadtstrukturen werden.

Natürlich ist es auf jeden Fall für die Anwendung der Methoden einer massenhaften Wohnungsfließfertigung günstiger oder sogar Vorausbedingung, auf weiträumigem Areal unter konzentriertem Einsatz modernster Technik und Technologie zusammenhängende, große Wohnkomplexe zu errichten. In unseren Städten wird man dies auch weiterhin schwerpunktmäßig durchzusetzen versuchen. Doch stößt schon jetzt diese Form des Bauens, insbesondere in Berlin, auf Grenzen der möglichen Standortwahl. Die neuen Standorte fordern einen höheren Erschließungsaufwand in bezug auf die Ausbildung der Verkehrsnetze wegen der bedeutenden räumlichen Ausdehnung der Großstadt. Daß man sich gerade in Berlin auch zur Wahl nicht so ungünstiger Standorte für den konzentrierten Bau neuer Wohngebiete entschließen mußte, beweist, daß diese Grenzen bereits recht eng gezogen sind. Als Beispiel mag hier der im Bau befindliche Wohnkomplex „Amtsfeld" dienen. Dieser Standort befindet sich in nicht sehr günstiger Lage zum bestehenden Verkehrsnetz. Der gesamte Verkehr kann hier nur über Bus und Straßenbahn zur nächsten S-Bahnstation Köpenick bewältigt werden. Er verläuft durch die Altstadt von Köpenick, die gegenwärtig ein kritischer Punkt für den fließenden Verkehr ist, so daß mit Fahrzeiten zum Stadtzentrum von mindestens einer Stunde gerechnet werden muß. Dies kann keine überraschende Feststellung für den Stadtplaner sein, da der seit Jahren fertige Wohnkomplex „Kietzer Feld" – 15 Minuten vom Amtsfeld gelegen – bereits unter dieser Lage leidet.

Die Durchlaßfähigkeit und damit Beschleunigung des Straßenverkehrs kann mit den vorhandenen Verkehrsmitteln kaum den Anforderungen entsprechend erhöht werden. Neue rationelle Verkehrslösungen können wegen des sehr hohen Aufwandes in nächster Zeit nicht geschaffen werden.

Was kann in dieser Situation an neuen, ergänzenden Lösungen für den künftigen Wohnungsbau Anwendung finden? Überlegenswert scheint folgendes:

1. Die alte Stadtstruktur zeigt sehr viel Bausubstanz, die bei entsprechender Rekonstruktion noch für lange Zeit nutzbar ist. Diese muß auf jeden Fall erhalten bleiben.
2. Die in den peripheren Regionen Berlins vorhandenen Infrastrukturen können weitgehend auch künftig genutzt werden.
3. In die alte Stadtstruktur lassen sich Neubauten unter Nutzung der vorhandenen Infrastruktur einordnen. Ihren Platz können sie an den Standorten nicht erhaltungswürdiger Altbausubstanz und den noch vom letzten Kriege herrührenden, inzwischen von Trümmern geräumten, unbebauten Flächen finden.
   Damit sind die erforderlichen Erschließungskosten relativ niedrig.
4. Für diese Form umfangreicher Einordnung von Neubauten in alte Wohngebiete ist eine technische und technologische Konzeption erforderlich, die die Anwendung industrieller Fertigungsmethoden auch unter den Bedingungen relativ geringer Konzentration weitgehend ermöglicht.
   Sie erfordert insbesondere die Entwicklung eines Elementesortiments für einen variablen Gebäudetyp auf der Grundlage vorhandener Typen in Kombination mit speziellen Anschlußelementen zur Verbindung mit der Altbausubstanz und die Lösung des Problems der Wärmeversorgung für derartige Standorte.

Die fünf- und sechsgeschossige Bauweise ist für diese Form äußerst geeignet. Mit ihr ist es möglich, in Ergänzung der konzentrierten Bauweise ganzer Wohnkomplexe folgende Ziele zu erreichen:

- organische Einordnung der fünf- und sechsgeschossigen Bauweise in ein vorhandenes Stadtbild,
- Anreicherung des vorhandenen Stadtbildes mit neuem Inhalt und damit schrittweiser Strukturwandel,
- Erhaltung einer noch auf lange Zeit nutzbaren Altbausubstanz,
- geringer Erschließungsaufwand und geringer Aufwand für die Schaffung der notwendigen Infrastrukturen.

Natürlich kann dieser Weg der Neubautätigkeit nur die Erschließung zusätzlicher Reserven darstellen. Inwieweit er tatsächlich in größerem Umfange gangbar ist, muß von den Experten unvoreingenommen geprüft werden. Erfahrungen aus Einzelbeispielen sind vorhanden. Möglicherweise wird die Anregung zunächst auf Ablehnung stoßen, da ihre Realisierungsschwierigkeiten groß erscheinen und es natürlich für den Architekten attraktiver ist, mit der Gestaltung eines komplexen Neubauwohngebietes den großen Wurf zu tun. Aber sind wir nicht im Interesse unserer hohen Ziele für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen genötigt, alles auf Reserven hin „abzuklopfen" und der Bevölkerung in den alten Stadtgebieten nicht nur durch Rekonstruktion der bestehenden Wohnbausubstanz, sondern auch durch deren Ergänzung und Verflechtung mit neuen Bauten bessere Umweltbedingungen zu schaffen? Anregungen sollten nicht, auch wenn sie auf den ersten Blick problematisch erscheinen, pauschal verworfen werden. Die Generalbebauungspläne sind kein enges Dogma, sie geben einer Anreicherung mit neuen Erkenntnissen genügend Raum. Denn interessant ist nicht ausschließlich die geschaffene Anzahl von Neubauwohnungen, sondern der echte Zugang an Wohnungen, deren absolute Zunahme.

Bitte beachten Sie auch den Neuerervorschlag auf Seite 117, der auch in anderen Bezirken sinnvoll angewendet werden kann. Wie viele solcher Vorschläge, die helfen, unsere Wohngebiete rationeller zu errichten, mögen noch in Köpfen und Schubkästen schlummern? Wir möchten sie zu unser aller Nutzen veröffentlichen. Schreiben Sie uns darüber!

Hinweis: Die in den folgenden Beiträgen genannten Betriebe, das VE Hochbaukombinat Leipzig und das VE Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Leipzig wurden am 1. 1. 1972 zum VEB Baukombinat Leipzig vereinigt. Red.

Zur städtebaulichen Planung der Messestadt Leipzig

Prof. Dr.-Ing. Horst Siegel, BdA/DDR
Chefarchitekt der Stadt Leipzig
Honorarprofessor an der TU Dresden

Den industriellen Ballungsgebieten, den Zentren der Arbeiterklasse, kommt bei der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus im Fünfjahrplan bis 1975 und zeitlich darüber hinaus besondere Bedeutung zu.

Die Messestadt Leipzig ist ein typischer großstädtischer Kern in dem Ballungsraum Leipzig—Halle. Auf nur 2,8 Prozent der Fläche des Bezirkes Leipzig konzentrieren sich rund 40 Prozent der Wohnbevölkerung. In der Stadt Leipzig sind etwa 45 Prozent aller Werktätigen der Industrie und weit über 50 Prozent der Beschäftigten der Bauwirtschaft, des Handels und der infrastrukturellen Bereiche des Bezirkes konzentriert.

Leipzig, mit fast 600 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der Deutschen Demokratischen Republik, hat als Stadt der Messen, als ein Zentrum der Arbeiterbewegung, der Industrie, der Wissenschaften, der Kultur und des Sportes bedeutende nationale und internationale Funktionen zu erfüllen.

Mit über 4100 Einwohnern/km² ist Leipzig die Stadt mit der größten Bevölkerungsdichte der Republik. Die intensive Verflechtung mit ihrem Umland sowie mit dem gesamten Siedlungsgebiet wird durch die administrativen Grenzen nicht beeinflußt. Täglich sind es insgesamt 50 000 bis 60 000 Berufstätige und andere Bürger, die die Stadt besuchen oder aus der Stadt in die nahe gelegenen Industriekomplexe fahren.

Die Lösung der sehr vielfältigen und oft kompliziert verflochtenen Entwicklungsprobleme unserer Stadt ist eine sehr schwierige, aber zugleich interessante Aufgabe. Diese Aufgabe mit den Mitteln des Städtebaues und der Architektur vorausschauend meistern zu helfen ist unsere Zielstellung und unser Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen des werktätigen Volkes.

Im Rahmen dieser Publikation können nur einige Schwerpunkte der generellen städtebaulichen Planung geschildert werden, die einen Einblick geben sollen, wie wir uns bemühen, zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen.

■ Einheitliche rationelle Planung für Bebauung, Verkehr und technische Versorgung

Der Generalbebauungsplan, der Generalverkehrsplan und der Generalplan der technischen Versorgung sind inhaltlich und zeitlich koordiniert ausgearbeitet worden.

Im Generalbebauungsplan ist, abgeleitet aus den prognostischen Entwicklungstendenzen aller Bereiche, eine Zielvorstellung für die künftige räumliche und bauliche Entwicklung der Stadt dargestellt. Der Generalverkehrsplan beinhaltet eine entsprechende Zielvorstellung für die Hauptrichtung der komplexen Entwicklung des Verkehrs, insbesondere der Hauptnetze und wichtigsten Verkehrsanlagen. Im Generalplan der technischen Versorgung wurden die aus der räumlichen und baulichen Entwicklung der Stadt resultierenden Anforderungen an die Anlagen und Netze der stadttechnischen Versorgung ermittelt und die Konzeption für die Versorgung entwickelt.

Alle diese Zielvorstellungen sind zunächst nicht zeitlich begrenzt. Sie sind als Rahmen so gefaßt, daß sie der gesellschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Entwicklung, die durch eine außerordentliche Dynamik charakterisiert wird, aus heutiger Sicht den notwendigen Raum bieten. Die Bedingtheit einer solchen Feststellung ergibt sich aus dem Prozeßcharakter der Planungsarbeit und der Stadtentwicklung selbst. In allen Phasen der Stadtentwicklung muß ein optimales Funktionieren des Stadtorganismus und ein harmonisches Erscheinungsbild der Stadt gegeben sein. Das erfordert bei der Langlebigkeit der baulichen Anlagen ein ständig funktionierendes Nebeneinander von Altem und Neuem.

Um dieser Forderung zu entsprechen, wurden erkennbare Tendenzen in der Entwicklung der Hauptfunktionen der Stadt in ihren städtebaulichen Auswirkungen und Lösungsmöglichkeiten untersucht und durch Überlagerung wesentlicher Faktoren als städtebaulich-räumliche Netz- und Flächenangebote dargestellt.

Diese Angebote bilden die Grundlage für die weitere Planung räumlich begrenzter städtebaulicher Komplexe und deren etappenweise Realisierung entsprechend den ökonomischen Möglichkeiten.

Die Generalpläne sind einerseits eingeordnet in eine komplexe Planung, die mit der Entwicklung des Territoriums als großräumigem Siedlungssystem (Generalpläne des Bezirkes) beginnt und über die Generalpläne für das Funktionsgebiet der Stadt (im wesentlichen Stadt- und Landkreis) bis zu speziellen Plänen für Teilaufgaben und räumliche Teilkomplexe reicht. Andererseits sind die Generalpläne mit der Perspektivplanung und den langfristigen Konzeptionen verbunden, u. a. mit denen der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft, insbesondere der Bauindustrie.

■ Stadt und Gebiet

Die gebietliche Einordnung und damit die Stellung der Stadt im großräumigen Siedlungssystem wird charakterisiert durch die zentrale Lage zu den umliegenden Kreisstädten und deren Orientierung auf die Stadt Leipzig, die durch günstige Verkehrsverbindungen (Bahn und Straße) unterstützt wird. Besonders intensive Verbindungen und funktionelle Verflechtungen bestehen zum Raum Borna-Altenburg und zur Stadt Halle.

Der geplante Ausbau der Stadtschnellbahn verbessert die Anbindung der Region durch die direkten Anschlüsse an den Reichsbahnring und damit an große Teile des Stadtgebietes in ungebrochenem Verkehr.

So wird für eine künftige dynamische Entwicklung von Arbeitsstätten und Bevölkerung die notwendige Elastizität erreicht, indem sich Ansatzmöglichkeiten im Funktionsgebiet „Stadt" für bis zu 1 Million Einwohner ergeben. Dem steht jedoch als Alternative die maximale Entwicklung der umliegenden Kreisstädte gegenüber. Die geplante Verkehrslösung gestattet beide Varianten. Entscheidend für die Relation werden letztlich detaillierte ökonomische Aufwands- und Effektivitätsvergleiche sein.

■ Stadtstruktur

Der hohe Anteil überalterter, nicht mehr funktionstüchtiger und zum Teil nicht mehr modernisierungswürdiger Substanz in vielen Bereichen erfordert vor allem in struktureller Hinsicht eine schrittweise Umgestaltung der Stadt bei rationellster Nutzung und Erhaltung der vorhandenen baulichen Grundfonds. Diese Umgestaltung wird auf die Nutzung aller Vorteile der Konzentration, der Kom-



1



1 Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Müller (erster von links), im Gespräch mit Bauarbeitern auf der Wohnungsbaustelle Leipzig-Lößnig

2 Der Markt mit dem Alten Rathaus

3 Petersstraße und Markt mit dem Leipziger Messeamt

2
3



4 Im Stadtzentrum während der Messe

bination und der Kooperation der städtischen Funktionen orientiert.

Die Basis dafür bilden die physisch-geographischen Gegebenheiten und der Zustand der Substanz sowie der Grundnetze des Verkehrs als Hauptkommunikationsmittel.

Der geplante Aufbau eines schienengebundenen Verkehrsnetzes, im Prinzip bestehend aus einer Ringverbindung und Radialverbindungen, und die konsequente Orientierung der Baugebiete auf die Einzugsbereiche dieser Trassen führen zu einer Grundstruktur der Stadt, die in konzentrisch gelagerten Zonen, überlagert mit radial gerichteten Sektoren besteht. Unter Beachtung des Straßenhauptnetzes, insbesondere der modern ausgebauten Hauptverkehrsstraßen 1. Ordnung ergibt sich eine strukturell, funktionell und gestalterisch differenzierte Gliederung in

- Stadtzentrum (Zentrumskern und Außenseite Promenadenring) vorwiegend für kommunikative Einrichtungen,
- Zentraler Bereich (im wesentlichen begrenzt durch Hauptstraßen 1. Ordnung) vorwiegend für zentrale Einrichtungen und konzentrierte Wohnbebauung,
- innerstädtischen Bereich (in Anlagerung an die Radial- und Ringtrassen der Stadtschnellbahn) für kompakte Bebauung (Wohnungen und Arbeitsstätten),
- Randbereich mit jeweils an den Radialtrassen und um Komplexzentren verdichteter Bebauung.

Stadtkomposition

Die städtebaulich-architektonische und bildkünstlerische Gestaltung geht von dem Grundanliegen unserer sozialistischen Gesellschaft aus, alles zu tun für das Wohl der Menschen. Wir wollen den Sinn des Sozialismus, wie er auf dem VIII. Parteitag der SED formuliert wurde, mit den spezifischen Mitteln des Städtebaus und der Architektur in der Stadt Leipzig sichtbar machen.

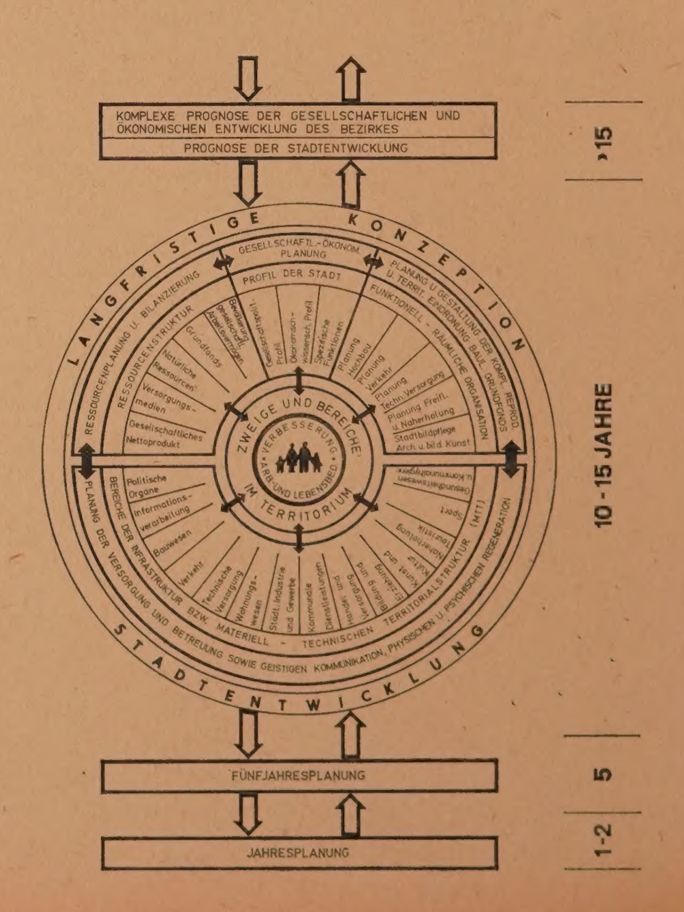
Die städtebaulich-architektonische Gestaltung gründet sich auf die strukturelle Gliederung der Stadt. Vom gesellschaftlichen Mittelpunkt, dem Zentrum der Stadt mit dem Karl-Marx-Platz führt ein Netz von Magistralen, Ring- und Fußgängerverbindungen bis zu den Nebenzentren und darüber hinaus in besondere Erlebnisräume wie z. B. den Clara-Zetkin-Park, das Rosental und das Sportforum.

Dieses Netz von Verbindungen und Platzräumen korrespondiert mit der Massengruppierung und der vertikalen Differenzierung. Der Einsatz der städtebaulich-architektonischen und bildkünstlerischen Gestaltungsmittel erfolgt je nach Wertigkeit und Situation und reicht vom Massenaufbau und der Gebäudeform über Formen der monumentalen Kunst, der Flächengestaltung bis zu Elementen der Kleinarchitektur, Wasserspielen und zur Sichtgestaltung.

Im Stadtzentrum verbindet sich die historische Form und Struktur des Zentrumskerns (mit seinen typischen Passagen und Arkaden) mit der modernen Gestaltung des Promenadenrings und des zentralen Platzes der Messestadt, dem Karl-Marx-Platz.

Wohnungsbau, Arbeitsstätten und zentrale Einrichtungen

Die Entwicklung der Wohngebiete wird langfristig bestimmt durch eine aktive sozialistische Wohnungspolitik, also der Einheit von rationeller Nutzung und Erhaltung des vorhandenen Wohnfonds sowie des Wohnungsneubaues. Das bedeutet eine weitgehende Modernisierung, aber auch den künftigen Neuaufbau überalterter Gebiete (Durchschnittsalter der Wohnbausubstanz beträgt 64 Jahre) vor allem im innerstädtischen und zentralen Bereich sowie durch eine extensive Erweiterung der Wohngebietsflächen



5 Die Komplexität der langfristigen Konzeption der Stadtentwicklung (Schema)
- Zielkriterium: ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung
- Planungsprämisse: Profil und Funktion der Stadt
- Planungsgrundsatz: Verflechtung territorialer, zweiglicher, bezirklicher und örtlicher Planung
- Planungsgegenstand: Soziale, technische und sonstige Bereiche der Territorialstruktur als Aufgabengebiete der örtlichen Staatsorgane sowie der Zweige und Bereiche
- Planungsbasis: Ressourcenstruktur im Territorium
- Planungsmethode: Komplexe Koordinierung, funktionell-räumliche Organisation und Gestaltung bei der Reproduktion der baulichen Grundfonds

6 Friedrich-Engels-Platz mit dem Kaufhaus „Konsument"

(siehe nachfolgenden Beitrag von Geißler). Grundsätzlich wird eine Verdichtung der Wohnbebauung und damit eine Erhöhung der Anteile zusammenhängender Frei- und Grünflächen und eine Beseitigung der ungesunden Durchdringung mit störenden Arbeitsstätten, vor allem Gewerbebetrieben, angestrebt.

Der – vorwiegend fünfgeschossige – Wohnungsbau bis 1975 wird im Süden, Raum Lößnig Dölitz sowie im Nord-Osten der Stadt konzentriert. Weitere Schwerpunkte des komplexen Wohnungsbaus liegen im zentralen Bereich, in der Messemagistrale (Straße des 18. Oktober) sowie in der Inneren Westvorstadt (Teilgebiet Musikviertel).

Die Inanspruchnahme extensiver Erweiterungsflächen in den Randgebieten wird von der weiteren Entwicklung der Stadt und den ökonomischen Möglichkeiten abhängen. Sie muß jedoch durch eine effektive Nutzung der Flächen begrenzt werden. Die Industriegebiete müssen sowohl im Zuge der sozialistischen Rationalisierung in bedeutendem Umfang umgestaltet als auch teilweise erweitert werden.

Die Ökonomie der Flächennutzung ist durch differenzierte Nutzungsintensitäten (Überbauung, Geschoßflächendichte und Arbeitsplatzdichte) zu verbessern. Die Entwicklung leistungsfähiger, mechanisierter und teilweise automatisierter Großbetriebe erfordert größere und zusammenhängende Flächen und entsprechende Erweiterungen. Das bedingt zum Teil eine Verlagerung kleinerer Betriebe und vereinzelt Neubau von Betrieben. Kleine Betriebe werden ebenfalls in rationellen Komplexen zusammengefaßt. Arbeitsstätten für Forschung, Entwicklung und Produktionsvorbereitung sind konzentriert um innerstädtische Zentren in direkter Verflechtung mit den Wohngebieten und – soweit sie standortgebunden sind – in den Industriegebieten ausgewiesen. Ziel ist, eine proportionale Einwohnerdichte und Arbeitsplatzverteilung zu erreichen.

Zentrale gesellschaftliche Einrichtungen konzentrieren sich vor allem im Stadtzentrum und im zentralen Bereich.

■ Freiflächen und Erholungsgebiete

An Frei- und Erholungsflächen besteht zur Zeit ein absoluter Fehlbedarf, der insgesamt im Stadtgebiet nicht gedeckt werden kann. Zum Beispiel sind für öffentliche Grünflächen gegenwärtig 11,5 m^2 je Einwohner und an Stadtwald nur 20 m^2 je Einwohner (Richtwert = 50 m^2 EW) vorhanden. Die Einbeziehung und der Ausbau von Flächen in der Randzone wird damit für die Zukunft unumgänglich.

Im Stadtgebiet sind der Ausbau und die Erweiterung bestehender Erholungsflächen geplant. Die Möglichkeiten zur Nutzung dieser Gebiete soll vor allem durch eine komplexe Ausstattung intensiviert werden.

Durch verbindende Grünzüge und die Kombination mit den Freiflächen innerhalb der Baugebiete soll ein zusammenhängendes Netz von Freiflächen entstehen.

Infolge der baulichen Entwicklung der Stadt sind zum Teil Nutzungsänderungen unumgänglich, wie z. B. eine teilweise Verlagerung des sehr hohen Kleingartenbestandes (im Stadtgebiet sind dafür gegenwärtig 15,7 m^2 je Einwohner vorhanden) aus dem innerstädtischen Bereich in die Randgebiete als Wochenendkleingärten.

In der Randzone und außerhalb der Stadt sollen vorhandene Möglichkeiten vor allem für die Wochenenderholung stärker erschlossen werden.

■ Verkehrsplanung

Unter Beachtung der Planungsgrundlagen und der Forderungen an das künftige Verkehrssystem besteht das Hauptnetz der Stadt Leipzig aus folgenden wesentlichen Elementen:

- schienengebundenes Personennahverkehrsnetz auf Ring- und Radialstrecken,
- Netz von Hauptverkehrsstraßen in Form von Tangenten und Ringstraßen,
- zusammenhängende Fußgängerbereiche im Stadtzentrum mit niveaufreien Verbindungen über den Promenadenring hinaus und einem
- Netz von Güterverkehrsknotenpunkten und zentralen Umschlagplätzen für den kombinierten Verkehr

Die Zielplanung sieht für den schienengebundenen Personennahverkehr im Endausbau einen einheitlichen Verkehrsträger vor. Dabei besteht die Möglichkeit einer schrittweisen Ablösung der Straßenbahn und somit zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Stadt und Umland.

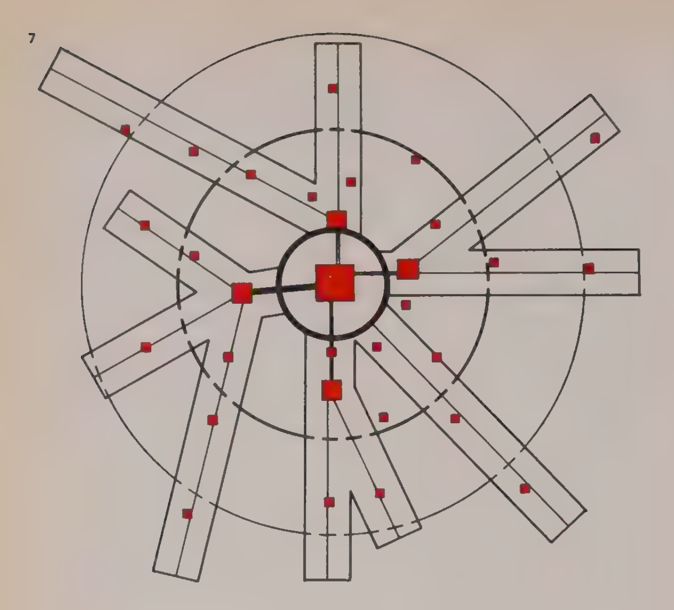
Ergänzt wird dieses bereits geplante Bahnnetz durch Buslinien. Die Ausbauplanung sieht vor, daß ein Teil der fertiggestellten Strecken sofort von der Stadtschnellbahn befahren, ein anderer weiterhin von der Straßenbahn genutzt werden kann.

Bestandteile der Straßennetzplanung der Stadt Leipzig sind ein übergeordnetes Netz von Hauptverkehrsstraßen 1. Ordnung, Tangentenverbindungen zur Entlastung des Stadtzentrums sowie leistungsfähige Radialverbindungen. Das derzeitige Straßenhaupt-

6

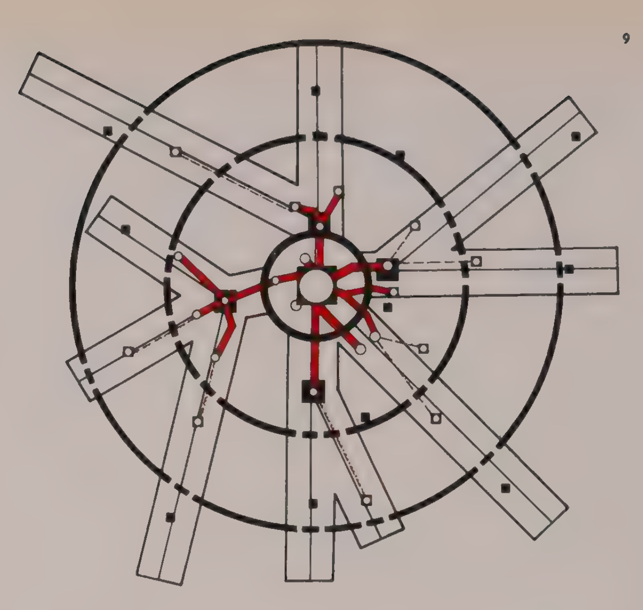


7



ENTWICKLUNG DER STADTSTRUKTUR IN KONZENTRISCHEN ZONEN MIT UNTERSCHIEDLICHER DICHTE, ÜBERLAGERT MIT RADIALEN VERDICHTUNGSBEREICHEN

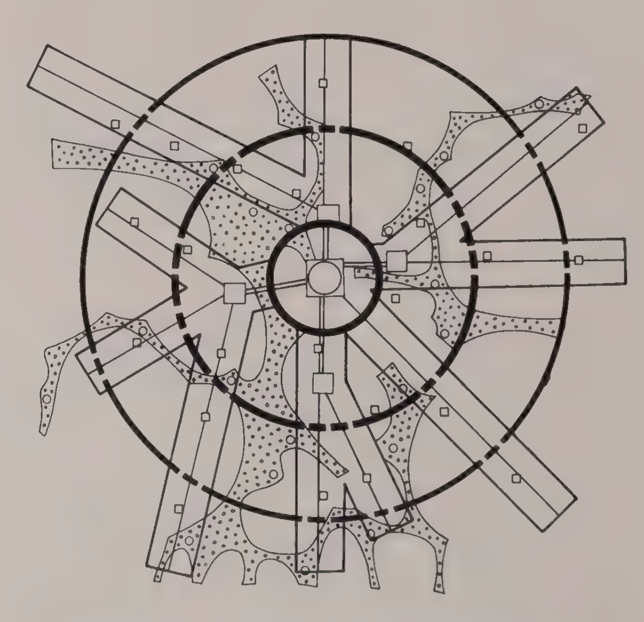
9



ENTWICKLUNG DER HAUPTKOMPOSITIONSACHSEN UND RÄUME IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEM SYSTEM DER ZENTREN UND DER STRUKTURELLEN GLIEDERUNG



8 ENTWICKLUNG STÄDTEBAULICHER STRUKTUREINHEITEN MIT KOMPLEXEN ZENTREN IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEM HAUPTNETZ DES ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHRS



ÜBERLAGERUNG DER HAUPTBEZUGS- UND SCHWERPUNKTBEREICHE STÄDTEBAULICHEN GROSSGRÜNS MIT DER STRUKTURELLEN GLIEDERUNG 10

7 bis 10 Strukturschemata für die langfristige Entwicklung der Stadt Leipzig

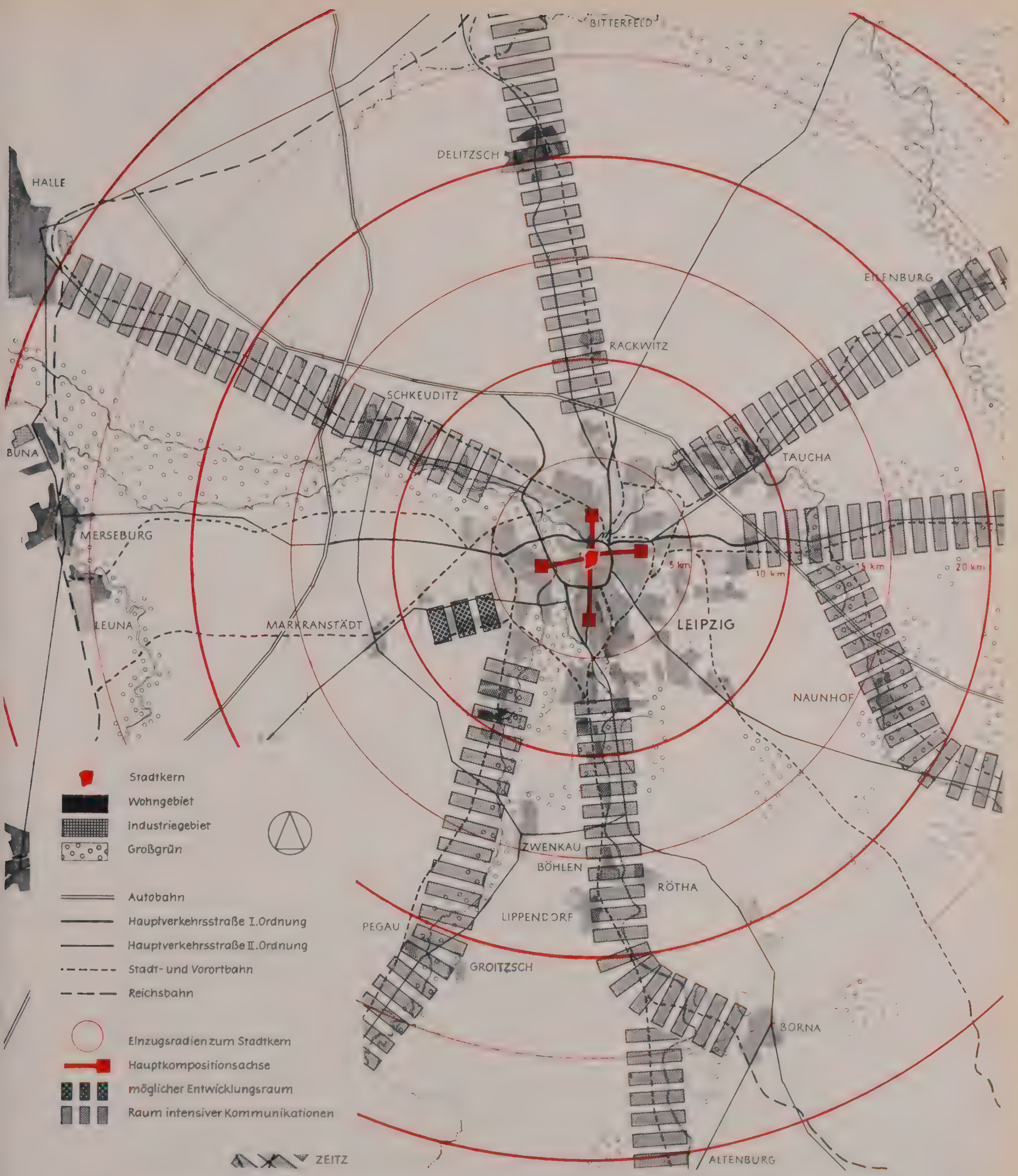
netz, das den künftigen Anforderungen des Straßenbahnverkehrs nicht mehr gerecht werden kann, hat einen radialen Aufbau und wird durch den Promenadenring zusammengefaßt. Der Durchgangsverkehr, der dadurch zwangsläufig über den Ring führt, erzeugt in den Spitzenstunden eine unvertretbar hohe Belegung, die teilweise an der Grenze der Durchlaßfähigkeit liegt.

Zur Entlastung des Promenadenringes wird deshalb der innere Tangentenring ausgebaut.

Auf Grund der hohen Bebauungsdichte im Stadtzentrum weist die Parkraumplanung neben der direkten Zuordnung von Stellflächen zu den Funktionsbereichen des Zentrumkerns Auffangräume außerhalb des Promenadenringes auf. Die Parkzentren außerhalb des Promenadenringes liegen in zumutbarer fußläufiger Entfernung vom Stadtzentrum (300 bis 500 m).

Zur Lösung des Fußgängerproblems im Stadtzentrum werden Fußgängerbereiche angeboten, die von den anderen Verkehrsnetzen getrennt verlaufen.

Die niveaufreien Fußgängerübergänge des Promenadenringes sind auf wichtige Punkte konzentriert (als Über- oder Unterführungsbauwerke).



11 Generalschema für die Entwicklung der Stadt Leipzig

■ **Stadtplanung und sozialistische Demokratie**

Der Generalbebauungsplan und der Generalverkehrsplan wurden im Rahmen einer Bauausstellung in der Stadt öffentlich zur Diskussion gestellt. Das erfolgte mehrere Monate vor der Beschlußfassung durch die Stadtverordnetenversammlung. Diese Ausstellung war ein Beispiel von sozialistischer Demokratie in Aktion. Tausende Besucher und Diskussionspartner fanden sich ein, gaben kritische Hinweise und äußerten sich aber auch sehr anerkennend über die Möglichkeiten unserer Stadtplanung, wie sie unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen möglich wird.

Erst nach dieser umfangreichen Diskussion haben die Abgeordneten die Grundlinie der genannten Generalpläne gebilligt und gleichzeitig für die weitere Bearbeitung Auflagen erteilt.

Gegenwärtig besteht unsere Hauptaufgabe darin, auf der Grundlage der bestätigten Dokumentationen und unter Berücksichtigung aller konstruktiven Gedanken aus der Bevölkerung die ausgearbeitete Etappenplanung weiter zu konkretisieren und die ökonomische Aussagekraft zu erhöhen, damit die umfangreichen Bauaufgaben, die unserer Stadt im Fünfjahrplan gestellt sind, mit höchster Effektivität zum Wohle der Bürger gelöst werden können.

Zur Standortplanung des komplexen Wohnungsbaues für den Fünfjahrplanzeitraum von 1971 bis 1975

Dipl.-Ing. Wolfgang Geißler
1. Stellvertreter des Chefarchitekten und Leiter der Abteilung Generalplanung
Dipl.-Ing. Johannes Schulze
Stellvertreter des Chefarchitekten und Leiter der Abteilung komplexer Wohnungsbau

Die Standortplanung für den komplexen Wohnungsbau der Stadt Leipzig basiert auf den 1970 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Generalplänen für Bebauung, Verkehr und technische Versorgung. Diese Generalpläne legen die Grundrichtung der Stadtentwicklung fest. Gegenwärtig wird die Planung für die erste Realisierungsetappe für einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren bearbeitet. Deshalb erschien es zweckmäßig, parallel dazu die Standortplanung für den komplexen Wohnungsbau für den Zeitraum bis 1980 vorzunehmen.
Um den notwendigen Vorlauf zu erreichen, wurden kurzfristig komplexe und fundierte Aussagen erarbeitet. Dazu wurden Arbeitsgruppen gebildet, bestehend aus den Leitern und Mitarbeitern des Stadtbauamtes, Hauptplanträgers, Büros des Chefarchitekten, Büros für Verkehrsplanung, Hauptauftraggebers, der ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung sowie der Versorgungsbetriebe und Baukombinate. So konnten in kürzester Zeit für den Zeitraum von 1971 bis 1980 Grundlagen für die weitere Investitionsvorbereitung – mit differenzierten Aussagen für die Etappen bis 1973, 1973 bis 1975/76 und 1976 bis 1980 – erarbeitet und vom Rat der Stadt im Juli 1971 beschlossen werden.

Aufgabenstellung und Prämissen

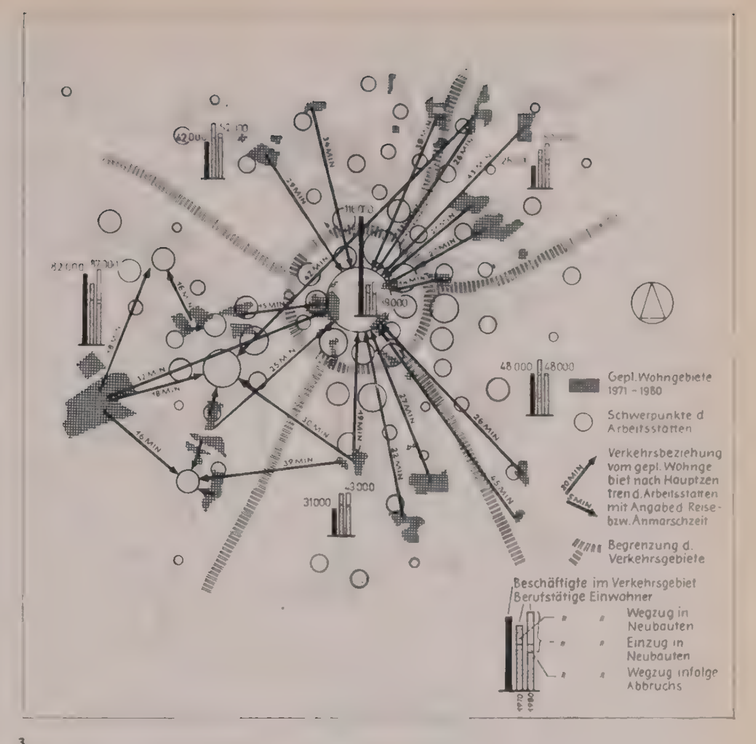
Die Aufgabe lautete, auf der Grundlage der Generalpläne für den Zeitraum bis 1975 Standortangebote für etwa 20 000 Wohnungseinheiten und 10 000 Internatsplätze zu unterbreiten. Für die Etappe von 1976 bis 1980 wurde eine Größenordnung von etwa 25 000 bis 30 000 Wohnungseinheiten angenommen. Eingangsgrößen waren Grobmengen- und Sortimentsprogramme, Kostenvorgaben sowie verbindliche Bedingungen und Möglichkeiten der technischen Versorgung. Daraus resultierten Prämissen, wie die Minimierung der Aufwendungen für Verlagerungen und Ersatz sowie des Tiefbaubedarfs. Gleichzeitig war die maximale Abdeckung des bestehenden Nachholebedarfes an gesellschaftlichen und Versorgungseinrichtungen nachzuweisen.
Diese Aufgabenstellung stellte auch in städtebaulicher Hinsicht durch ihre spezifischen qualitativen und quantitativen Bezüge eine neue Etappe der Stadtentwicklung dar, nämlich den Beginn der umfassenden Umgestaltung im gesamtstädtischen Maßstab in bezug auf die Flächennutzung, die Stadtstruktur, die soziale und kulturelle Versorgung, die technische Versorgung und den Verkehr.

1
Standortplan komplexer Wohnungsbau 1971 bis 1980





2
Verkehrserschließung 1980



3
Zeit-Weg-Beziehungen zu den Arbeitsstätten

Grundlagen und städtebauliche Zielstellung

Für den Zeitraum bis 1975 waren neben den genannten Eingangsgrößen und Prämissen verbindlich:

- die Weiterführung im Bau befindlicher Komplexe entsprechend dem Stand der stadttechnischen Erschließung (Innere Westvorstadt III, Straße des 18. Oktober, Lößnig)
- zeitlich und örtlich fixierte Maßnahmen der technischen Versorgung (Fernwärme- und Wasserbereitstellung), wirksam 1974 im Raum Nordost. Bis dahin Nutzung vorhandener Reserven nur im Raum Süd (Fernwärme)
- laufende Fertigungslinien 2 Mp, 5 Mp (P 2.11) und die mögliche Umstellung auf WBS 70 (fünfgeschossig) 1973/74

Dadurch waren die Variabilität begrenzt und die Optimalität der städtebaulichen Einordnung bedingt.

Für die Etappe von 1976 bis 1980 konnte eine größere Variationsbreite angenommen und umfassend von einer optimalen Einordnung im Sinne des Generalbebauungsplanes ausgegangen werden, u. a. einer Verbindung von Neubau und Rekonstruktion, ausgewogener Einwohner- und Arbeitsstättenverteilung und proportionaler Zuordnung der Hauptfunktionsflächen.

Dabei wurde entsprechend den Generalplänen auf eine intensive Nutzung der innerstädtischen Flächen orientiert. Die ökonomischen Relationen wurden untersucht.

Zur Planung

Der Ablauf der Planungsarbeit läßt sich thematisch-inhaltlich wie folgt darstellen:

- Kritische Auswertung früherer Untersuchungen unter den maßgebenden Bedingungen bezüglich Abriß und Ersatz sowie der Sortimente. Dabei wurden Standorte im zentralen Bereich mit hohen Abrißquoten und besonderen Sortimentsbedingungen (u. a. vielgeschossig) für die Etappe bis 1975 ausgeschieden.
- Vorauswahl der möglichen Flächen (aufgrund des Generalbebauungsplanes bei Beachtung früherer Untersuchungen) unter den maßgebenden Bedingungen der technischen Versorgung.

Für den Raum Nordost (ab 1973) wurden dabei zwei Grundvarianten gegenübergestellt: eine extensive Entwicklung auf landwirtschaftlicher Nutzfläche in peripherer Lage und eine intensive Entwicklung durch Erweiterung und Abrundung vorhandener Baugebiete, jedoch unter Inanspruchnahme von Kleingartenflächen.

Für den Raum Süd boten sich ebenfalls zwei Möglichkeiten:

Erweiterung des im Bau befindlichen Komplexes Lößnig auf landwirtschiftlicher Nutzfläche oder

Erweiterung des Gebietes Dölitz mit Eingriffen in Altbausubstanz, Inanspruchnahme von Kleingärten und Gärtnereien.

Für die Etappe 1976 bis 1980 wurde eindeutig der Raum West als Vorzugslösung ermittelt.

- Bewertung der möglichen Flächen nach standortbedingtem Aufwand, erforderlichen erzeugerseitigen Maßnahmen der technischen Versorgung (nichtstandortgebundenen) und städtebaulichen Lagekriterien wie
- Lage im Einzugsbereich leistungsfähiger Massenverkehrsmittel und zum Hauptstraßensystem
- Weg-Zeit-Relationen zwischen Wohngebieten, Arbeitsstätten und Stadtzentrum
- Lage zu vorhandenen Versorgungseinrichtungen und Erholungsflächen
- Wirksamkeit der mit dem Neubau entstehenden Versorgungseinrichtungen für Altbaugebiete.
- Abstimmung der Standortbedingungen für den Zeitraum von 1971 bis 1975 mit der Mengen- und Sortimentsentwicklung (5-Mp-Bauweise) sowie den Bedingungen und realen Möglichkeiten der technischen Versorgung (Wasser, Wärme).

Als gravierend erwiesen sich dabei die Maßnahmen der technischen Versorgung und die Entwicklung der 5-Mp-Bauweise.

Darüber hinaus konnten weitere kleinere Standorte mit günstigen Standortbedingungen ausgewiesen werden.

- Nach Entscheidung der Variantenuntersuchung zugunsten der Intensivlösung für Nordost und der Erweiterung Dölitz im Raum Süd, wurden die einzelnen Standorte weiter bearbeitet. Weiterhin wurden folgende Aussagen zur Gesamtaufgabe getroffen:
- die zeitliche Folge und Einordnung der Standorte in Übereinstimmung mit der Entwicklung des Bauaufkommens nach Menge, Zeit und Sortiment
- detaillierte Kostenvergleiche und -zusammenstellungen
- die zeitliche Folge der Maßnahmen der technischen Versorgung und der nicht standortgebundenen Erschließungsmaßnahmen
- die Ermittlung des Tiefbaubedarfes für sekundär- und primärseitige Erschließung und die Maßnahmen der technischen Versorgung
- der weitere Ablauf der Investitionsvorbereitung

Diese Aussagen beschränkten sich auf die Maßnahmen bis 1975 einschließlich des Vorlaufes für die Fortführung.

Parallel zu den genannten Arbeiten erfolgte mit Hilfe der EDV eine Standortauswahl nach Kostenkriterien.

Dabei wurde das vom Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle und dem ZOD Berlin erarbeitete Programm zur „Teiloptimierung von Wohnungsbaustandorten" erstmals auch für die Standortauswahl innerhalb einer Großstadt angewendet.

Zielstellung war, neben der Schaffung von Vergleichsmöglichkeiten für die an sich schon weitgehend abgeschlossene Standortbestimmung innerhalb des Fünfjahrplan-Zeitraumes vor allem Erfahrungen bei der Anwendung der EDV zu sammeln.

Festzustellen ist, daß das Programm bei einer gut vorbereiteten Aufgabenstellung mit den nötigen Eingangsdaten eine praktikable Entscheidungshilfe darstellt. In Verbindung mit einem vorgeschalteten Programm zur Standortauswahl nach qualitativen Kriterien ist die zielorientierte Anwendung des Programms für die optimale Auswahl der Wohnungsbaustandorte für den Zeitraum von 1976 bis 1980 vorgesehen.

Zu den bisherigen Planungsergebnissen

Eine Einschätzung der bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse erlaubt unseres Erachtens trotz ihrer Relativität – bedingt durch örtliche Besonderheiten, wie territoriale Situation, Bearbeitungsstand, Lage in der Bauwirtschaft usw. – einige allgemeingültige Schlüsse:

- Die Wirksamkeit der Generalpläne als Leit- und Steuerinstrumente für die Investitionsvorbereitung erfordert unbedingt eine Etappenplanung für einen Zeitraum von etwa 15 Jahren mit einer Unterteilung in Etappen von fünf Jahren.
- Eine optimale und stabile Standortplanung ist nur über solche langfristigen Etappenpläne möglich.

1. Standort – Zeitfolge (nach Fertigstellungsjahren)

	1971	1972	1973	1974	1975
Standort A	300 WE ■ ▲	500 WE ■ ▲			
Standort B		200 WE ■ ▲	600 WE ▲		
Standort C				800 WE ■ ▲ ▲	800 WE ■ ▲
.....					600 WE ■ ▲
	Ges. WE ... Schulen .. Kindereinr.	Ges. WE	Ges. WE	Ges. WE	Ges. WE ... ...

▬ WE bezugsfertig ■ Schule ▲ Kindereinrichtung im Komplex

2. Technische Erschließung – nicht standortbedingte Voraussetzungen

Fondträger	Objekt	TM	1971	1972	1973	1974	1975	Standort A	B	C
Wasservers.	1	50	▬	▬▶				●	●	
	2	300		▬	▬▶				●	●
	3	200			▬	▬▶			●	●
Entwässerung	4	100	▬▶					●		
	5	100	▬	▬▶					●	●
	6	1800	▬	▬	▬	▬▶				●
Fernwärme	7	300	▬▶					●		
	8	1 200	▬	▬▶					●	
	9	5000	▬	▬	▬	▬▶				●
Elt	10	800	▬	▬▶					●	
	11	600				▬	▬▶		⊕	

▬▶ Geschätzte Bauzeit ◆ Voraussetzung für Standort ⊕ später wirksam

3. Technische Erschließung – Gesamtaufwand

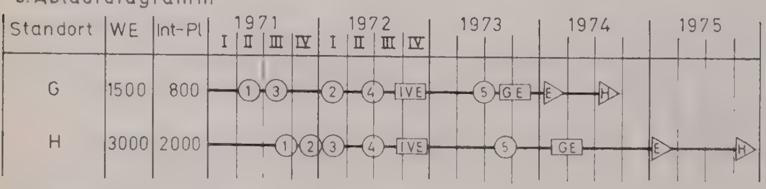
	1972 prim. TM	1972 sek.	1973 prim. TM	1973 sek.	1974 prim. TM	1974 sek.	1975 prim. TM	1975 sek.	Ges. primär Stadtt.	Ges. primär Verk.	Ges. sekund. Stadtt.	Ges. sekund. Verk.
Standort K	200	500		500								
Standort L	200		300	300		400						
Standort M			400		500	900		900				
......			400		1000		900	500				
Ges. Σ	....	....	....	....	....	....	....	....	....	....	....	....

Summen-Ganglinie — sekundär / primär

4 Mögliche Sortimentsentwicklung (gem. Produktionsangebot)

	1971	1972	1973	1974	1975
2 Mp 5-gesch.	A 300	A 300	E 400	E 400	
5 Mp- P 2.11	D 1000	D 800, A 200	D 600, B 600		
5 Mp-WBS 70 5-gesch.				D 700, C 800	F 800, C 800
WE Ges./Jahr	.....	.....	.....	.....	.....

5. Ablaufdiagramm



① Standortpaß ② Baugrundvorgutachten ③ Programm ④ städtebaul.arch. Begründung d. Standortes IVE Investitionsvorentscheid einschl. städtebaul. Direktive ⑤ Angebot GAN GE Grundsatzentscheidung E Beginn Erschließung H Beginn Hochbau

■ Komplexe und brauchbare Ergebnisse werden nur dann erreicht, wenn alle beteiligten Partner eng zusammenarbeiten nach klaren Beziehungen, abgegrenzten Verantwortlichkeiten und koordinierten Netzplänen.

■ Diskussionen und Beschlüsse zu Standortplanungen sollten stets und nur in Verbindung mit allen bestehenden und wirkenden Zusammenhängen erfolgen.

Wir waren bemüht, diese oft formulierten Erkenntnisse praktisch anzuwenden, und konnten auf diese Weise aus dem Standortangebot für die zwischenzeitlich konkretisierte Zielstellung von rund 16 000 Wohnungseinheiten Standortvorschläge ableiten und durch Vergleichsrechnungen begründen.

Wesentlich waren dabei ökonomische Nachweise für jene Bereiche, für die keine Vorgaben möglich sind, wie die Primärerschließung, die erzeugerseitigen bzw. nicht standortgebundenen Maßnahmen der technischen Versorgung und des Verkehrs sowie die städtebaulichen Lagekriterien.

Ebenso bestimmend ist die zeitliche Einordnung dieser Maßnahmen sowie der Maßnahmen für Verlagerung und Ersatz. Diese „Randbedingungen" sind häufig Schlüsselpositionen und als solche zu behandeln (und zu bilanzieren).

Die Ergebnisse sind Grundlage für die Vorbilanzierung und die weitere Planung der verschiedenen Standorte, das heißt für die Bearbeitung der Bebauungskonzeptionen und Direktiven bis zur Investitionsvorentscheidung.

Eine Reihe offener Fragen und Probleme läßt sich erst durch Studien und Variantenuntersuchungen in diesem Rahmen klären. So ist die im Interesse der Stadtstruktur und der technischen Versorgung notwendige Konzentration und Verdichtung durch die zeitlichen Möglichkeiten in der Sortimentsgestaltung, in Abbruch und Verlagerung eingeschränkt. Die Verlagerung von Kleingärten kann nicht nur ökonomisch begründet werden, sondern ist vor allem im gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten und zu lösen. So müssen u. a. im Vorlauf in der Randzone Wochenendanlagen errichtet werden. Die effektive Lösung des einzelnen Standortes kann nur im Gesamtablauf und -komplex gefunden, begründet und realisiert werden.

Neubau und Modernisierung

Der anlaufende Prozeß der Modernisierung der Altbausubstanz und damit der Umgestaltung von Baugebieten im gesamtstädtischen Maßstab erfordert – im Unterschied zu Maßnahmen der Instandhaltung und Instandsetzung – die gleiche Verfahrensweise in der Vorbereitung wie in der Investitionsvorbereitung des Neubaues. Das ist objektiv bedingt und nachweisbar. Für die Modernisierungsgebiete haben wir eine Reihe von Auswahl- und Beurteilungskriterien entwickelt:

- Soziale Struktur (Schwerpunkt Arbeiterwohngebiete)
- Städtebauliche Struktur (Generalplanung, Funktion und Struktur, Nutzungsintensität, städtebauliche Schwerpunkte)
- Baualter (Baualtersgruppen)
- Bauzustand (Bauzustandsstufen)
- Ausstattungsgrad (vorrang. Sanitärausstattung, Heizung)
- Stadttechnische Situation (Sicherung und Stabilisierung der Versorgung)
- Techn.-technologische Struktur (Anwendung industrieller Vorfertigung und Elemente, produktiver Technologien)
- Umwelthygiene (Einordnung in Etappen der Umweltverbesserung)

Diese Kriterien werden sämtlich durch Aufwandsgrößen (TM/WE, TM/ha Wohnbauland, Restnutzungsdauer, Amortisationsfristen, Modernisierungsgrad, Arbeitsproduktivität/WE, technologische Verfahren, TM/Leistungseinheit der techn. Versorgung) belegt.

Eine Auswahl- und Bewertungsmatrix wird gegenwärtig erarbeitet.

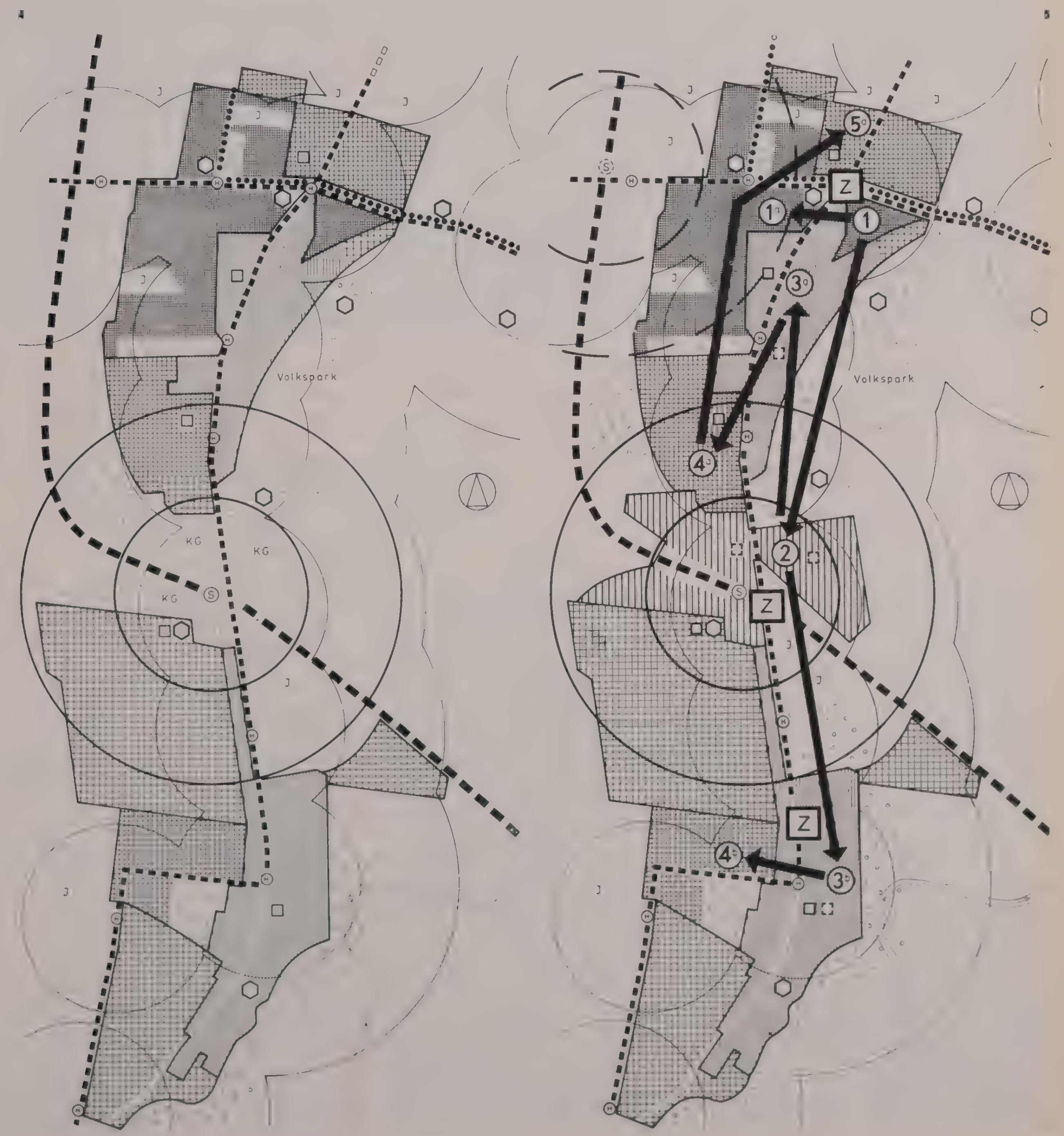
Bis 1975 kommen solche Baugebiete in Frage, in denen sich die Maßnahmen auf die vorhandene Substanz beschränken können. Sie stehen mit den für diesen Zeitraum vorgesehenen Neubaugebieten nicht in direktem Zusammenhang. Nach 1975 bietet sich jedoch eine engere Verflechtung von Neubau- und Modernisierung für solche innerstädtischen Flächen an, wo nach Abbruch völlig überalteter Substanz mit dem Neubau eine erhebliche Verdichtung, d. h. eine höhere Nutzungsintensität in strukturell günstigen Lagen bei kostengünstiger Sicherung der technischen Versorgung erreicht wird. Damit ergeben sich auch für die Modernisierung der anliegenden Altbaugebiete günstige Voraussetzungen. Auf diese Weise ist es möglich, die Neubau- und Modernisierungsprozesse als Teile des einheitlichen Prozesses Grundfondsreproduktion auch als lokalisierte Einheit zu gestalten und alle organisatorischen, technisch-technologischen und sonstigen Belange effektiv zu kombinieren. Die dargestellte Studie Kleinzschochers deutet solche Möglichkeiten an.

4
Analyse des Bestandes

5
Umgestaltungsphasen

Instandhaltung
Instandsetzung
Modernisierung
Umgestaltung (Abbruch, Neubau)
J Industrie
gesellschaftl. Einrichtung
Schule, vorhanden
Schule, geplant
Z Zentrum, Erweiterung bzw. geplant

①→② zeitliche Folge der Maßnahmen
S S-Bahn
S S-Bahn-Bhf., geplant
H Straßenbahn
H Bus
Einzugsbereich S-Bahn, Straßenbahn, Bus
Neubau, extensiv



Zusammenfassung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leipzig behandelte auf ihrer 9. Tagung im Oktober 1971 unter anderem die Wohnungspolitik als Einheit von Neubau, Erhaltung und rationeller Auslastung des Wohnraumes. Diese Einheit realisiert sich beginnend über den langfristigen Planungsprozeß. Die erreichten Ergebnisse und angewandten Methoden halfen uns in der Objektivierung und rationellen Gestaltung dieses Prozesses. Die städtebauliche Planung kann und muß sowohl aus der Notwendigkeit der fundierten eigenen Aussagen als auch aus der Kenntnis der komplexen Zusammenhänge entscheidend dazu beitragen.

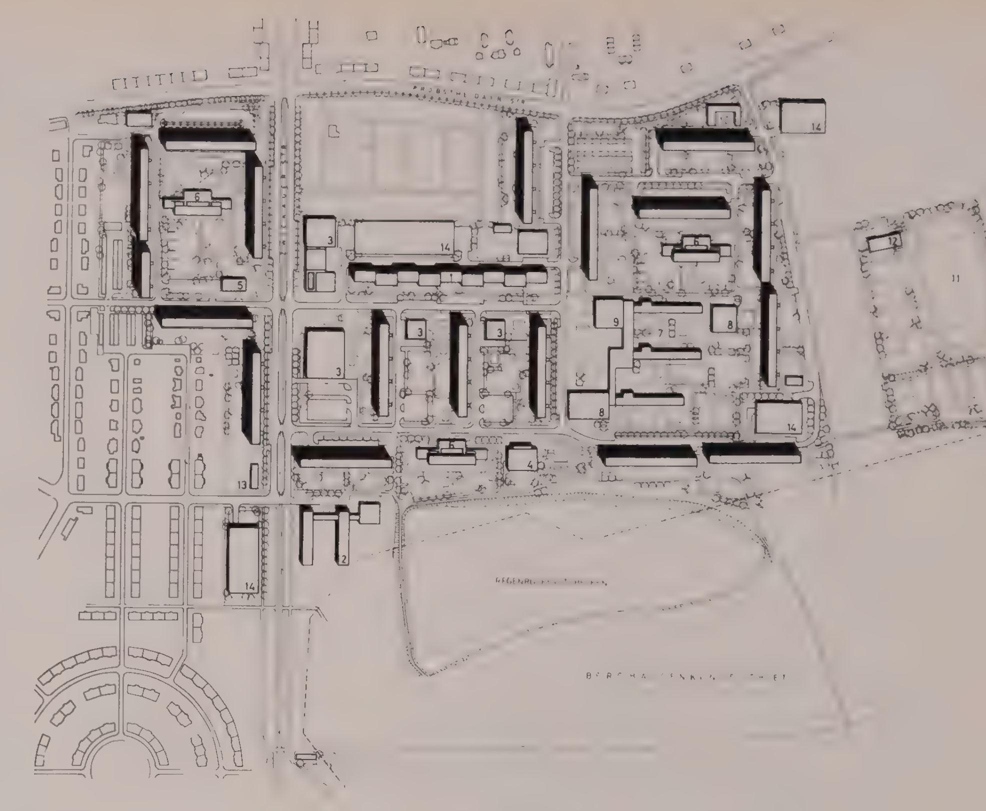
Wohnkomplex „Johannes R. Becher" Leipzig-Lößnig

Autoren:
Prof. Dr. Ing. Horst Siegel
Chefarchitekt der Stadt Leipzig, Architekt BdA DDR
Dipl.-Ing. Johannes Schulze
Stellvertr. d. Chefarchitekten, Architekt BdA DDR
Dipl.-Ing. Georg Eichhorn
Architekt BdA DDR
Mitarbeiter:
Dipl.-Ing. Ursula Horn
Dipl.-Ing. Wolfgang Müller, Architekt BdA DDR
Bau-Ing. Henry Weickert, Architekt BdA DDR
Dipl.-Ing. Wolf Kindt, KdT
Dipl.-Gärtner Henriette Krahnstöver
Architekt BdA DDR
Architekt Heinz Rauschenbach, BdA DDR, VE BKL
Dipl.-Ing. Edgar Hofmann, VE BKL

An der südlichen Peripherie der Stadt Leipzig entsteht zur Zeit ein Wohnkomplex in 11geschossiger Bauweise mit 3080 Wohnungseinheiten und 1650 Internatsplätzen. Durch die direkte Anbindung an großräumige Grünflächen im Bereich eines Bergbausenkungsgebietes in Verbindung mit geplanten Naherholungseinrichtungen bestehen günstige Wohnbedingungen.
Verkehrstechnisch ist der Wohnkomplex durch die S-Bahn (Abstand zum S-Bahnhof Connewitz etwa 1 km) und durch Verlängerung einer vorhandenen Straßenbahnlinie (Einzugsbereich von der Haltestelle im Zentrum etwa 500 m) an das Stadtnetz angeschlossen.

Wohnkomplex Leipzig-Dölitz

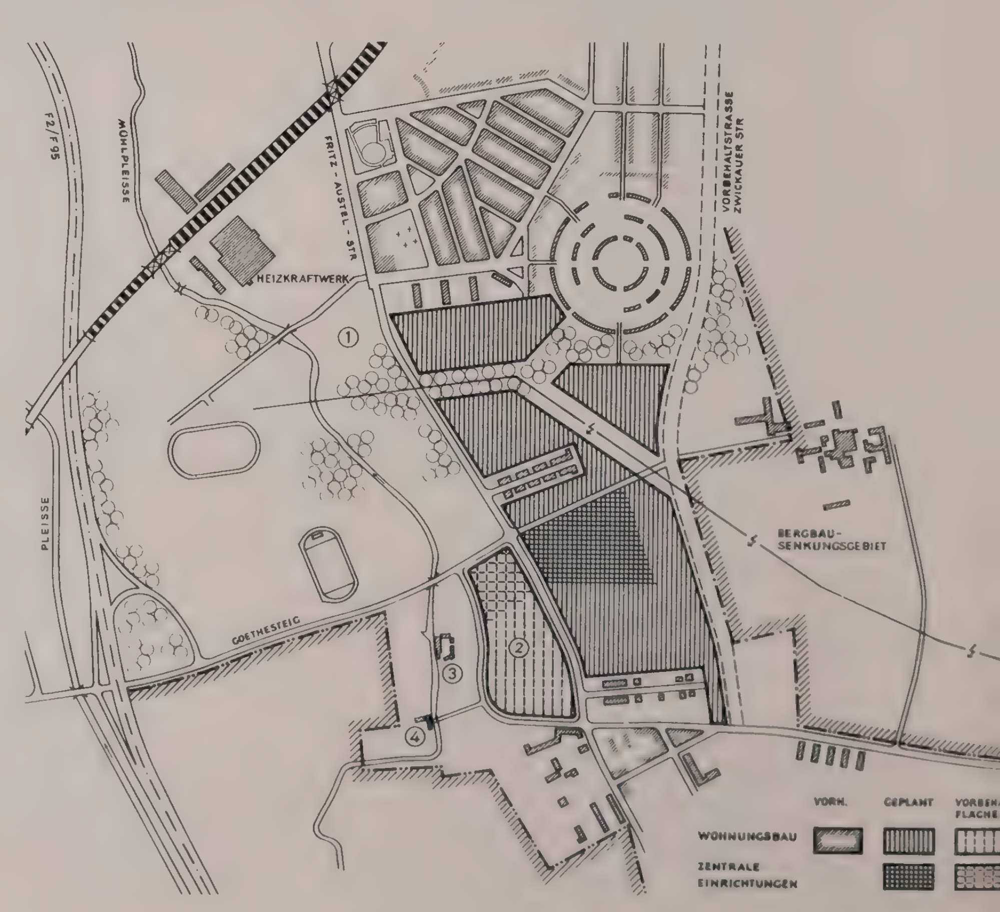
Entsprechend der Direktive zur weiteren Intensivierung des Wohnungsbaues unter Ausnutzung der ökonomischsten Standortbedingungen wird im Bereich zwischen der alten Ortslage Lößnig und Dölitz ein Komplex mit fünfgeschossigem Wohnungsbau geplant. Es wird ein neu entwickelter Wohnungstyp der WBS 70 auf der Basis vorhandener P.2-Plattenwerke angewendet.
Das Baugebiet befindet sich im Süden der Stadt Leipzig und grenzt unmittelbar an eine der wichtigsten Erschließungsstraßen der Stadt, der Fritz-Austel-Str., an. Diese bildet zugleich für das angrenzende Agra-Gelände die Hauptzufahrt. Westlich des Wohngebietes ist geplant, die zum Teil parkähnlichen Großgrünanlagen der Pleißeniederung mit dem erhaltenen Torhaus einer alten Schloßanlage, einer historischen Mühle und den bereits vorhandenen Sportanlagen zu einem Zentrum für aktive Erholung und Bildung zu gestalten. Dabei sind die Belange der „Agra" und ihrer langfristigen Entwicklung mit einzubeziehen.
Durch die Ausnutzung vorhandener Fernheizkapazität des Heizkraftwerkes „Ernst Thälmann" ergeben sich tiefbautechnische Kapazitätseinsparungen.
Das Baugelände wird derzeitig genutzt durch Kleingärten, Gewerbe und überalterter Wohnsubstanz.



6
Wohnkomplex Lößnig

1	Studenteninternat	(1650 Internatsplätze)
2	Feierabendheim	(400 Plätze)
3	Zentrumseinrichtungen	
	Kaufen	(3000 m²)
	Gastronomie	(300 Plätze)
	Dienstleistungen	(1500 m²)
4	Schwimmhalle	
5	Ambulatorium	(8 Arztplätze)
6	3 kombinierte Kindereinrichtungen	(80 180)
7	Schulkomplex	
	3 OS mit je 20 Klassen	(2160 Plätze)
8	2 Turnhallen	(1430 m²)
9	Schulspeisung	(540 Plätze)
	Waschstützpunkte	
10	Gartenpflegehof	(1800 m²)
11	Sportanlage	(45 000 m²)
12	Sportlerheim mit Gaststätte	(200 Plätze)
13	Reparaturstützpunkt	(450 m²)
14	geplante überdachte zum Teil mehrgeschossige Parkflächen	

7
Wohnkomplex Dölitz (Schema)



(1) ALTE ORTSLAGE LOSSNIG (3) MÜHLE
(2) ALTE ORTSLAGE DOLITZ (4) TORHAUS

Mittelganghaus Typ Leipzig

Projektierung:

VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Leipzig, vormals: VEB Leipzig-Projekt

Entwurfskollektiv unter Leitung von Erich Böhme, Architekt BdA DDR

Von 1964 bis 1970 wurden in der Stadt Leipzig etwa 4000 Wohnungen in sechs- bis zehngeschossigen Mittel- beziehungsweise Seitenganghäusern errichtet.
Die Standorte sind vorwiegend im innerstädtischen Bereich zu finden.
Grundlage für die Projektierung bildete ein Wiederverwendungsprojekt in der 5-Mp-Plattenbauweise mit wiederkehrenden Funktionseinheiten. Die Gebäude wurden in den äußeren Dimensionen und Fassaden variabel gehalten.



2



1

1
Wohnblock an der Arthur-Hoffmann-Straße
Kapazität 264 WE, davon 16 Einraumwohnungen mit je 24,96 m², 241 Zweiraumwohnungen mit je 48,10 m², 7 Dreiraumwohnungen mit je 55,48 m²

2
Fassadenausschnitt Mittelgangtyp

3
Wohnblock an der Mozartstraße in der inneren Westvorstadt

4
Ausschnitt der Loggiafassade P 2.11 Leipzig

Wohnungstyp P 2.11 Leipzig

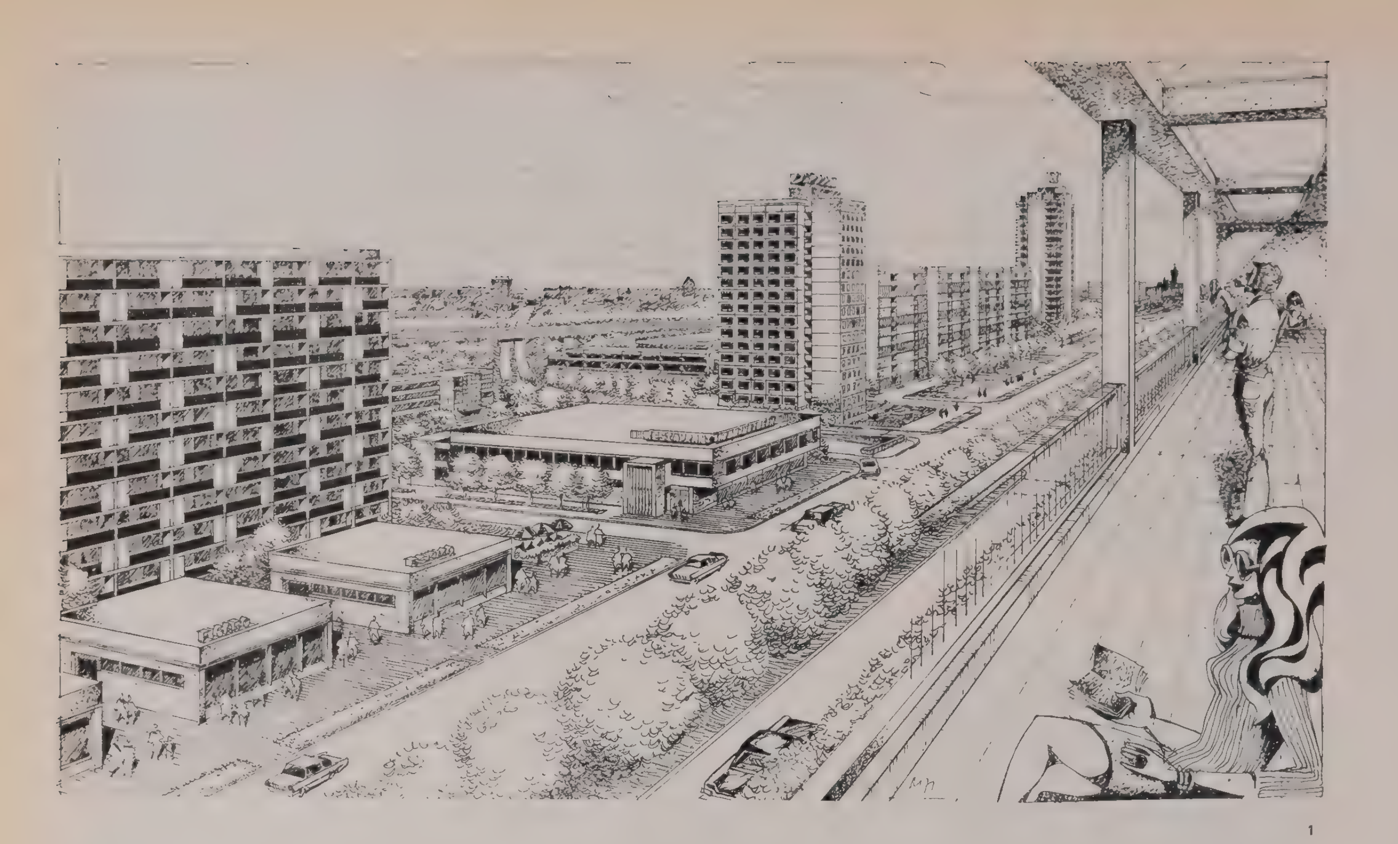
Im Jahre 1968 wurde das im VEB Halle-Projekt ausgearbeitete Wiederverwendungsprojekt IW 66/P 2.11 für eine Anwendung in der Stadt Leipzig übernommen. Neben einer Umstellung des monolithischen Kellergeschosses auf 5-Mp-Vollmontage wurden die Außenansichten in der Gestaltung variiert. Durch eine weitere Rationalisierung konnten 6000 bis 6500 M/WE für neue Investitionsvorhaben gewonnen werden.

4



3





1

Wohnkomplex Leipzig, Straße des 18. Oktober

Dipl.-Ing. Wolfgang Müller, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Wolfgang Scheibe, Architekt BdA/DDR
VE Baukombinat Leipzig

Städtebauliche Konzeption: Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Leipzig in Zusammenarbeit mit der ehemaligen Abteilung Städtebau und Architektur des Rates der Stadt Leipzig und dem ehemaligen VEB Leipzig-Projekt

Bebauungsleitplanung: Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig unter Mitwirkung einer Beratergruppe und des VE WGK Leipzig

Komplexarchitekt: Dipl.-Ing. Wolfgang Müller, Architekt BdA/DDR

Bildkünstlerische Konzeption: Kollektiv unter Leitung von Prof. Hans Mayer-Foreyt

Generalauftragnehmer: VE WGK Leipzig

Generalprojektant: VE WGK Leipzig Betrieb Forschung und Projektierung, Komplexbereich 1

Komplexarchitekt: Wolfgang Scheibe Architekt BdA DDR

Stadttechnik, Verkehr, Freiflächen: VE VTK Leipzig

Wohnkomplexzentrum: Miasto-Projekt Gdansk VR Polen (Projektierung) Kollektiv unter Leitung von Mag. Ing. Adam Maton

1
Schaubild Straße des 18. Oktober (Zielplanung)

Städtebauliche Planung

Die vom Zentrum der Messestadt in südöstlicher Richtung zum Gelände der Technischen Messe am Fuße des Völkerschlachtdenkmals führende Straße des 18. Oktober trägt ihren Namen zur Erinnerung an das historische Datum des Jahres 1813, das mit der Schlacht bei Leipzig der verbündeten europäischen Heere gegen die napoleonische Fremdherrschaft verbunden ist. 100 Jahre nach der Schlacht wurde das Völkerschlachtdenkmal im Zielpunkt der einer weitsichtigen Planung entsprechend angelegten Radialstraße errichtet. Heute wird diese Verbindung zwischen den Messeeinrichtungen im Stadtkern und dem Gelände der Technischen Messe von den vielgeschossigen Gebäuden und Hochhäusern eines sozialistischen Wohnkomplexes flankiert, dessen Errichtung die Stadtverordnetenversammlung Leipzig im Jahre 1968 mit der Perspektivplankonzeption für die Messestadt beschlossen hat. Die besondere Lage des bis dahin weitgehend unbebaut gebliebenen und größtenteils durch Gewerbebetriebe und Kleingärten genutzten Gebietes und die innerstädtische Funktion der Straße des 18. Oktober als Verbindung zwischen Stadtzentrum und Technischer Messe war für den gesellschaftlichen Auftraggeber Veranlassung, hohe Ansprüche an die Qualität der funktionellen, ökonomischen und gestalterischen Lösung dieser Aufgabe zu stellen. Erstmals sollten in der Messestadt ausschließlich vielgeschossige Gebäude und Hochhäuser für Internate und Wohnungsbau im Komplex errichtet werden, um das vor allem durch Fernheizung stadttechnisch weitgehend erschlossene Gebiet optimal zu nutzen.

Die Bedeutung dieses Gebietes, das bis dicht an den Stadtkern reicht, ist schon früh erkannt worden. In zwanzig durchgearbeiteten Bebauungsplanentwürfen aus der Zeit zwischen 1865 und 1913 hat sich die Idee herausgebildet, eine nach Südosten gerichtete Radialstraße anzulegen. Mit der Errichtung des Völkerschlachtdenkmals wurde diese Idee aufgegriffen, und es wurde vorgesehen, eine auf das Denkmal und den Turm des Neuen Rathauses bezogene städtebauliche Achse zu schaffen. Fast drei Viertel des gesamten Gebietes befanden sich in öffentlichem Besitz, was wesentlich zur Verhinderung der privatkapitalistischen Bauspekulation beitrug. Planungen des Stadterweiterungsamtes von 1910 und 1913 sahen die Bebauung des Südostraumes von Leipzig vor. Der Gedanke der Erschließung des Baugebietes durch eine den Bayrischen Bahnhof mit dem Hauptbahnhof verbindende Untergrundbahn ist bereits damals formuliert und beim Bau des Hauptbahnhofes berücksichtigt worden. Die Anlage der Internationalen Baufachausstellung (IBA) 1913, aus der das heutige Gelände der Technischen Messe hervorgegangen ist, die Gartenvorstadt Marienbrunn, die Russische Gedächtniskirche sowie die Deutsche Bücherei und eine Wohnhausgruppe an der Nordostseite der Straße des 18. Oktober blieben die wesentlichen Ergebnisse der damaligen Planung. Imperialismus, Faschismus und Krieg haben es lange verhindert, daß diese Anfänge weitergeführt werden konnten.



2

2
Lageplan (Zielplanung)
1 Wohnungsbau 11geschossig
2 Wohnungsbau 16geschossig
3 Internate 8geschossig
4 Internate 8- bis 13geschossig
5 Ambulatorium
6 Wohnungsbaubestand 4- bis 5geschossig
7 Wohnkomplexzentrum (Kaufhalle, Gaststätte, Schulspeisung)
8 Handels-, Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen
9 20-Klassen-Schulen
10 Turnhalle
11 Schulsportplatz mit Sozialgebäude
12 Volksschwimmhalle
13 EDV-Gebäude
14 Waschstützpunkte
15 Umformerstationen
16 Kombinierte Kindereinrichtung 80/180 Plätze

Mit dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und der wachsenden Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen erfuhr auch in der Stadt Leipzig der Wohnungsbau eine steigende Bedeutung. Die zur raschen Erhöhung des Wohnungsangebotes erforderliche Industrialisierung des Bauwesens stellte an die künftigen Standorte des Wohnungsbaus neue Bedingungen. Das Gebiet um die Straße des 18. Oktober wurde zur Errichtung eines Wohnkomplexes mit gesellschaftlichen und übergeordneten Einrichtungen bestimmt.

Die Bebauungsleitplanung des Büros des Chefarchitekten wurde der Grundkonzeption des Hauptplanträgers der Stadt Leipzig zugrunde gelegt. Das Programm für den Wohnkomplex umfaßt als eine erste Ausbaustufe bis 1975 insgesamt 2156 Wohnungseinheiten in elf- und sechzehngeschossiger Bauweise, zwei Internatskomplexe mit insgesamt 3356 Plätzen, ein Wohnkomplexzentrum mit Kaufhalle, Gaststätte und Schulspeisung, zwei 20-Klassen-Schulen mit Turnhalle, Schulsportplatz und Sozialgebäude, eine Volksschwimmhalle, drei Kindereinrichtungen mit je 80/180 Plätzen sowie eine weitere Kaufhalle und einen Kindergarten mit 144 Plätzen.

Am Deutschen Platz wurde ein Betriebsgebäude des VEB Datenverarbeitung der Finanzorgane vorgesehen. Der Wohnungsbau wird durch Waschstützpunkte und Stationen für die technische Versorgung ergänzt. Für die Instandhaltung der Freiflächen ist ein Gartenpflegehof vorgesehen. Ein weiteres Internat mit etwa 1200 Plätzen soll dem Komplex in günstiger Lage zu den Einrichtungen der Karl-Marx-Universität im Nordosten des Gebietes zugeordnet werden.
Die Planung für den endgültigen Ausbau des Komplexes nach 1975 sieht die weitere Komplettierung durch Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Parkgaragen und eine Tankstelle vor. Mit dem Bau der künftigen Stadtautobahn, die den Wohnkomplex im Einschnitt durchqueren und Anschluß an die Messemagistrale erhalten wird, sowie mit dem Ausbau der Semmelweisstraße, die das Baugebiet nach Süden begrenzt, wird die endgültige Profilierung der Straße des 18. Oktober selbst erfolgen. Für die in die städtebauliche Konzeption einbezogene erhaltenswerte Wohnungsbausubstanz sind in der Perspektive Rekonstruktionsmaßnahmen vorgesehen. Nach dem Generalverkehrsplan werden die Reichsbahnanlagen südwestlich des Baugebietes auf die Trasse der Vorortschnellbahn reduziert. Entsprechend der Planung sollen die freiwerdenden Flächen für die Verlagerung und Erweiterung von Funktionsflächen des komplexen Wohnungsbaus in Verbindung mit dem Bau der Stadtautobahn genutzt werden.
Im Zusammenhang mit der künftigen Neugestaltung der Bereiche Wilhelm-Leuschner-Platz, Bayrischer Platz (s. auch H. 8 1969, S. 464 ff.), Deutscher Platz und Messegelände wird eine differenzierte städtebauliche Achse zwischen dem Neuen Rathaus und dem Völkerschlachtdenkmal als kontinuierliche Raumfolge mit rhythmischer Akzentuierung entstehen, die den Wohnkomplex in relativ weiträumiger paralleler Bebauung durch achtgeschossige Internate auf der Nordostseite und elfgeschossige Wohngebäude auf der Südwestseite einschließt. Die Akzentuierung erfolgt durch die Gruppierung von je zwei Punkthäusern auf der Nordostseite und einem Punkthaus im Bereich des Komplexzentrums an der Südwestseite. Der Massenaufbau wird durch die ein- bis zweigeschossigen Flachtrakte der gesellschaftlichen Einrichtung ergänzt. Mit den nach dem Angebot weder durch Ecklösungen noch durch Verbindungsmöglichkeiten gruppierungsfähigen elfgeschossigen P 2.11-Blocks war es schwierig, das ungünstig zugeschnittene und mehrfach geteilte Baugebiete zu gestalten. Die Abwendung der Wohnseiten von der Magistrale, bedingt durch die Himmelsrichtung, erschwerte zusätzlich die Aufgabe der repräsentativen Straßenraumgestaltung. Es wurde versucht, durch eine bauplastische Betonung der in jedem dritten Geschoß der Eingangsseite liegenden Verteilergänge eine großzügige Fassadengliederung an der Straßenseite zu erreichen und auf diese Weise im Interesse einer ensemblehaften Wirkung die Gebäude untereinander optisch zu verbinden. Die Blocklängen an der Magistrale werden durch Zwischenöffnungen untergliedert, um eine teilweise Besonnung des Fußgängerbereiches auf der hochbebauten Südwestseite der Magistrale zu gewährleisten. Gegenwärtig sind neben dem EDV-Gebäude 1232 Wohnungseinheiten in elfgeschossiger Bauweise und 2 20-Klassen-Schulen, ein Kinder-



3

Kennwerte (1. Ausbaustufe)

Internatsplätze:	4 586
WE Neubau:	2 176
WE Bestand:	350
Belegungsquote:	3,2 EW/WE
Einwohner:	12 670
Bezugsfläche:	28,6 ha
Einwohnerdichte:	443 EW/ha

Wohnungsschlüssel:

1-RWE 370 = 17,0 %	4-RWE 403 = 18,5 %
2-RWE 412 = 19,0 %	6-RWE 21 = 1,0 %
3-RWE 970 = 44,5 %	

Ruhender Verkehr (1. Ausbaustufe)

Pkw-Stellplätze:

1100 = etwa 10 PkW/100 EW
5 PkW/100 Internatsplätze
70 Stellplätze an gesellschaftlichen Einrichtungen

3
Wohnungsbau P 2.11 an der Straße des 18. Oktober

4
Studentenwohnheim an der Straße des 18. Oktober

5
Blick auf die Rückfront des Studentenwohnheimes

garten mit 144 Plätzen, zwei kombinierte Kindereinrichtungen mit je 80/180 Plätzen, eine Stahlleichtbau-Kaufhalle, Waschstützpunkte und Umformerstationen fertiggestellt. Bis 1975 soll der Bau der Punkthäuser und des Wohnkomplexzentrums abgeschlossen sein.

Freiflächen

Die Bedeutung der Straße des 18. Oktober wird durch eine intensive Gestaltung der Freiflächen in den exponierten Bereichen unterstützt, wobei differenzierte und auf die unterschiedlichen Bedingungen der beiden Straßenseiten abgestimmte Gestaltungsmittel eingesetzt werden. Charakteristisch für die Straße des 18. Oktober ist ihre vorhandene Alleebepflanzung, auf deren Erhaltung auch bei einem späteren Ausbau der Straße besonderer Wert gelegt wird. Reihung und Gruppierung von Großgrün sollen die Hauptkommunikationsbereiche des Komplexes markieren, Schutzpflanzungen gegen Staub, Lärm und Wind weitgehend funktionell genutzt und gestalterisch einbezogen werden. Trotz der hohen Bebauungsdichte konnten für Schulen und Kindereinrichtungen die erforderlichen und ausreichend besonnten Freiflächen ausgewiesen werden. Die Freiflächen des Wohnbaulandes werden als Kinderspielplätze, Erholungsplätze, Rasenflächen, Stauden- und Gehölzpflanzungen gestaltet. Flächen, die für den späteren Ausbau der Verkehrsanlagen vorgesehen sind, sollen zunächst für die aktive Erholung genutzt werden. Nach dem Generalbebauungsplan ist nach 1975 die Anlage eines neuen Sport- und Erholungsparkes für die Karl-Marx-Universität in unmittelbarer Nähe des Komplexes zu erwarten, der vor allem den Bewohnern der Studenteninternate eine entsprechende Freizeitgestaltung ermöglichen wird.

Architekturbezogene bildende Kunst

Mit dem Ziel einer geschlossenen städtebaulich-architektonischen und bildkünstlerischen Gestaltung des Wohnkomplexes wurde von einem Kollektiv Leipziger Künstler, Kunstwissenschaftler und Architekten aus den Bereichen der städtebaulichen Planung und der Projektierung in Verbindung mit der Abteilung Kultur des Rates der Stadt und dem Hauptplanträger eine bildkünstlerische Konzeption erarbeitet, die vor dem Beirat für Architektur und bildende Kunst erfolgreich verteidigt und vom Rat der Stadt bestätigt wurde. Der Konzeption lag als politisch-ideologischer Gedanke der Name der Straße des 18. Oktober und daran anknüpfend der Begriff der Völkerfreundschaft in Verbindung mit der Bedeutung der Leipziger Messe für die Entwicklung des weltoffenen Handels und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zugrunde. Analysen des Baugebietes hinsichtlich seiner kommunikativen Struktur ergaben Standortmöglichkeiten für Werke der architekturbezogenen bildenden Kunst in den öffentlichen Frei- und Innenräumen. Von der inhaltlichen Vorgabe des Auftraggebers ausgehend, wurde eine differenzierte standortbezogene Thematik entwickelt, und die entsprechenden Gestaltungsabsichten für die einzelnen Kunstwerke wurden formuliert.

Programmänderungen des Auftraggebers sowie Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen für die Bereitstellung von Investitionsmitteln für die bildkünstlerische Ausgestaltung von Bauvorhaben zwingen in der Realisierungsphase des Wohnkomplexes zu neuen Überlegungen und einer entsprechenden Überarbeitung der bildkünstlerischen Konzeption.

Projektierung und Durchführung

Der Beschluß des Rates der Stadt Leipzig vom 10. 7. 1968 schuf die rechtliche Grundlage für den Beginn der Projektierung und Durchführung in Verantwortung des Generalauftragnehmers des VE WGK Leipzig.

In Vorbereitung umfangreicher Bauaufgaben des komplexen Wohnungsbaus im zentrumsnahen Bereich der Stadt Leipzig wurde durch die Errichtung des Plattenwerkes Leipzig-Neuwiederitzsch die materiell-technische Basis des VE WGK Leipzig wesentlich erweitert. Für die geplanten Internate in 5-Mp-Plattenbauweise wurde die Produktion der vorhandenen rekonstruierten Plattenwerke Leipzig-Schönefeld und Leipzig-Sellerhausen genutzt, für die Schulen und Kindereinrichtungen der Serie Leipzig die Kapazität der im Bezirk vorhandenen Betonwerke Naunhof.

Das Anliegen war, die vorhandenen und neu errichteten Vorfertigungskapazitäten des Bezirkes Leipzig ökonomisch und konzentriert zu nutzen und damit eine hohe gestalterische Variabilität und kurze Ausführungszeit zu erreichen.

4



Die planmäßige Realisierung der Baumaßnahmen wurde durch Diskrepanzen in der Relation der bilanzierten Kapazitäten des Tiefbaus und der stadttechnischen Erschließung zu den Kapazitäten des Hochbaues nachteilig beeinflußt. Die konzentrierten Bemühungen aller verantwortlichen Bereiche konnten nicht verhindern, daß die Fertigstellung der stadttechnischen Erschließung, des Straßenbaues und der Freiflächengestaltung gegenüber dem Wohnungsbau zurückblieb.

Wohnungsbau

■ 11geschossiger Typ P 2.11, Variante Leipzig

Auf der Grundlage des Angebotsprojektes P 2.11 des WBK Halle wurde unter Berücksichtigung der fertigungs- und montagetechnologischen Bedingungen des WGK die Variante Leipzig entwickelt.

Die Angebotsserie enthält Sektionshäuser mit 88, 132 und 176 Wohnungseinheiten. Die Fassadengestaltung läßt sich durch vorgestellte Längswandloggien, eingeschobene Loggien und durch unterschiedliche Materialien und Farben variieren und unterstützt somit die Absichten der städtebaulichen Komposition.

Die konstruktive und technologische Konzeption ermöglicht die Errichtung der 11geschossigen Wohnbauten in Vollmontage einschließlich Kellergeschoß.

■ 16geschossiger Typ „PHH Erfurt"

Die Auswertung von Studien und geeigneten Projekten für 16geschossige Punkthochhäuser führte unter besonderer Beachtung ökonomischer und fertigungstechnischer Kriterien zu der Entscheidung, das Punkthaus im Wohnkomplex Straße des 18. Oktober anzuwenden. Die Vorfertigung wird vom Plattenwerk Neuwiederitzsch parallel zur Fertigung des Wohnungsbaus Typ P 2.11 übernommen.

Die Fassadengestaltung wurde auf die Material- und Farbkonzeption des Wohnkomplexes abgestimmt.



5

Internate

Wesentliche Vorhaben des Wohnkomplexes sind zwei Studentenwohnheime mit insgesamt 3386 Plätzen. Die funktionelle Lösung und die Ausstattung der Wohnheime ermöglichen eine Nutzung als Touristenhotel während der Leipziger Messe. Die Errichtung dieser Wohnheime erfolgt in der 5-Mp-Plattenbauweise aus dem Produktionsangebot der Vorfertigungsstätten des Leipziger Wohnungsbaues (Typ Mittelganghaus).

Die Serie der Studentenwohnheime wurde mit guten ökonomischen Ergebnissen rationalisiert und zur Anwendung an weiteren Standorten vorbereitet (vgl. deutsche architektur, Heft 4/1971, S. 238 ff.).

Gesellschaftliche Einrichtungen

■ Schulen – Serie Leipzig

Die Schulen wurden entsprechend ihrer bedeutsamen Funktion bei der Entwicklung des sozialistischen Gemeinschaftslebens im Wohngebiet in das gesellschaftliche Zentrum des Komplexes eingeordnet, das durch günstige Wegebeziehungen zu den Wohngebieten und durch Konzentration von Einrichtungen der Bildung, des Sports und der aktiven Erholung sowie des Handels und der Versorgung gekennzeichnet ist.

Im Wohnkomplex wurden eine Oberschule (20 Klassen) und eine erweiterte Oberschule (20 Klassen) der Typenserie Leipzig errichtet.
Eine Turnhalle Typ GT-120 der Typenserie Leipzig in Metalleichtbauweise und eine Volksschwimmhalle (Typ Leipzig) bieten zusammen mit einem Sportplatz und entsprechend gestalteten Freiflächen gute Möglichkeiten zur aktiven Erholung.

■ Kindergarten, Kinderkrippe – Typ Leipzig

Den Wohngruppen sind unter Beachtung günstiger Wegebeziehungen drei Kindereinrichtungen der Typenserie Leipzig 80/180 zugeordnet. Die Farbgestaltung der Kindereinrichtungen stellt einen rhythmischen Akzent in der komplexen Farb- und Sichtflächenkonzeption des Wohnkomplexes dar und unterstützt somit die städtebauliche Komposition.

Die Kindereinrichtungen der Typenserie Leipzig sind in 2-Mp-Wandbauweise errichtet.

■ Wohnkomplexzentrum

Der Schnittpunkt des gesellschaftlichen Bereiches mit der Messemagistrale wird durch das Wohnkomplexzentrum betont. Es vereinigt in einem zweigeschossigen Baukörper eine Kaufhalle mit 1280 m² Verkaufsfläche, Einrichtungen der Gastronomie und die Schulspeisung. Pavillons für Milchbar, Frisör, Bibliothek, Post, Sparkasse und weitere Dienstleistungseinrichtungen sind in der Konzeption vorgesehen, werden jedoch erst nach 1975 realisiert. Bei der Wahl der Kapazitäten für Handels- und Versorgungseinrichtungen wurde die besondere Standortsituation an der Messemagistrale berücksichtigt. Die Anlieferzone befindet sich im Kellergeschoß. In diesem Bereich sind auch technische Stützpunkte für die gesellschaftlichen Einrichtungen angeordnet. Die Grundrißlösung der Kaufhalle und besonders des gastronomischen Bereiches im Obergeschoß wurde flexibel gestaltet, so daß eine Mehrzwecknutzung möglich ist. Die Erdgeschoßzone erhält einen Waschputz, während das auskragende Obergeschoß durch eine Vorhangfassade betont wird.

Die Projektierung erfolgte in Gemeinschaftsarbeit mit einem Kollektiv aus Gdańsk – VR Polen.

Übergeordnete Einrichtungen

Der städtebaulich bedeutsame Standort an der Kreuzung am Deutschen Platz ist für den Bau übergeordneter Einrichtungen vorbehalten. Im Bereich des Wohnkomplexes ist bereits ein EDV-Zentrum errichtet worden. Dem Projekt liegt das Angebot des Bezirkes Dresden zugrunde.

Projektierung: VE Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Leipzig, Betrieb Forschung und Projektierung
Komplexbereich 3, Komplexbereichsleiter Architekt BdA/DDR Heinz Rauschenbach

Autorenkollektiv:	Kindergarten-/Kinderkrippen-kombinationen	Schulen	Turnhalle KT 60 L	Turnhalle GT 60 L	Schulgartenhaus
Entwurf	Dipl.-Ing. Alexander Smolian Arch. BdA/DDR Heinz Schütze	Arch. BdA/DDR Dieter Matthes	Arch. BdA/DDR Heinz Korschelt	Dipl.-Ing. Alexander Smolian	Teilkonstrukteur Gisela Geppert
Statik und Konstruktion	Dipl.-Ing. Werner Schubert	Dipl.-Ing. Rainer Buchmann		Dipl.-Ing. Rainer Buchmann	Ing. Günter Schlabe
Ausstattung	Arch. BdA/DDR Manfred Zscherneck	Arch. BdA/DDR Heinz Schütze	Bauing. Wolfgang Erler, DHfK	Bauing. Wolfgang Erler	
Heizung/Lüfung	Ing. KDT Helmut Bellmann	Ing. Dieter Kirbach	Ing. Hans-Heinrich Maltz	Ing. Hans-Heinrich Maltz	
Starkstrom	Ing. Rudolf Raabe	Techn. Joachim Sander	TGA Halle, BT Weißenfels	Techn. Kurt Ströfer	Techn. Lothar Kersten
Sanitär	Mstr. Rudolf Wadewitz	Techn. Klaus Thiele	Mstr. Karl Keilig	Ing. Horst Hindorf	Ing. Heinz Neumann
Schwachstrom	Techn. Heinz Schubert	Techn. Heinz Schubert			
BMSR-Anlagen	Ing. Michael Kersten		Ing. Michael Kersten	Ing. Peter Kuhnert	
Bauökonomie	Kollektiv Ing. KDT Wolfgang Kaltenborn, Ing. Horst Gruner, Ing. Fritz Kluge, Ing. Otto Unverzagt, Techn. Erich Feldmann				





1

2



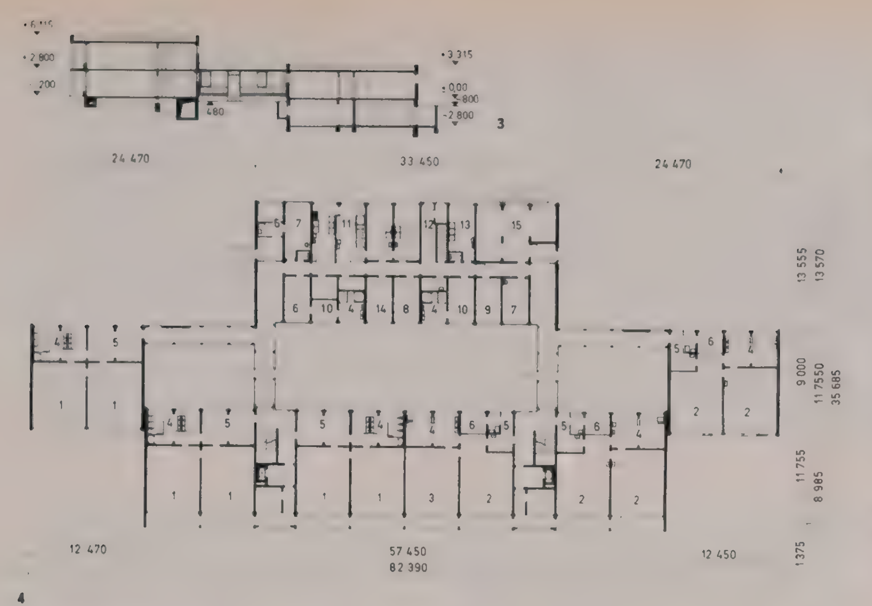
Kindereinrichtungen und Schulen

Architekt BdA/DDR Dieter Matthes

Die Entwicklung des sozialistischen Bildungswesens stellt die Volkswirtschaft der DDR vor große Aufgaben. Besonders die Bauschaffenden müssen durch Neubau und Rekonstruktion von Kindereinrichtungen und Schulen wesentliche Voraussetzungen schaffen, auf deren Grundlage die Pädagogen die ihnen gestellten Ziele erreichen können.
Die Direktive zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft, die auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossen wurde, enthält auch für die Bauwirtschaft konkrete Vorgaben. Das heißt für die Bauindustrie des Bezirkes Leipzig, in den Jahren 1971 bis 1975.

- 5000 bis 7000 Plätze in Kindergärten
- 2600 bis 3400 Plätze in Kinderkrippen sowie
- 1100 bis 1150 Unterrichtsräume einschließlich der zugehörigen Turnhallen, Schulspeisungseinrichtungen und Außenanlagen neu zu errichten und
- wesentliche Teile der Altbausubstanz komplex zu rekonstruieren, um dem physischen und moralischen Verschleiß entgegenzuwirken.

Die Lösung dieser großen Aufgaben erfordert von allen Beteiligten, Institutionen und Betrieben des Bezirkes, ein hohes Maß an Verantwortung, Effektivität und sozialistischer Gemeinschaftsarbeit.
In den 60er Jahren wurden im Bezirk Leipzig Kindereinrichtungen und Schulen nach Projekten der Angebotsreihe Karl-Marx-Stadt errichtet. Die Betonelemente mußten kooperativ aus anderen Bezirken beschafft werden, da keine bezirkliche



4

1
Gruppenraum in der Kinderkrippe

2
Fachunterrichtsraum Chemie

Kindergarten- Kinderkrippenkombination 180 80 Plätze

3
Schnitt 1 : 750

4
Erdgeschoß 1 : 750

1 Gruppenraum Kindergarten
2 Gruppenraum Kinderkrippe
3 Schlafraum Kinderkrippe
4 WC und Waschräume
5 Garderoben
6 Isolierraum Kinderkrippe
7 Leiterin
8 Wirtschaftsleiterin
9 Personal
10 Umkleideräume
11 Küchenräume
12 Warenannahme
13 Milchküche
14 Tagesvorräte und Lager
15 Kinderwagenraum

5
Ansicht von Süden



5

Produktionskapazität vorhanden war. Auf dieser Grundlage war es der Bauindustrie nicht möglich, Neubauten in ausreichender Anzahl zu errichten, so daß ein erheblicher Rückstand in der Erfüllung des Neubauprogramms von Kindereinrichtungen und Schulen entstand. So wurden in diesem Zeitraum im Bereich der Stadt Leipzig nur 3 Polytechnische Oberschulen neu errichtet. In Auswertung dieser unbefriedigenden Situation wurde von den Volksvertretungen und staatlichen Organen des Bezirkes Leipzig beschlossen, die Voraussetzungen im Bereich der Bauindustrie für die Erfüllung der staatlichen Planvorgaben für den Neubau von Kindereinrichtungen und Schulen zu schaffen:

- Ausbau vorhandener bezirklicher Vorfertigungskapazitäten zur Herstellung von Betonelementen für gesellschaftliche Einrichtungen.
- Entwicklung eines Betonelementesortimentes, das bei Einbeziehung vorhandener Ressourcen höchste Effektivität von Vorfertigung, Montage und Ausbau sichert.
- Erarbeitung von bezirklichen Angebotsprojekten, deren Anwendung die Einhaltung der vorgegebenen ökonomischen Parameter, den Einsatz effektiver Roh- und Ausbautechnologien und die Verkürzung der Bauzeiten bei optimalen Gebrauchswerteigenschaften der Erzeugnisse ermöglicht.

Diese Aufgaben wurden in enger Zusammenarbeit der Projektanten mit staatlichen Organen und den Vorfertigungs- und Ausführungsbetrieben gelöst. Zur Zeit werden folgende Angebotsprojekte angewendet:

Kindergarten-/ Kinderkrippenkombinationen 180/80 Plätze und 144/64 Plätze Reihe Leipzig

■ Funktion

Grundlage der funktionellen Projektlösung ist das Raumprogramm der Projektierungsrichtlinie für Kindereinrichtungen 1966. Die Gebäude wurden in Trakten konzipiert, die im Baukastenprinzip zu den unterschiedlichen Kapazitätseinheiten gruppiert werden können. Die Trakte sind mit verglasten Gängen verbunden. In einem zweigeschossigen Gruppenraumtrakt, der vertikal in Kindergarten- und Kinderkrippenteil gegliedert ist, gruppieren sich die Gruppeneinheiten für 144/64 Plätze um 2 Treppenhäuser. Der südlichen Fensterwand sind Loggien vorgelagert, die gleichzeitig als Rückzugswege im Gefahrenfalle dienen. Die Erweiterung auf 180/80 Plätze erfolgt durch seitliche Zuordnung je einer eingeschossigen Gruppeneinheit. Die Einheiten enthalten im Kindergartenteil je 2 Gruppenräume, Garderobe und Waschraum mit WC für 2 Gruppen (36 Kinder), im Kinderkrippenteil Aufenthaltsraum, Schlafraum, Übergaberaum mit Garderobe, Isolierbox und Waschraum mit WC für 1 Gruppe (16 Kinder). Die Gruppeneinheiten sind im Krippenteil differenziert für Säuglinge, Krabbler und Kleinkinder gestaltet.

Für den Speisentransport sind 2 Kleinlastenaufzüge vorgesehen. Alle Gruppenräume im Erdgeschoß haben Verbindung zur Terrasse. Der parallel angeordnete eingeschossige vollunterkellerte Wirtschaftstrakt enthält getrennt nach Kinderkrippe und Kindergarten die Eingänge, Räume für Leitung, Verwaltung und Personal. Für kombinierte Nutzung ist die Endküche und sind die technischen Räume vorgesehen.

■ Konstruktion

Die Gebäude werden in 2-Mp-Streifenbauweise mit monolithischem Kellergeschoß errichtet. Das Elementesortiment im Bereich der Innenwände, Decken und Treppen wurde aus dem Wohnungsbau 2-Mp-Streifenbauweise entnommen und vor allem durch Rahmen- und Außenwandelemente 2-Mp-Reihe Leipzig ergänzt. Der Grundriß ist in Querwandbauweise mit selbsttragender Fassade konzipiert. Der Längsraster beträgt bei den Gruppenräumen 6,00 m, sonst 3,00 m.

Die Außenwandflächen werden für Anstriche oder andere Beschichtungsarten oberflächenfertig hergestellt. Die Innenflächen müssen, bedingt durch die Qualität der Gleitfertigungselemente, noch geputzt werden. Der Ausbau wird traditionell ausgeführt:

- schwimmender Estrich mit Bahnenbelag
- Holzverbundfenster, TGL-Türen aus Holz
- Holzglastrennwände

■ Gestaltung

Die Baukörper bilden durch ihre stark differenzierte Gliederung unterschiedliche kindgemäße Erlebnisbereiche. Die Nordfassaden erhalten ihre Gestaltung durch spannungsvolle Verhältnisse der Wand- und Öffnungsbereiche. Die Südseite wird durch das Raster der Loggien bestimmt, die gleichzeitig die Gruppenräume verschatten. Im 1. OG wird die Fassade an den Treppenhausachsen durch plastisch gestaltete Betonflächen gegliedert.

■ Technologie

Die Montage ist mit einem Mobildrehkran oder Turmdrehkran (50 Mpm) vom Innenhof aus möglich. Ein Seitentrakt wird bei der Kombination 180/80 Plätze im Rückzug montiert.

Es ist vorgesehen, eine Variante mit montiertem Kellergeschoß zu erarbeiten.

Einzügige und zweizügige allgemeinbildende polytechnische Oberschulen Reihe Leipzig

■ Funktion

Diesen Projekten liegt mit geringen Abweichungen das Raumprogramm der Projektierungsrichtlinie für Schulbauten 1966 zugrunde. Die Schulen werden als kompakte scheibenförmige Baukörper konzipiert. Sie sind im Inneren in Ober- und Unterstufenbereich gegliedert, die nur im Erdgeschoß verbunden sind und über ge-



6



7

trennte Treppen erschlossen werden. Der Grundriß ist als einhüftige Ganganlage konzipiert, der Haupteingang befindet sich an der Nordseite, alle Hauptbelichtungsflächen sind nach Süden orientiert.

Die Räume für Leitung und Verwaltung und die Hausmeisterwohnung sind im Erdgeschoß in direkter Beziehung zum Eingang angeordnet. Im 1.–3. Obergeschoß befinden sich konzentriert 9 Normalklassen und 6 Fachunterrichtsräume für die Oberstufe. Im Unterstufenbereich wurden vom Erdgeschoß bis 3. Obergeschoß 5 Normalklassenräume und 3 Hortmehrzweckräume vorgesehen. Die Unterrichtsräume gliedern sich in:

- Normalklassen (54 m^2) mit einseitiger Belichtung und natürlicher Querlüftung durch Kanäle
- Fachunterrichtsräume (78 m^2) mit zweiseitiger Belichtung
- Fachunterrichtsraum Mathematik (103 m^2) mit Bestuhlung für 72 Plätze und zweiseitiger Belichtung
- Hortmehrzweckräume mit 96 m^2, Unterbringungsmöglichkeiten für Liegen und mit zweiseitiger Belichtung.

Alle Räume haben Schwingflügelfenster. Durch die gewählte Gebäudeform und funktionelle Gliederung ergeben sich als Vorteile

- ökonomische Ausnutzung des Baulands bei geringstem Gründungsaufwand
- gute Übersichtlichkeit der Funktion und kürzeste Wege in den Funktionsbereichen
- gute Bedingungen für Roh- und Ausbau.

Konstruktion

Die Gebäude sind einschließlich Kellergeschoß voll montiert. Die Konstruktion ist auf dem Prinzip der Querwandbauweise mit aussteifenden Längswänden aufgebaut, ein Teil der Wände ist in Stützen-, Riegel- und Rahmensysteme aufgelöst. Der Längsraster ist einheitlich 3,00 m, die Querraster 6,00 und 3,00 = 9,00 m. Alle Elemente wurden in der 2,8-Mp-Laststufe neu entwickelt, die Elementeanzahl konnte durch den einheitlichen Längsraster gering gehalten werden. Die Elemente sind an der Fassade oberflächenfertig, an den Innenflächen anstrichfertig und für Ausbau und Elektromontage vorkomplettiert.

Der Ausbau erfolgt traditionell mit

- schwimmendem Estrich mit Bahnenbelag
- Holzschwingflügelfenstern mit Thermoverglasung
- TGL-Holztüren mit Stahlzargen
- leichten schallschluckenden Unterhangdecken in den Fluren
- Bitumendämmdeckung

Gestaltung

Die Gliederung der Fassaden wird durch das Verhältnis durchlaufender Fenster- und Brüstungsbänder zu glatten Giebelscheiben bestimmt. Die Fensterbänder werden durch Farbglasflächen vor den Querwänden rhythmisch unterteilt. Die Brüstungen sind mit Naturkies, alle übrigen Flächen mit Streusplittbelag versehen. An der Südseite wird die Fassade durch die Treppenhausgestaltung mit den Nebeneingängen und die auskragenden Sonnenschutzblenden belebt, an der Nordseite betont ein asymmetrisch angeordneter Gebäuderisalit den großzügig gestalteten Haupteingang. Über dem Haupteingang ist eine 120 m^2 große Wandfläche für Werke der baugebundenen Kunst bzw. zur dekorativen flächigen oder plastischen Gestaltung vorgesehen.

Technologie

Die Montage erfolgt mit einem Turmdrehkran (80 Mpm). Alle Elemente werden ohne Montageschweißungen durch Fugen- und Ringankerbewehrung und Bügel-Keil-Schlösser verbunden.

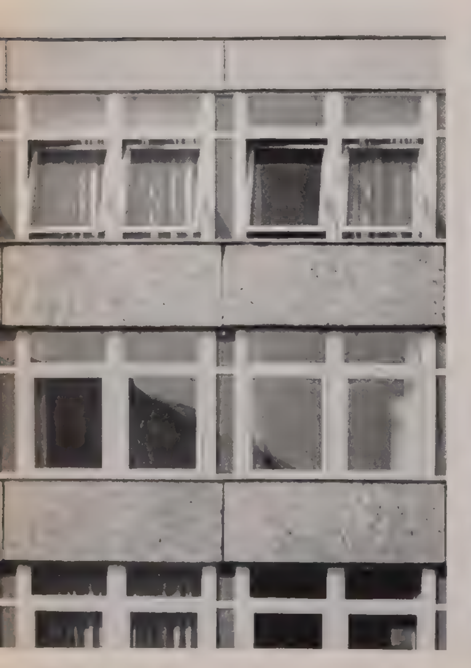
Bei den bisher ausgeführten Schulen wurden Bestwerte für die Montage von 6 Wochen und für die Gesamtbauzeit ab Montagebeginn von 7,5 Monaten erreicht. Dadurch wird es möglich, im Rahmen der Fließfertigung jährlich bis zu 5 Schulen in einer Taktstraße zu errichten.

Rationalisierung

Die Angebotsprojekte Schulen Reihe Leipzig werden für die Anwendung ab III. Quartal 1972 mit folgenden Zielstellungen komplex rationalisiert:

- Funktionsverbesserung durch Erhöhung der Anzahl der Fachunterrichtsräume auf 7, der Hortmehrzweckräume auf 6 und der Treppen auf 3
- Anordnung von Schulspeisungsräumen im Kellergeschoß ohne Kubaturerhöhung
- Verbesserung der Roh- und Ausbautechnologie
- Senkung des Bauwerkspreises.

8



9





10



11



12

13

14

15

16

17

18

6 7
Eingang Krippenbereich. Die baugebundene Kunst wurde gestaltet von Hanna Studnitzka, Maler und Grafiker VBK DDR, Elfriede Ducke, Maler und Grafiker VBK DDR

Zweizügige allgemeinbildende polytechnische Oberschule

8
Fassadenausschnitt

9
Ansicht von Süden

10
Haupteingang zweizügige Schule in Neukieritzsch. Die baugebundene Kunst gestaltete Heinz Mähde, Maler und Grafiker VBK DDR

11
Arthur-Hoffmann-Oberschule. Die baugebundene Kunst wurde gestaltet von Max-Gerhard Uhlig, Maler und Grafiker VBK DDR, Günter Richter, Maler und Grafiker VBK DDR

12 13
Gestaltete Wand am Haupteingang der Schule von Markkleeberg. Ausführung Hannes Burkhard, Maler und Grafiker VBK DDR, Günter Rackwitz, Maler und Grafiker VBK DDR

14
1. Obergeschoß 1 : 750

15
Erdgeschoß 1 : 750

Rationalisierte zweizügige Oberschule

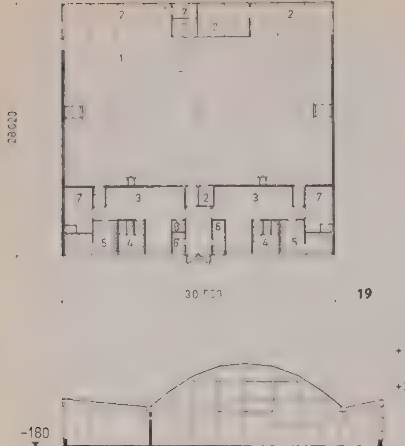
16
1. Obergeschoß 1 : 750

17
Erdgeschoß 1 : 750

18
Kellergeschoß 1 : 750

Legende zu den Abbildungen 14 bis 18

1 Normalklassen
2 Fachunterrichtsräume
3 Unterstufenmehrzweckräume
4 Vorbereitungs- bzw. Lehrmittelräume
5 Garderoben
6 WC
7 Direktion
8 Arzträume
9 Personal
10 Lehrerarbeits- bzw. Lehrerkonferenzräume
11 Gesellschaftliche Organisation
12 Abstellräume
13 Technische Räume
14 Schulspeisung
15 Hausmeisterwohnung



19
Turnhalle KT 60 L 1 : 750
1 Turnhalle
2 Geräteräume
3 Umkleideräume
4 WC
5 Dusch- und Waschräume
6 Trainerräume
7 Technikräume
8 Erste Hilfe

20
Turnhalle KT 60 L. Schnitt 1 : 750

21
Turnhalle KT 60 L



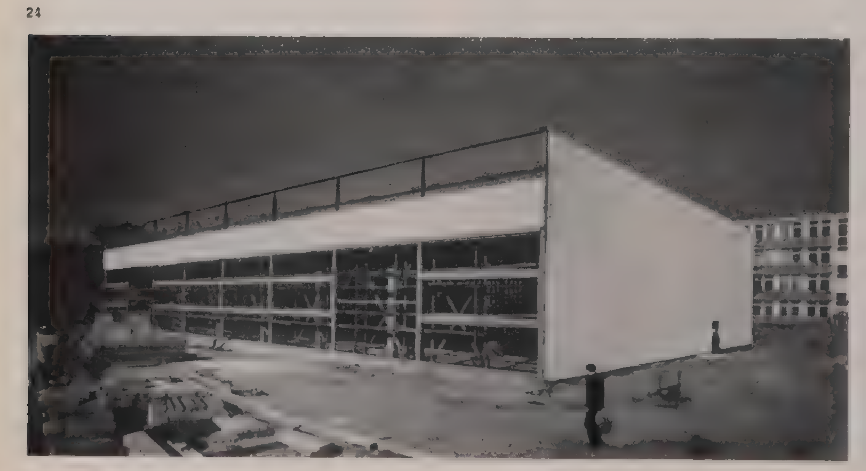
22
Turnhalle GT 60 L. Grundriß 1 : 750
1 Turnhalle
2 Geräteräume
3 Krafttrainingsraum
4 Umkleideräume
5 WC
6 Dusch- und Waschräume
7 Heizungs- und Lüftungszentrale
8 Hallenwart
9 Traforaum

23
Turnhalle GT 60 L. Schnitt 1 : 750

24
Turnhalle GT 60 L im Bau

25
Übersicht

26
Schulkomplex im Wohngebiet Lößnig



Kleine Turnhalle in Metalleichtbauweise KT 60 L

Die Turnhallen in Metalleichtbauweise wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Metalleichtbaukombinat entwickelt, um bei Entlastung der Bauindustrie in kürzester Zeit Sportflächen für den Schul- und Massensport zu schaffen.

■ Funktion

Die Halle hat 500 m² Sportfläche. An der einen Längsseite sind der Eingang sowie Umkleide-, Wasch- und WC-Räume, auf der anderen Hallenseite Geräteräume zugeordnet. Die Belichtung des Hallenteils erfolgt in den Giebelflächen der Stabnetztonne. Die Nutzung ist für Ballspiele einschließlich Basketball und Kleinfeldhandball, Turnen, Gymnastik, Kraftsport und physische Schulausbildung u. ä. möglich. Die Umkleidekapazität ist für 60 Personen ausgelegt.

■ Konstruktion

Die gesamte tragende Konstruktion ist in Metalleichtbauweise ausgeführt. Die Überdachung des Hallenteils erfolgt mit der Stabnetztonne Typ „Ruhland". Die Außenhaut besteht aus Hettal-Trapez-Verbundprofilen. Der Hallenteil hat elastischen Fußboden auf Bitumenbasis. Der Rohausbau erfolgt traditionell.

■ Gestaltung

Das Gebäude ist freistehend konzipiert. Auf einen durch Fensterbänder gegliederten kubischen Flachkörper ist die halbrunde Tonne aufgesetzt. Die im Normalfall aus Naturalu bestehende Außenhaut kann durch Farbaufträge gestaltet werden.

Große Turnhalle in Metalleichtbauweise GT 60 L

Der Hallenteil hat eine Sportfläche von 1050 m². Die Belichtung erfolgt von der Längsseite aus. An der anderen Längsseite sind Umkleide- und Waschräume für 60 Personen, Geräteräume, Trainerräume, Krafttrainingsraum, Tischtennisraum und Seminarraum in zweigeschossiger Anordnung vorgesehen. Die Halle ist universell auch für Leistungssport, Leichtathletik und Hallenhandball nutzbar. Im 1. Obergeschoß können sich im geringen Umfang Zuschauer aufhalten. Es besteht eine Projektvariante mit 120 Umkleideplätzen.

■ Konstruktion

Die Überdachung der Halle wird durch den Stabnetzrost vom Typ „Weimar" auf Stahlstützen gebildet. Die Außenhaut besteht aus Hettal-Trapez-Verbundprofilen. Der zweigeschossige Einbau wird monolithisch ausgeführt. Der Hallenteil besitzt elastischen Fußboden auf Bitumenbasis.

■ Gestaltung

Der kubische Baukörper ist an den Längswänden durch Fensterflächen gegliedert, die Giebel sind glatt. Die metallische Außenhaut kann durch Farbaufträge gestaltet werden.

Schulgartenhaus

Das Projekt dient zur Komplettierung von Schulkomplexen bei Anordnung einer Schulgartenanlage.
Der Flachbau enthält einen überdachten Freiunterrichtsplatz sowie Abstellräume und Toiletten wahlweise als WC oder Trockenklosett. Die Bauweise ist monolithisch. Die Dachkonstruktion besteht aus Zementasbestwelltafeln auf Stahlpfetten.

Anwendung der Projekte

Mit der schöpferischen Anwendung der Angebotsprojekte ist es den Städtebauern und Architekten möglich, Erziehungs- und Bildungskomplexe entsprechend den differenzierten örtlichen Bedingungen zu gestalten. Die Ergänzung der Komplexe erfolgt durch ein System leichter Überdachungen, die als Verbindungsgänge und zum geschützten Pausenaufenthalt dienen. An einigen Standorten ist die Errichtung

Aufstellung der Hauptparameter der Angebotsprojekte

	Angebotsprojekt	Kindergarten / Kinderkrippenkombination 144 / 64 Plätze	Kindergarten / Kinderkrippenkombination 180 / 80 Plätze	1 zügige allgemeinbildende polytechnische Oberschule	2 zügige allgemeinbildende polytechnische Oberschule	Kleine Turnhalle in Metalleichtbauweise KT 60 L	Große Turnhalle in Metalleichtbauweise GT 60 L	Schulgartenhaus
	Nr	AG 18	AG 19	AG 16	AG 17	AG 13	AG 14	AG 20
Funktion	Kapazität	144 Kindergartenplätze 64 Kinderkrippenplätze	180 Kindergartenplätze 80 Kinderkrippenplätze	360 Schülerplätze	720 Schülerplätze	560,30 m² Sportfläche	1284,60 m² Sportfläche	36 Schülerplätze
Funktion	Raumprogramm	8 Kindergartengruppen 1 Säuglingsgruppe 1 Krabbelgruppe 2 Kleinkindergruppen Endküche	10 Kindergartengruppen 1 Säuglingsgruppe 2 Krabblergruppen 2 Kleinkindergruppen Endküche	6 Normalklassen 5 Fachunterrichtsräume 2 Hortmehrzweckräume 1 Werkraum 1 Mehrzweckraum Zentralgarderobe	15 Normalklassen 6 Fachunterrichtsräume 3 Hortmehrzweckräume 2 Werkräume 1 Mehrzweckraum Zentralgarderobe Hausmeisterwohnung	Umkleide- und Waschräume je 30 Pl männlich / weiblich Trainerraum	Umkleide- und Waschräume je 30 Pl männlich / weiblich Kraftsport-, Tischtennis- und Gymnastikräume Seminarraum Trainerraum	überdachter Unterrichtsplatz Geräteraum WC
Funktion	Besonderheiten	Trennung Gruppen- u Wirtschaftstrakt Schutzraum	Trennung Gruppen- u Wirtschaftstrakt Schutzraum	Funktionstrennung Ober- und Unterstufe Schutzraum	Funktionstrennung Ober- und Unterstufe Schutzraum		Variante mit 120 Umkleideplätzen	Variante WC bzw Trockenklosett
Konstruktion	Rohbau	Stahlbetonmontagebauweise 2 MP Reihe Leipzig Kellergeschoß monolithisch	Stahlbetonmontagebauweise 2 MP Reihe Leipzig Kellergeschoß monolithisch	Stahlbetonmontagebauweise 2 MP Reihe Leipzig sehr geringer Monolithanteil	Stahlbetonmontagebauweise 2 MP Reihe Leipzig sehr geringer Monolithanteil	tragende Konstruktion und Außenhülle Metalleichtbau Rohausbau monolithisch	tragende Konstruktion und Außenhülle Metalleichtbau Rohausbau monolithisch	monolithisch Dach Stahlkonstruktion mit Asbestzementwelltafeln
Konstruktion	Ausbau	Holzverbundfenster schwimmender Estrich kein Außenputz	Holzverbundfenster schwimmender Estrich kein Außenputz	Holzschwingflügelfenst Thermoverglasung schwimmender Estrich kein Innen- und Außenputz	Holzschwingflügelfenst Thermoverglasung schwimmender Estrich kein Innen- und Außenputz	PVC-Thermofenster Stahl-Alu-Türen elastischer Fußboden im Hallenteil	Holzthermofenster Stahl-Alu-Türen elastischer Fußboden im Hallenteil	feststehendes Gestühl
Konstruktion	Technische Gebäudeausrüstung	PWW-Heizung 90°/70° mech Lüftungsanlage im Küchenteil BMSR-Anlage zentr. WW-Bereitung Fernsprech-u Signalanl	PWW-Heizung 90°/70° mech Lüftungsanlage im Küchenteil BMSR-Anlage zentr WW-Bereitung Fernsprech-u. Signalanl	PWW-Heizung 110°/70° natürliche Querlüftung zentr WW-Bereitung Notlichtanlage Fernsprech-, Uhren- und Pausensignalanlage	PWW-Heizung 110°/70° natürliche Querlüftung zentr WW-Bereitung Notanlage Fernsprech-, Uhren- und Pausensignalanlage	PWW-Heizung 110°/70° mech Lüftungsanlage im Hallen- und Umkleideteil BMSR-Anlage	PWW-Heizung 110°/70° mech. Lüftungsanlage im Hallen- und Umkleideteil BMSR-Anlage	Beleuchtungsanlage Be- und Entwässerung
Dimensionen	Geschoßanzahl	2 + Kellergeschoß	2 + Kellergeschoß	3 + Kellergeschoß	4 + Kellergeschoß	1	1 im Hallenteil 2 im Umkleideteil	1
Dimensionen	Bebaute Fläche	1 249,56	1 598,47	657,76	827,9	849,0	1 587,72	96,75
Dimensionen	Bruttofläche	2 448,72	2.797,63	2 631,04	4 139,3	849,0	2 042,76	96,75
Dimensionen	Nutzfläche	1. 833,53	2.087,33	1 827,01	2 859,9	766,0	1 765,86	86,60
Dimensionen	Hauptfläche	1 027,19	1. 280,99	1. 140,73	2 034,4	568,0	1 384,60	53,70
Dimensionen	Umbauter Raum	8 000,00	9.516,34	8 093,00	13. 990,8	4. 460,0	13. 796,30	320,72
Dimensionen	Nebenfl / Hauptfl	0,785	0,629	0,61	0,405	0,34	0,275	0,61
Dimensionen	Umb Raum / Hauptfl	7,79	7,43	7,1	6,9	7,85	9,964	5,93

25

26

von Schulspeisungsgebäuden mit Endküche vorgesehen. In Zusammenarbeit mit bildenden Künstlern werden die Ensembles mit Werken der baugebundenen Kunst bereichert, die im Zusammenwirken mit der gesamten baulichen Lösung Eindrücke vom sozialistischen Lebensgefühl der Bürger in der DDR vermitteln. Damit können die Schulkomplexe als echte Zentren der Kultur und Bildung innerhalb der Wohngebiete wirksam werden.

Im zur Zeit im Bau befindlichen Wohnkomplex Leipzig-Lößnig werden

- 3 zweizügige Oberschulen
- 1 Turnhalle GT 60 L
- 1 Turnhalle KT 60 L
- 1 Schulspeisungsgebäude mit Endküche mit 540 Sitzplätzen
- 1 kombinierte Kindereinrichtung 180/80 Plätze

zu einem Zentrum zusammengefaßt, das den differenzierten und sich ständig erhöhenden Bedürfnissen entspricht.

Die in den letzten Jahren fertiggestellten Neubauten haben heute bereits ihre erste Bewährungsprobe hinsichtlich Funktionstüchtigkeit bestanden. Unter Einbeziehung der dabei gemachten Erfahrungen ist es Aufgabe der Projektanten, die Projekte laufend weiterzuentwickeln und zu vervollkommnen. Durch Einbeziehung der effektivsten technischen und technologischen Lösungen, durch Nutzung der Erfahrungen der besten Ausführungskollektive, der Neuerer und Rationalisatoren ist eine weitere Verringerung des ökonomischen und manuellen Aufwandes möglich.

Damit können die Projektierungskollektive der Erkenntnis, daß die Effektivität der Investitionen bereits entscheidend in der Vorbereitungs- und Projektierungsphase beeinflußt wird, zur optimalen praktischen Anwendung verhelfen.

Rekonstruktion der 49. Oberschule in Leipzig

Architekt BdA/DDR Horst Böttke

1

Projektant: VE Kombinat für Baureparaturen und Rekonstruktion Leipzig Abt. Projektierung
Gesamtleitung: Architekt BdA DDR Horst Böttke Fachingenieur für Gebäudeerhaltung
Projektverantwortlicher: Architekt BdA/DDR Hans-Jürgen Dülsner

Das 1907 in der damals üblichen Kompaktform erbaute Schulgebäude liegt im Südwesten der Stadt Leipzig. Im 4geschossigen vollunterkellerten 71,0 m langen, zweihüftigen Haupttrakt befanden sich 35 Klassenzimmer und im anschließenden Seitenflügel zwei übereinanderliegende Turnhallen. Weit über die Hälfte des Daches und des 3. Obergeschosses waren durch Kriegseinwirkungen zerstört.

Die Notwendigkeit des Wiederaufbaus zur Gewinnung von Schulraum und weitere aus dem Schulnetzplan der Stadt Leipzig abgeleitete günstige Faktoren führten zusammen mit anderen Überlegungen und objektiven Voraussetzungen zu der Entscheidung, diese Schule zur Rekonstruktion auszuwählen.

Der bauliche Zustand der Substanz konnte insgesamt als gut eingestuft werden, obwohl einzelne Bauteile einen hohen physischen Verschleiß aufwiesen.

Der erhebliche moralische Verschleiß der Schule resultierte aus der Tatsache., daß das Gebäude den Bedürfnissen vor 65 Jahren entsprach, aber die weitaus höheren Forderungen unseres sozialistischen Bildungswesens nicht mehr ohne weiteres erfüllen konnte.

2



Aufgabenstellung

Zur Verwirklichung der bildungspolitischen Maßnahmen unseres Staates in der Gegenwart und deren Weiterentwicklung muß eine möglichst allseitige und weitgehend flexible materiell-technische Basis geschaffen werden. Im Rahmen der Möglichkeiten bei einer Altbauschule wurde die Aufgabenstellung darauf akzentuiert,

- den pädagogisch funktionellen Wert zu erhöhen
- die Bausubstanz aufzuwerten und
- die gesellschaftliche Bedeutung der Schule zu unterstützen,

um eine Restnutzungsdauer von 50 Jahren zu gewährleisten.

Weitere Parameter konnten nicht vorgegeben werden, da in der DDR noch keine Altbauschule so umfassend rekonstruiert wurde. Da auch nicht bekannt war, daß ähnliche Lösungen im Ausland durchgeführt wurden, handelt es sich hierbei um einen Modellfall.

Nach den Möglichkeiten der vorhandenen Substanz wurde eine durchgehende 3zügige Belegung gefordert. Als optimale Kapazität sind 30 Unterrichtsräume mit je 30 Schülern, insgesamt 900 Schüler festgelegt.

Funktionelle Lösung

Durch vorbildliche sozialistische Gemeinschaftsarbeit wurde in konstruktiven Auseinandersetzungen ein allseitig abgestimmtes Raumprogramm entwickelt. An der Zusammenarbeit waren beteiligt oder wurden konsultiert die Abt. Volksbildung des Rates der Stadt und des Stadtbezirkes, die Partei-, Gewerkschafts- und Hortleitung der Schule, das Pädagogenkollektiv, Schulhygieniker, die Kreisstelle für Unterrichtsmittel, die Pädagogische Hochschule Dresden, Technische Hochschule Dresden, die Direktion einer Neubauschule, verschiedene Volksvertreter, der Elternbeirat und das Projektierungskollektiv.

Auf der Basis des derzeitigen Erkenntnisstandes der pädagogischen Forderungen und Entwicklungstendenzen sowie nach Auswertung des VII. Pädagogischen Kongresses der DDR wurde das Prinzip der funktionellen Lösung erarbeitet. Danach erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Unterstufe und Oberstufe. Für die Unterstufe 1. bis 4. Schuljahr werden Stammklassenzimmer vorgesehen, während für die Oberstufe 5. bis 10. Schuljahr ein durchgehendes System von Fachunterrichtsräumen angeordnet wird.

Die Abtrennung des Unterstufenbereiches erfolgt vertikal durch alle Geschosse des Gebäudes mit zugeordnetem Eingang und Treppenhaus. Die Klassenräume für das 1. und 2. Schuljahr werden zur kombinierten Nutzung für den Unterricht und die außerunterrichtliche Arbeit im Rahmen des Hortes eingerichtet.

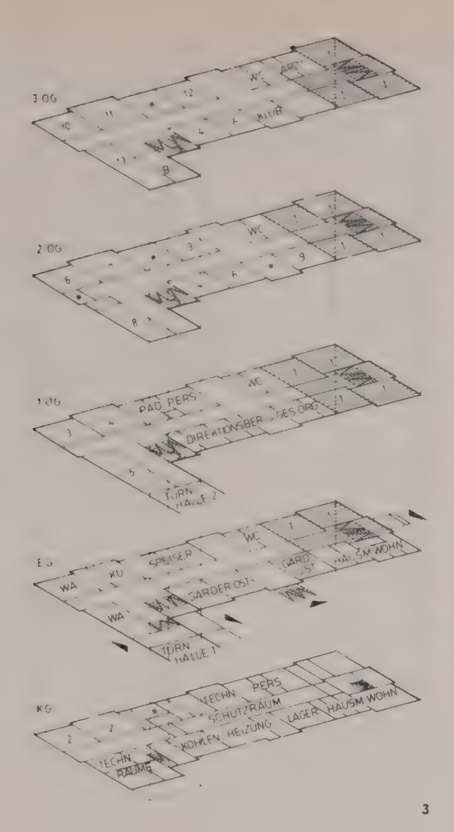
Die Anordnung der Fachunterrichtsräume für die Oberstufe erfolgte entsprechend der geschoßweisen Zuordnung der jeweiligen Altersstufen. Durch den vorgegebenen Verkehrsfluß kann die Zentralgarderobe von den Schülern im Durchlauf an den klassenweise numerierten Haken abgelegt oder aufgenommen werden, ohne daß ein Stau entsteht.

Die gesamten sanitärtechnischen Räume wurden völlig neu konzipiert und die bisher außerhalb des Gebäudes gelegenen WC-Anlagen abgebrochen.

Die in unmittelbarer Nähe der Turnhallen im Erdgeschoß angeordneten Wasch- und Umkleideräume sind so ausgelegt, daß jedem Waschraum zwei Umkleideräume zugeordnet sind, um bei Nutzungswechsel der Turnhalle eine Behinderung zu vermeiden.

Als Übergangslösung der Schulspeisung und zur Ausgabe von Frühstücksbeuteln und Trinkmilch ist im Erdgeschoß eine Ausgabeküche mit Spüle und zwei Speiseräumen angeordnet.

Im Kellergeschoß befinden sich neben den Räumen für das technische Personal die für die Versorgung nötigen technischen Räume.



3

1
Perspektive

2
Schule vor der Rekonstruktion

3
Funktionsisometrie

1 Klassenräume Unterstufe	7 Physik
2 Werken	8 Chemie
3 Mathematik	9 Biologie
4 Fremdsprachen	10 Geschichte
5 Musik	11 Staatsbürgerkunde
6 Deutsch	12 Geographie
	13 Vorbereitungsraum

4
Lageplan vor der Rekonstruktion 1 : 2000

1 Hauptgebäude	5 Trafostation
2 Turnhallen	6 Außentoiletten
3 Windfänge	7 überdachte Zugänge
4 Pausenhof	8 Hortgarten

5
Lageplan nach der Rekonstruktion 1 : 2000

1 Hauptgebäude	7 befahrbare Fläche
2 Turnhallen	8 Laufbahn (100 m)
3 Windfänge	9 Turngeräteplatz
4 Pausenhof	10 Ballspielplatz
5 Trafostation	11 Massensprunganlage
6 Anbau für Turn- und Gartengeräte	

Konstruktive Lösung

Bei größeren Umbaumaßnahmen an einem Altbau wird die konstruktive Lösung stets problematisch. Die Forderungen oder Wünsche des Auftraggebers für eine optimale Funktionslösung verlangen mitunter sehr weitgehende konstruktive Veränderungen. An dieser Stelle wird vom Konstrukteur die Entscheidung verlangt, welchen konstruktiven Veränderungen sowohl aus der Sicht der Statik wie auch unter Beachtung der ökonomischen Möglichkeiten zugestimmt werden kann. Hier wird eine der Grenzen sichtbar, die uns die Altbausubstanz setzt, die wir aber nicht als Einengung, sondern als sortimentsspezifische Parameter betrachten sollten, da jedes Gebäude nur für eine sortimentsgerechte Nutzung mit minimalem Umbauaufwand geeignet ist. Dieses Prinzip wurde auch bei unserem Objekt zugrunde gelegt. Nach Analyse und Nachrechnung des vorhandenen statischen Systems des Gebäudes wurden weitestgehend Eingriffe oder Veränderungen des statisch-konstruktiven Gerippes vermieden. Zur Sicherung der TGL-Forderungen wurden jedoch verschiedene Stabilisierungsmaßnahmen nötig.

Versorgungstechnische Einrichtung

Die alte Dampfheizung wurde demontiert und eine Pumpenwarmwasserheizung eingebaut. Die Beheizung erfolgt mit festen Brennstoffen. Die Umstellung auf Gasheizung wurde vorbereitet. Die gesamte Elektroinstallation, die Beleuchtungsanlage und der Hausanschluß mußten erneuert werden. Dabei sind auch eine Uhren-, Fernmelde- und Antennenanlage vorgesehen, sowie ein zusätzliches Leerrohrnetz, um Erweiterungsmöglichkeiten für später auftretenden Bedarf zu sichern. Das Leitungsnetz für Frischwasser, Löschwasser und Abwasser wurde neu verlegt. Der umfangreiche Aufwand zum Einbau der mechanischen Be- und Entlüftungsanlage war zur weitgehenden Einhaltung der TGL-Forderungen notwendig.

Gestalterische Lösung

Über die äußere Gestaltung des Gebäudes standen zwei Varianten zur Entscheidung: entweder Wiederherstellung der früher vorhandenen Gestaltung oder Entwicklung einer neuen Konzeption. Die erste Möglichkeit mußte ausscheiden, da das 9 m hohe in Holzkonstruktion gefertigte Satteldach zum größten Teil durch Kriegsschaden vernichtet war und als massives Flachdach ersetzt wurde. Damit waren die früher vorhandenen Proportionen nicht mehr gegeben und auch nicht wieder zu schaffen. Aus ökonomischen Überlegungen und unter Beachtung der vorhandenen Baukapazität wurde bei Einhaltung der gegebenen Hauptproportionen eine neue klare Gliederung der Fassaden gewählt. Der naturfarbene Putz wurde an den Obergeschossen heller gewählt als im Erdgeschoß, beides abgestimmt auf die im lichten Ocker gehaltenen Keramikfelder und reinweiß gestrichenen Fenster.

Die Gestaltung der Innenräume erfolgt zu einem Teil durch die unterrichtstechnisch bedingten Einbauten, so daß eine schlichte zurückhaltende Farbgebung der Räume unter Beachtung der günstigsten psychologischen Wirkung dem jeweiligen Verwendungszweck angepaßt wurde.

Die Freiflächengestaltung wurde in einem gesonderten Projekt des VE Verkehrs- und Tiefbaukombinat Leipzig erarbeitet. Durch Flächenerweiterung mit Einbeziehung einer Nebenstraße und daran anschließendem Gelände wird es möglich, Pausenhof und Spiel- und Sportplatz gut gestaltet anzulegen.

Bemerkungen zur Effektivität der Rekonstruktion

Eine der wesentlichen Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR ist das anerkannt hohe Niveau des Bildungswesens. Die stete Steigerung der Anforderungen an die materiell-technische Basis und die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten im Bildungswesen stellen die Ausgangsgrößen für die Entwicklung der Gebäude dar. Da einschließlich eines Nachholebedarfs bei weitem nicht alle Forderungen in den nächsten Jahren durch Errichtung von Neubauten erfüllt werden können, ergibt sich schon daraus die Notwendigkeit der Rekonstruktion von Altbauschulen zur effektiven Nutzung der Milliardenbeträge darstellenden Werte unseres Volksvermögens. Wenn es gelingt, ähnliche und rekonstruktionswürdige Gebäude auszuwählen, bautechnisch, bautechnologisch und schultechnisch langfristig vorzubereiten, muß durch eine kurze Bauzeit, bestimmte Wiederholungsmöglichkeiten und Erhöhung des Vorfertigungsgrades eine hohe Effektivität erreicht werden können, die eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in Projektierung und Bauausführung einschließt.

Die Baumaßnahmen zur Rekonstruktion der 49. Oberschule sind zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels noch nicht abgeschlossen. Deshalb lassen sich von diesem Vorhaben keine allgemeingültigen Vergleichswerte ableiten.

4 5



Rekonstruktion des Druckformenherstellungszentrums Leipzig

Klaus Friedling, VEB BMK Ost, Betrieb Projektierung, Betriebsteil Ipro Leipzig

Projektant:	VEB BMK Ost, Betrieb Projektierung BT Ipro Leipzig
Chefarchitekt:	Dipl.-Ing. Eberhard Just, BdA/DDR
Entwurf:	Klaus Friedling, Architekt BdA/DDR Eberhard Roeder, Architekt
Projektanten:	Kurt Fiedler, Architekt BdA DDR Eberhard Roeder, Architekt Alois Weider, Architekt BdA/DDR
Bauwirtschaft:	Hans-Dieter Langholz, Bauingenieur
Technologischer Projektant:	VEB Polygraph Leipzig Kombinat für polytechnische Maschinen und Ausrüstungen Zentrales Projektierungsbüro Polygraph Leipzig

1
Druckformenherstellungszentrum Leipzig. Blick auf das rekonstruierte Gebäude vom Georgiring

2
Rekonstruierte Abteilung Bleisatz

Es war vorgesehen, das Automatisierungsvorhaben der VVB Polygraphische Industrie „VEB Druckformenherstellungszentrum" als Musterbetrieb für Leipzig zu errichten. Die technologische Zielstellung beinhaltete eine Verbesserung der Satzherstellung im Industriezweig.
Von der VVB Polygraphische Industrie wurde für die Aufnahme dieses Betriebes ein vorhandenes Gebäude der Firma B. G. Teubner in der Leipziger Querstraße ausgewählt, das von Größe und Anlage her den zu stellenden Bedingungen entsprach. Voraussetzung für die spätere Funktionsfähigkeit waren jedoch erhebliche Rekonstruktionsmaßnahmen an dem im Jahre 1906 errichteten Gebäude.
Da das Gebäude vom Standort her mit der neuen Bebauung am Georgiring korrespondiert, wurde die städtebauliche Standortbestätigung unter der Bedingung erteilt, daß die Fassaden eine entsprechende Aufwertung erfahren.
Für die neue Nutzung wurde das Gebäude in funktioneller und gestalterischer Hinsicht rekonstruiert. Die statisch-konstruktiven Änderungen konnten dabei auf geringfügige, funktionell bedingte Umbauten sowie die Behebung von Bauschäden beschränkt werden.

1

2



Die bautechnische Rekonstruktion sowie die architektonische Umgestaltung sollten bauliche Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Produktionsanlage schaffen. Durch diese Maßnahmen wurde ein höherer Gebrauchswert des Gebäudes erreicht.
Die Arbeits- und Umweltbedingungen der Werktätigen wurden gegenüber der ursprünglichen Anlage durch die Neugestaltung der Produktions- und Sozialräume entscheidend verbessert. Alle Veränderungen wurden auf der Grundlage neuester Erkenntnisse und damit auch der geltenden Standards durchgeführt. So waren auch Schallschutzmaßnahmen gegen die produktionstechnologischen Lärmemissionen vorgesehen.
Durch die Anbringung von Sonnenschutzanlagen wurden die Arbeitsbedingungen verbessert. Den Werktätigen stehen ferner größere und besser ausgerüstete Sozialanlagen zur Verfügung. Den Brandschutzbedingungen wurde durch den Einbau zusätzlicher Evakuierungswege entsprochen.
Vom Aufmaß des alten Gebäudes bis zum geplanten Übergabetermin der funktionsfähigen Anlage standen nur 13 Monate zur Verfügung. Aus diesem Grunde mußte die bautechnische Projektierung auf der Grundlage einer Studie als Einphasenprojekt durchgeführt werden. Die Projektteile wurden abschnittsweise übergeben und dementsprechend die Realisierung begonnen.
Die baulichen Maßnahmen wurden so geplant und durchgeführt, daß der Betriebsteil Handsetzerei während der Realisierung der ersten Bauabschnitte mit vollem Produktionsvolumen arbeiten konnte.
Während der Baudurchführung wurden an der vorhandenen Stahlbetonkonstruktion erhebliche Bauschäden (Kriegseinwirkung) erkannt, die die termingerechte Übergabe noch einmal in Frage stellten.
Trotz der erschwerten Bedingungen und der kurzen Termine wurden die gesetzten Ziele durch sozialistische Gemeinschaftsarbei zwischen technologischen und bautechnischen Projektanten sowie den realisierenden Betrieben erreicht.
Die Anlage konnte dem Nutzer termingerecht übergeben werden,
Neben einigen Schwerpunkten in der Funktionslösung der Rekonstruktion wurde die Fassadengestaltung vor der Einphasenprojektierung in einer Studie mit Varianten untersucht. Dabei wurde die zuerst konzipierte Lösung, die eine vorgehängte Metallfassade vorsah, aus ökonomischen Gründen aufgegeben. Die realisierte Außengestaltung will unter Beibehaltung der alten Bauform und ökonomischem Materialeinsatz die alte Substanz aufwerten. Diese Lösung ist nicht nur ökonomischer; sie entspricht auch der Forderung, dieses Gebäude dem benachbarten Neubauensemble anzupassen.
Mit der Realisierung dieser Rekonstruktionsmaßnahme wurde ein Beispiel der Anpassung vorhandener Grundfonds an die neuen Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft gegeben.
Alle Werte werden auf 1 m^3 umbauten Raum rückgeschlüsselt. Die Vergleichswerte enthalten nicht: Elektroinstallationen, Ausrüstungen, Erstausstattung und Projektierungskosten.

Umbauter Raum (nach TGL 13 742)	22 000 m^3
Gebäudezeitwert auf Basis Wiederbeschaffungspreise abzüglich Abschreibung	86,40 M/m^3
Abzug für unterlassene Instandsetzungen	11,80 M/m^3
	74,60 M/m^3
Rekonstruktionskosten	101,40 M/m^3
Kosten für Neubau mit gleichem Funktionswert anstelle der Rekonstruktion (ohne Kosten für Abbruch des vorhandenen Gebäudes sowie zusätzlich bedingte Erschließungskosten)	204,50 M/m^3

Neubau der Messehalle 6 auf dem Gelände der Technischen Messe

Bautechnische Projektierung: Arthur Bock, Architekt BdA DDR

Mitarbeiter: Peter Richter, Architekt BdA DDR

Stahlbau-Projekt: MLK Werk Ruhland, Ipro Dresden

Arthur Bock, Architekt BdA DDR

Die im zweiten Weltkrieg zerstörte Halle 6 wurde 1950 provisorisch als Holzkonstruktion neu errichtet. 1969 erfolgte dann der Auftrag, am gleichen Standort eine neue Halle zu errichten. Bei der Planung war zu berücksichtigen, daß weitere Bauabschnitte zur Umgestaltung des Gesamtkomplexes folgen sollten.

Der Hallenneubau sollte die alte Halle (6000 m²) ersetzen. Den erhöhten Anforderungen beim Messeauf- und -abbau wurde durch den Einsatz der modernen Technik Rechnung getragen. Zwischen den Messen wird die Halle als Lagerraum genutzt. Durch den Einbau von Galerien wurden weitere etwa 1800 m² als Nutzfläche für Verhandlungsräume gewonnen.

Zwei 4,80 m breite Durchfahrten in Querrichtung der Halle ermöglichen einen ständigen LKW-Verkehr. Das Abladen und Verteilen der Waren in der Halle erfolgt mit Gabelstaplern und kleinen Autokränen.

Aufgrund der knappen Bauzeit mußte eine montierbare Konstruktion verwendet werden. Weiterhin waren möglichst weittragende Konstruktionen notwendig, um die Fläche mit wenig Stützen zu überbauen. Gewählt wurde eine Stahlkonstruktion mit leichter Verkleidung. 7 Fachwerkbinder in je 18 m Abstand (Stützweiten 12, 36, 12 m), dazwischen je 5 Stück schrägliegende Stabnetzfaltwerke Typ Berlin (12 m · 18 m). Diese Konstruktion ergab eine flache Shedbildung. Die Halle ist 112 m lang, 61,5 m breit und 8,5 m hoch (unter Binder).

Als Fundamente wurden Hülsenfundamente für die Stahlstützen und Streifenfundamente für die westliche Außenwand gewählt. Der vorhandene Fußboden wurde wieder verwendet.

Die Umfassungswände bestehen aus einem 3 m hohen Sockel aus Industrie-Wandplatten. Über dem Sockel wurde Hettal-Verbundprofilband an Stahlkonstruktionen – teilweise kittlose Verglasung – eingesetzt.

Das Dach wurde mit Hettal-Trapezprofilband auf Stahlpfetten und darauf liegendem Bitumendämmdach gedeckt.

Das Bitumendämmdach hat folgenden Aufbau: 1 Lage Pappe als Dampfsperre, 60 mm Polystyrolschaumplatten, 2 Lagen P 500 und 1 Lage Glasvlies-Dachbelag.

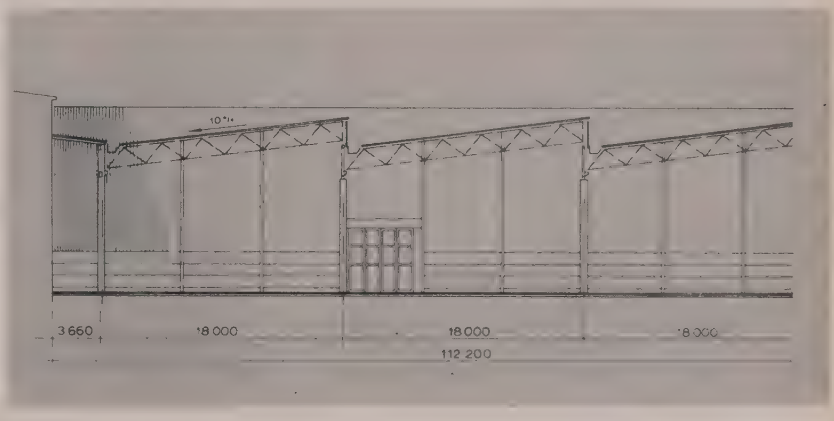
Die Eindeckung erfolgte am Boden bis zur ersten Lage. Die Entspannung der Dämmschicht und die Sturmsicherung der Dachhaut ist erforderlich.

Schwierig gestaltete sich der Einbau von Rinnen und Fallrohren. Aus Gründen der besseren Reinhaltung wurde eine begehbare Rinne gewählt, die einerseits durch die warme Hallenluft an der Rinnenunterseite und andererseits bei extremen Fällen durch zusätzliche Beheizung vor dem Einfrieren gesichert wird.

Die Abläufe wurden im Gebäude unter der Rinne bis zur Außenwand geführt. Als Schwitzwasserfang ist eine zweite Verkleidung vorhanden. Aufgrund der Blechausdehnung wurde diese Rinne aus 12 m langen Teilen gefertigt.



1 Messehalle 6. Blick von der Westgalerie in die Halle während der Messe



2 Schnitt

Die Oberlichter erhielten U-Profil-Verglasung. Je Band wurden zwei Fenster als Rauchabzug vorgesehen, die vom Eingang aus hydraulisch betätigt werden können. Für Wandflächen kam teilweise kittlose Verglasung zur Anwendung.

Brandschutzmaßnahmen wurden entsprechend den Standards BGKL C und FWKL III vorgesehen. Davon abweichende Festlegungen wurden mit der Feuerwehr abgesprochen; Innen- und Außenhydranten sind vorhanden. Die Rauchabzugsklappen sind von Halleneingängen zu bedienen. Ferner wurde eine Berieselung vor den Übergängen zum Zwischenbau und über den Türen zum Kopfbau installiert. Als Trennung zu allen angrenzenden Hallen wurden Brandwände vorgesehen.

Eine Sanitärinstallation war nicht erforderlich, da im Kopfbau vorhanden.

Die Heizung erfolgt über ein vorhandenes Kesselhaus mit Wandlufterhitzern.

Für die Beleuchtung wurden Einzelleuchten in 8,50 m Höhe eingesetzt.

Im Fußboden der Halle sind Verteilungsnetze für Wasser, Abwasser, Elektrotechnik und Telefon, um für jeden Aussteller entsprechende Anschlüsse schaffen zu können.

Der Galerieeinbau für Verhandlungsräume ist an Längsseiten 6 m, an einer Giebelseite 10 m breit und mit transportablen Standelementen bestückt. Durch diese Konstruktion werden etwa 25 Prozent Nutzflächengewinn in der Halle erreicht.



1

Betriebsgebäude des VEB Kombinat Robotron in Leipzig

Dr.-Ing. Rudolf Skoda, Architekt BdA/DDR

Projektant:	VE Wohnungsbau- und Gesellschaftsbaukombinat Leipzig, Betrieb Forschung und Projektierung
Entwurf und Gesamtleitung:	Dr.-Ing. Rudolf Skoda, BdA/DDR Dipl.-Arch. Ulrich Quester, BdA/DDR
Hoch- und Ausbau:	Architekt Rudolf Dietrich, BdA DDR Architekt Henry Dietze, BdA/DDR Dipl.-Ing. Lothar Schaar, BdA DDR Innenarchitekt Franz Herbst, BdA/DDR Innenarchitekt Gerhard Böhme, BdA DDR Innenarchitekt Willi Bote, BdA DDR Innenarchitekt Leberecht Walter, BdA DDR
Statik:	Bauingenieur Klaus Kind Bauingenieur Peter Anders
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Eberhard Winkler Bauingenieur Walter Hinneburg Bauingenieur Richard Tiefenbach Bauingenieur Christel Fischer Bautechniker Siegfried Süß
Sanitärtechnik:	Ingenieur Rudolf Lehmann Ingenieur Gerhard Seifert
Heizung:	Fa. Thormann, Hecklingen
Lüftung:	Dipl.-Ing. Horst Preuß, Ing. Heinz Hampel, VEB LTA, Dresden
BMSR-Technik:	VEB Geräte- und Regler-Werke, Teltow, Betriebsteil Leipzig
Starkstromanlagen:	Ingenieur Gottfried Kämpfe, Ingenieur Wilhelm Madeja, Ingenieur Werner Gabriel, VEB Starkstromanlagenbau Leipzig Halle
Schwachstromanlagen:	Ingenieur Erich Wollmann, Ingenieur Günter Tiefensee VEB FAL, Leipzig
Küchentechnologie:	Diplomwirtschaftler Hans Peter Blödorn, Wirtschaftler der Gastronomie Georg Triebe, Institut für Handelstechnik, Leipzig
Betriebstechnologie:	Ingenieur Rudolf Henschel, Ingenieur Werner Staeber, VEB Inex, Berlin
Transport- und Lagertechnologie:	Dipl.-Ing. E. Schmaler, Ing. R. Schulz, Institut für Datenverarbeitung, Dresden
Tiefbau und Grünplanung:	Ingenieur Harald Bückert, Vermessungstechniker Rolf Enge, Gartenbauingenieur Franz Fischer, VE VTK, Leipzig
Raumakustik:	Horst F. R. Meyer, KG., Berlin
Filmtheatertechnik:	VEB Filmtheatertechnik, Berlin
Bildende Kunst:	Gisela Richter-Thiele, VBK DDR Frank Ruddigkeit, VBK DDR Rolf Kurth, VBK DDR Arno Rink, VBK DDR Klaus Schwabe, VBK DDR Dieter Nentwig, VBK DDR

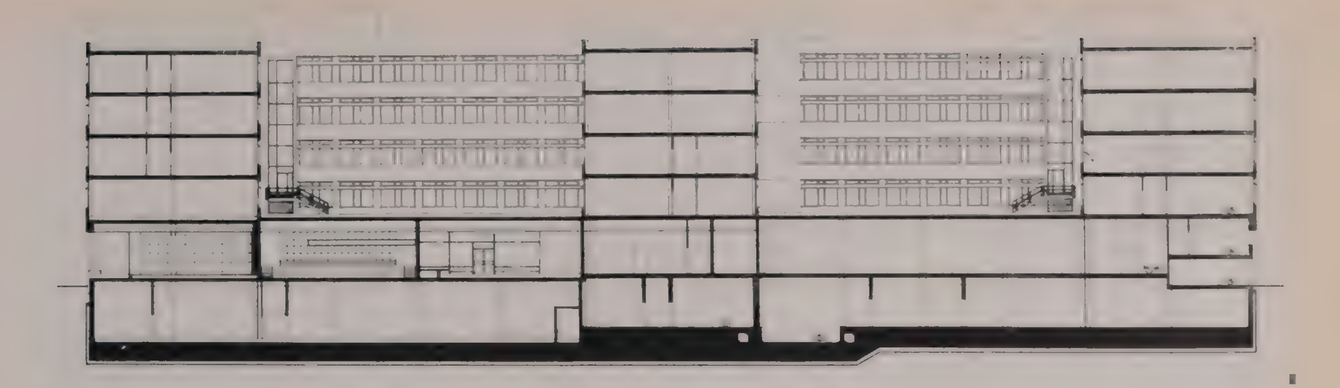
Am 23. 10. 1970 erfolgte die Schlüsselübergabe des Betriebsgebäudes VEB Kombinat Robotron in Leipzig. Mit der Einweihung dieses neuen Gebäudes im Zentrum Leipzigs wurden vor allem die baulichen Voraussetzungen für eine noch bessere Aus- und Weiterbildung der Kader für die elektronische Datenverarbeitung geschaffen.

Städtebauliche Situation und architektonische Gestaltung

Für die Wahl des Mikrostandortes (Randstraßen: Packhof-, Nord-, Keil- und Gerberstraße) waren folgende Faktoren ausschlaggebend:

- Zentrale Lage am Stadtzentrum, besonders hinsichtlich der Durchführung der Schulungen, der Demonstration und des Vertriebes von Datenverarbeitungsanlagen und Büromaschinen, in zumutbarer Entfernung zum Netz der Messehäuser im Stadtkern.
- Günstige Verkehrslage, optimale Anbindung des Gebäudes an das vorhandene bzw. geplante Straßennetz sowie an die öffentlichen Verkehrsmittel.
- Günstige Anschlußmöglichkeit an das vorhandene bzw. geplante stadttechnische Versorgungsnetz.

Das Gebäude stellt den ersten Bauabschnitt eines Ensembles dar. Mit dem Bau dieses Ensembles soll die zunehmende Bedeutung des Bereiches an der Einmündung der Gerberstraße in den Nordring hervorgehoben werden. Parallel zu den Längsseiten des Gebäudes wurde jeweils eine Rampe vorgesehen. Die Einfahrt befindet



1
Ansicht von Südwest

2
Längsschnitt 1 : 600

3
1. Obergeschoß. Grundriß 1 : 600
1 Ausstellungsraum
2 Schulungszentrum
3 Vortragsraum
4 Südlicher Innenhof
5 Nördlicher Innenhof
6 Bereich Werkstätten

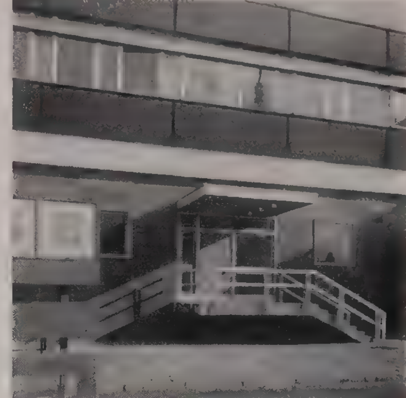
4
Erdgeschoß. Grundriß 1 : 600
1 Provisorische Eingangshalle
2 Ausstellungsraum
3 Vortrags- und Filmsaal
4 Bereich EDV-Anlagen
5 Betriebsgaststätte
6 Küche
7 Zentrales Ersatzteillager
8 Garagen



5

Kennzahlen

Umbauter Raum	129 370 m^3	
Hauptfläche:	11 224 m^3	(40,00 %)
Nebenfläche:	9 423 m^2	(34,08 %)
Nutzfläche:	20 647 m^2	(74,08 %)
Verkehrsfläche:	4 500 m^2	(16,15 %)
Konstruktionsfläche:	2 724 m^3	(9,77 %)
Nettofläche:	25 147 m^2	(90,23 %)
Bruttofläche:	27 871 m^2	(100,00 %)



6

sich an der Westseite und die Ausfahrt an der Ostseite. Eine Durchfahrt im Keller, über die die gesamte An- und Auslieferung erfolgt, verbindet beide Rampen.

Umlaufende Brüstungselemente aus dunkelblauem Mosaikglas und Fensterbänder verleihen dem Gebäude eine starke horizontale Betonung. Die Glaswände der Hauptkommunikationsbereiche im Erdgeschoß (Ausstellungszentrum und Betriebsrestaurant) dienen der optischen Erweiterung der Räume und lassen den Außen- und Innenraum ineinander übergehen. Die übrigen Wandflächen der Erdgeschoßzone wurden mit Naturstein verkleidet.

Das Erdgeschoß ist an der Südseite um eine Achse zurückgesetzt, so daß sich dort eine Arkade ergibt, die dem Fußgänger gestattet, vor Sonne und Regen geschützt, auch von außen einen Teil des Ausstellungszentrums zu betrachten.

In jedem der beiden fast quadratischen Innenhöfe (Pausenhöfe) wurde je eine Bronzeplastik aufgestellt.

Funktionelle Lösung

Im Betriebsgebäude waren Räume und Raumgruppen für mehrere, sehr unterschiedliche Funktionen unterzubringen, und zwar:

- Schulungszentrum
- Ausstellungszentrum
- Zentrales Ersatzteillager
- Reparaturwerkstätten, Lager, Betriebs- und Verwaltungsräume
- Zentrale Betriebsgaststätte
- Garagen

Diese Bereiche wurden nach folgenden Gesichtspunkten angeordnet:

- Verlegung des gesamten Warenumschlages in die Kellergeschoßebene.
- Anordnung der Hauptausstellungsfläche im Erdgeschoß (südlicher Teil) mit unmittelbarer Verbindung zum Haupteingang. Dadurch wird vermieden, daß die anderen Bereiche durch die Besucher des Ausstellungszentrums gestört werden.
- Zentrale Anordnung der Betriebsgaststätte im Mittelteil des Erdgeschosses mit unmittelbarer Verbindung zu den beiden Haupteingängen an der Gerberstraße.
- Anordnung des Schulungszentrums im ersten und zweiten Obergeschoß, unmittelbar über dem Ausstellungszentrum. Damit werden kurze Wege der Schüler zu den Rechnern und dem Hörsaal gewährleistet.

Um den funktionellen Forderungen besser genügen zu können, werden das Kellergeschoß und das Erdgeschoß kompakt genutzt, während im ersten Obergeschoß zwei Pausenhöfe angeordnet wurden.

Konstruktive Lösung

Der schlechte Baugrund mit einem relativ hohen Grundwasserstand erforderte eine Plattengründung mit einer bituminösen wasserdruckhaltenden Dichtung.
Keller- und Erdgeschoß wurden aus funktionellen und technologischen Gründen in monolithischem Stahlbeton ausgeführt, während für die vier Obergeschosse die Stahlbetonskelettmontagebauweise für gesellschaftliche Bauten (Gewichtsklasse 2 Mp) angewendet wurde.

7



5
Südlicher Innenhof. Unter den gestaffelten Platten befinden sich Rauchabzugsöffnungen des darunterliegenden Vortragssaales. Bronzeplastik „Musikant" von G. Richter-Thiele

6
Nebeneingang an der Westseite

7
Vortragssaal. Decke und Rückwand aus Gipsfertigteilen, Seitenwände in Mansonia, gestäbt. Fußboden: Dederonvelour, dunkelgrau. Gestühl in Mansonia, Polsterung mit leuchtend rotem Bezug. An jedem Sitzplatz Anschlußmöglichkeit an Simultananlage

8
Blick in das Rechenzentrum. Decke: Raumabalken (Horst F. R. Meyer, KG), gestäbte Holzverkleidung in Rüster, Montagefußboden mit grauem PVC-Belag, im Gang eingebaute Wandklappsitze

9
Betriebsgaststätte. Selbstbedienung 340 Plätze, weiße Gipsfertigteildecke mit untergehangenem Holzraster (orangerot) und eingebauten Leuchtkästen. Fußboden aus grauen Betonwerksteinplatten, Wände mit rechteckigen türkisblauen Fliesen



8

Das Stützenraster beträgt 6500 mm mal 7200 mm, zwischen den Achsen 7 8 und 10 11 wurde je eine Trennfuge mit Doppelstützen vorgesehen. Die durchgehend gleiche Stützenstellung brachte sowohl für den Ausbau als auch für die Fassadengestaltung relativ günstige Möglichkeiten.

Die nichttragenden Zwischenwände und die Aufzugsschächte wurden in Mauerwerk erstellt, während die Quer- und Längsscheiben montiert worden sind. Als Verkehrslast wurden je nach der Funktion der Räume 200 bis 2000 kp/m² angenommen.

Ausbau

Das Gebäude wird mit einer Pumpenwarmwasserheizung beheizt. Be- und entlüftet werden sämtliche Räume des Kellergeschosses, die Betriebsgaststätte mit dem gesamten Wirtschaftsteil und das Ersatzteillager, während das Ausstellungszentrum im Erdgeschoß, der Hörsaal und alle Räume der EDV-Anlage eine Vollklimatisierung erhalten haben.

In den Obergeschossen wurden die Trennwände zum Flur in Mauerwerk ausgeführt. Um eine optimale Flexibilität zwischen den einzelnen Räumen zu erreichen, wurden die Wände zwischen den Räumen in großem Umfange als raumhohe Schränke ausgebildet.

Zur Versorgung des Gebäudes mit Elektroenergie dient eine im Kellergeschoß gelegene Transformatorenstation.

Neben der Fernsprech-, Fernmelde- und Uhrenanlage wurden eine Wechselsprech-, eine Übertragungs- und eine Simultan-Dolmetscher-Anlage eingebaut.

9

Veränderung der Lebens- und Arbeitsumwelt in Leipzig

Dipl.-Ing. Ambros G. Gross, Stellvertreter des Chefarchitekten der Stadt Leipzig, Architekt BdA DDR



1

1 Milieu in der Leipziger Innenstadt. Die Hainstraße während der Messe

2 Stadtzentrum und zentraler Bereich

3 Attraktive Brunnenplastik am Sachsenplatz Katharinenstraße von Bildhauer H. Müller

4 Hochhaus der Karl-Marx-Universität und Wohnhaus Wintergartenstraße

5 Das Informationszentrum, an der Fußgängerverbindung Hauptbahnhof Alter Markt gelegen, ist Anziehungspunkt für die Leipziger und die Besucher der Messestadt.

Leipzig ist durch die Vielfalt seiner Funktionen das ganze Jahr über Anziehungspunkt für Besucher aus unserer Republik und aus aller Welt. Nicht nur die international bedeutsamen Leipziger Messen, auch viele Veranstaltungen mit zentraler Bedeutung, wie Kongresse, Fachtagungen, Ausstellungen und Kulturveranstaltungen, bewirken besonders im Stadtzentrum ein reges Leben.

Die Touristen und Gäste aus dem In- und Ausland können bei ihren Besuchen in der Messestadt immer wieder etwas Neues, vor allem neue Bauwerke entdekken. Die Leipziger selbst verfolgen diesen Wandel mit größter Aufmerksamkeit, sowohl während der Stadtplanung als auch bei der Baudurchführung.

Wie einst Goethe (als zeitweiliger Leipziger Bürger) sagen konnte: „Mein Leipzig lob ich mir ...", so sagen heute Tausende Leipziger Bürger „Mach mit für Dein Leipzig, das Dir am Herzen liegt." Sie nehmen aktiv teil an der sozialistischen Umgestaltung ihrer Stadt.

Seit vielen Jahren ist das Leipziger Stadtzentrum ein großer Bauplatz.

- Viele neue, gut ausgestattete Wohnungen wurden fertiggestellt.
- Der jahrhundertealte Stadtkern innerhalb des Promenadenringes mit berühmten Baudenkmälern, wie dem alten Rathaus, der Handelsbörse, der Waage, dem Romanushaus und der Katharinenstraße, wurde weitgehend wiederhergestellt und neu gestaltet.
- Bedeutende Gesellschaftsbauten, wie das neue Opernhaus, Hotels, Messehäuser, Büro- und Geschäftshäuser, der Sachsenplatz mit dem modernen Informationszentrum und der Neubaukomplex der Karl-Marx-Universität, wurden oder werden errichtet.

Das zeugt davon, daß die Leipziger auf ihre Aufbauleistungen und auf die Vielseitigkeit ihrer Stadt stolz sein können.

Die Bewahrung verschiedenartigster Traditionen und die Entwicklung der Stadt in der Gegenwart haben beim Aufbau des Zentrums die alte und neue Architektur zu einer städtebaulichen Geschlossenheit gefügt. Der Wandel zur modernen Großstadt wurde in den letzten Jahren besonders beim Aufbau und bei der Gestaltung des Stadtzentrums sichtbar. Es prägt entscheidend das Antlitz des neuen Leipzigs.

Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die werktätige Bevölkerung — in den Dokumenten des VIII. Parteitages vom Juni 1971 als hohe Zielstellung für unsere Arbeit formuliert — ist auch die entscheidende Orientierung für die weitere Planung des zentralen Bereiches von Leipzig.

Wir haben im Jahre 1970 für das ganze Stadtzentrum und den zentralen Bereich (s. Abb.) eine Gesamtkonzeption erarbeitet, die unter anderem als städtebauliches Mo-

2



dell (M 1 : 1000) einen bedeutenden Teil des kompakten Stadtgebietes umfaßt. Wesentliche Funktionszonen, wie Wohnung und Arbeiten, Erholen und Sport, Wissenschaft und Kultur, Arbeitsstätten, nichtstörende Industrie und Messegelände, wurden in ihren Wechselbeziehungen untersucht. Diese Untersuchungen erfolgten parallel zur Ausarbeitung der Grundlinie der Generalpläne für die Bebauung, den Verkehr und die technische Versorgung der Stadt Leipzig und wurden als wertvolle Arbeitsmaterialien für die Öffentlichkeitsarbeit und für die Vorbereitung entsprechender Beschlüsse durch die Stadtverordnetenversammlung genutzt.

So wurde dieses Stadtentwicklungsmodell einige Monate lang in dem Informationszentrum der Messestadt öffentlich ausgestellt und mit der Bevölkerung, mit Abgeordneten und vielen Expertengruppen diskutiert.

Durch viele wertvolle Anregungen wurde unsere weitere Arbeit bereichert.

Eine wesentliche Ursache für das rege Interesse der Öffentlichkeit an der Planungsarbeit ist darin zu sehen, daß in dieser städtebaulichen Gesamtkonzeption Gegenwart und Zukunft eine Einheit bilden und daß sie als anschauliche Grundlage für die etappenweise Verbesserung der Lebens- und Arbeitsumwelt dient.

Die erfolgreichen Jahre des bisherigen Aufbaues finden in Zahlen und Fakten und in sichtbaren Veränderungen in der Gestaltung der Stadt und des Stadtzentrums Ausdruck. Beispiele sind dafür

- die Gestaltung des Sachsenplatzes mit „Leipzig-Information" zu dem geistig-kulturellen Zentrum der Stadt
- die Neugestaltung des Brühl durch Wohnungsbau, Läden und die Rekonstruktion des „Konsumentwarenhauses"
- die Rekonstruktion des Romanushauses als Sitz der Künstlerverbände
- der Neubau des zentralen Komplexes der Karl-Marx-Universität am Karl-Marx-Platz
- das neue, hohe Wohngebäude an der Wintergartenstraße


4


5

6

8



6 Volksfest auf dem Sachsenplatz

7 Fußgängerbereich Sachsenplatz Reichsstraße
Plastik „Junges Paar" von Bildhauer K. Schwabe

8 Ensemble Sachsenplatz mit Informationszentrum (Vogelschau)
Städtebaulicher Entwurf:
Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig, Abteilung Planung Stadtzentrum
Kollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. A. G. Gross
Verantwortlicher Bearbeiter: Dipl.-Ing. D. Wellner
Projektanten: Gemeinschaftsarbeit zwischen
VE WGK Leipzig, Kollektiv Arch. H. Krantz
Ingenieurschule für Bauwesen Leipzig,
Kollektiv Ing. H. Goßmann, Dipl.-Ing. K. Burtzik
VE VTK Leipzig, Kollektiv G. Scholz,
Dipl.-Gärtner O. Fey

9 Fußgängerbereich Markt Katharinenstraße mit Freisitz vor der Pinguin-Milchbar

10 Typisches Leipziger Milieu am Naschmarkt



7

■ die Gestaltung der Messemagistrale durch die Errichtung des Wohnkomplexes „Straße des 18. Oktober" und durch Internate

■ die Errichtung von 13 Kaufhallen und 8 Volksschwimmhallen im Stadtgebiet und

■ die Schaffung eines Zentrums für aktive Erholung im Clara-Zetkin-Park.

In der komplexen Gestaltung von Architektur, bildender Kunst, Grün- und Freiflächen, Wasserbecken und -spielen einschließlich der Farbgestaltung, insbesondere auch in der Gestaltung der Messewerbung ist eine qualitative Verbesserung erreicht worden.

■ Grundlagen und inhaltliche Aufgaben für die Erarbeitung der Bebauungskonzeption des Stadtzentrums

Das Stadtzentrum ist durch den historischen Stadtkern (Durchmesser 600 bis 800 m) als gesellschaftlicher und funktioneller Mittelpunkt der Stadt bestimmt.

Die Struktur des Stadtzentrums ist durch die alte Straßenführung und durch erhaltenswerte historische Bausubstanz geprägt. Sie bildet den Ausgangspunkt für die Umgestaltung des Zentrums zur sozialistischen Großstadt mit einem für Leipzig typischen Milieu. Das Wachstum der Stadt führte bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Anlagerung zentraler Funktionen an der Außenseite des Promenadenringes und damit zur Einbeziehung des Ringes in die Funktion des Stadtzentrums. Auf der Grundlage der künftigen Entwicklung Leipzigs, des daraus abzuleitenden Leitbildes und der konkret vorhandenen städtebaulich-räumlichen Situation muß die Umsetzung des gesellschaftlichen Inhalts in die künftige gebaute Umwelt mit unverwechselbarem Milieucharakter erfolgen.

Die Vielfalt der gesellschaftlichen Beziehungen und Bedürfnisse muß sich besonders im Stadtzentrum in einer differenzierten räumlichen Umwelt niederschlagen.



9



10



11

12



11 Abends am Sachsenplatz. Das rekonstruierte Romanushaus in der Katharinenstraße

12 Die Gaststätte „Stadt Kiew" mit Terrassencafé in der Petersstraße ist immer gut besucht.

13 Blick auf das Messegelände

14 Wasserspiel am Sportforum, errichtet anläßlich des V. Deutschen Turn- und Sportfestes
Entwurf und Projekt: Architektenkollektiv Gross, Eichhorn, Wellner, Horn, Kohlstrung, Kiesel
Büro des Chefarchitekten

■ Zielkriterien der langfristigen Bebauungskonzeption (s. Abb.)

Die Bebauung des Stadtkerns muß in maßstäblicher Einordnung unter Beachtung der Höhenstruktur und vertretbarer Auflockerung erfolgen.
Der äußere Ringbereich soll in die Funktion und Organisation des Stadtzentrums städtebaulich-architektonisch sinnvoll einbezogen werden, wobei auch außerhalb des Ringes eine Erhöhung der Bebauungsdichte und eine geeignete Überlagerung und Mischung der Funktionen anzustreben sind. Möglichkeiten bestehen zum Beispiel im Bereich Nordring (Hauptbahnhof), Ringdreieck (Wilhelm-Leuschner-Platz) und am Dittrichring (innere Westvorstadt).
Das für den Leipziger Stadtkern charakteristische Passagen- und Arkadensystem ist auszubauen und als attraktives Element der städtebaulichen Gestaltung weiterzuentwickeln.

■ Gebäudehauptnutzung und Kommunikationszonen

Konzentration von Funktionen mit zentraler, überörtlicher oder gesamtstädtischer Bedeutung, perspektivische Auslagerung von zur Zeit im Stadtzentrum angesiedelten störenden oder unnötigen Funktionen, Funktionsüberlagerungen (auch zeitlich, z. B. Tag- und Nachtnutzung) zur Rentabilitätserhöhung und zur Abdeckung der aus den zentralen Wohnbereichen resultierenden vielfältigen Bedürfnissen (Kombinationseffekte)
Einbeziehung und Erschließung vorhandener und eventuell noch zu schaffender zweiter Ebenen in die Kommunikationszonen.

■ Anlagen des Verkehrs, Fußgängerhauptbeziehungen, Personennahverkehr

Die Erschließung des Stadtzentrums durch Massenverkehrsmittel wird noch günstiger gestaltet werden.
Der Zielverkehr Stadtzentrum soll durch den Promenadenring gesammelt und verteilt und der ruhende Verkehr durch Parkeinrichtungen am Promenadenring (Außenseite) abgefangen werden.
Berücksichtigung der Schwellwerte des Verkehrs (Auslastung des Ringes, Fassungsvermögen der Standorte für ruhenden Verkehr)
Ausschließung des Durchgangsverkehrs innerhalb des Zentrumskerns. Versorgung dieses Bereiches durch zeitweilig befahrbare Anliegerstraßen oder Anordnung der zweiten Ebene (unterirdische Erschließung).
Freihalten der Hauptgeschäftsstraßen des Zentrumskerns vom Fahrverkehr und Umgestaltung zu Fußgängerbereichen
Überwindung des Ringes durch Fußgängerunter- bzw. -überführungen und zur Erschließung bzw. Anbindung des äußeren Ringbereiches und zentraler Flächen

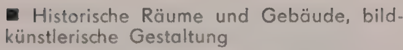
■ Grün und Freiflächen

Die Grün- und Freiflächengestaltung kann durch Grünverbindungen, vom Promenadenring ausgehend, bis in die natürlichen Landschaftsräume verbessert werden.
Einige Fußgängerbereiche sollen durch Pflanzung wertvoller Gehölze, Anordnung von Wasserspielen und Werken der bildenden Kunst aufgewertet werden.



13

14



■ Historische Räume und Gebäude, bildkünstlerische Gestaltung

Historische Straßen- und Platzräume, Gebäude, Gedenkstätten und Denkmäler werden in den städtischen Wandlungsprozeß planmäßig einbezogen.
Werke der bildenden Kunst können zur Übermittlung von Aussagen, die mit Mitteln der Architektur nicht zu erreichen sind, herausgezogen werden.

■ Ökonomische Kriterien

Durch skizzenhafte Variantenuntersuchungen und laufende ökonomische Vergleiche wird das Optimum der städtebaulichen Planung für das Stadtzentrum ermittelt.

Kennwerte wie Bebauungsdichte, Einwohnerdichte, Arbeitsplatzdichte, Zentrumsfläche, Zentrumsziffer, Geschoßflächenzahl werden untersucht.
Zum Beispiel liegt die

$$\text{Geschoßflächenzahl}\ \frac{m^2\ \text{Bruttogeschoßfläche}}{m^2\ \text{Zentrumsfläche}}$$

im Zentrumskern bei durchschnittlich 1,24, in einigen Bereichen (Passagen) bei 2 bis 3, extrem sogar über 3.
Als Vergleich sollen die Geschoßflächenzahlen (Stand 1967) der Zentren von Berlin 0,76, Dresden 0,38 und Karl-Marx-Stadt 0,47 dienen.
Einerseits zeigt sich in der Geschoßflächenzahl der hohe Grad der ökonomischen Ausnutzung der Leipziger Zentrumsfläche, andererseits ergeben sich daraus Probleme für die Planung (z. B. Verkehr, ruhender Verkehr, hygienische Probleme).
Das Leipziger Stadtzentrum mit seinen vielfältigen Funktionen, als Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens, Wohnstätte und Arbeitsstätte vieler Tausender Leipziger, Anziehungspunkt für Gäste aus nah und fern ist eine interessante und problemreiche Aufgabe für die komplexe sozialistische Umweltgestaltung.





1

Grünanlagen und Erholungszentren der Stadt

1
Fontäne im Clara-Zetkin-Park

2
Fußgängerbereich Georgiring. Östliche Ringmagistrale

3
Fußgängerbereich Reichsstraße. Ostseite Sachsenplatz

4
Pflanzentragende Keramikelemente vor dem Warenhaus „Konsument" am Brühl. Entwurf: Prof. J. Michler

2



Das städtische Grün und seine Entwicklung

Dipl.-Gärtner Dieter Kiesel, Architekt BdA DDR
Büro des Chefarchitekten der Stad Leipzig

Die Erholungssituation ist im Ballungsgebiet Halle–Leipzig, insbesondere in Leipzig mit seiner Bevölkerungs- und Industriekonzentration, auf Grund der gegebenen landschaftlichen Bedingungen ungünstig.
Die Bevölkerung dieser Industrielandschaft ist in hohem Maße den störenden Faktoren der Betriebe und Verkehrseinrichtungen ausgesetzt. In einem derart ausgeprägten Industriegebiet ist die Gesunderhaltung der Bevölkerung und die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft eine vordringliche Aufgabe. Den städtischen Grün- und Naherholungsgebieten kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Sie sollen helfen, die schädigenden Faktoren teilweise auszugleichen und durch entsprechenden Milieuwechsel die Gesundheit und die berufliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu erhalten und zu verbessern.
Obwohl die Naherholungsmöglichkeiten für Leipzig im Vergleich zu anderen Städten der Republik objektiv begrenzt sind, hat die Stadt den einmaligen Vorteil, daß sich mit dem großflächigen Elster-Pleiße-Auegebiet ein breiter Waldgürtel von Süden nach Nordwesten durch die Stadt zieht und bis an das Zentrum heranreicht. Dieser Auewald bildet den Grundstock für ein bedeutendes städtisches Naherholungsgebiet.
Von den ehemals bekannten Barockgärten des Bürgertums vor den Toren der Stadt, wie Apels Garten, Löhrs-Garten und Groß Bosischer Garten, ist nichts mehr vorhanden; die Stadtentwicklung ist über sie hinweggegangen, heute weisen nur noch Straßennamen auf sie hin.
Auf dem Gelände der ehemaligen Befestigungsanlagen entstanden Ende des 18. Jahrhunderts die englischen Anlagen des Promenadenringes, die erste öffentliche Grünanlage der Stadt.
Dieser historische Promenadenring wird der Ausgangspunkt für die Grünplanung der Stadt sein. Von hier führen Grünverbindungen über die vorhandenen Grün- und Parkanlagen in die natürlichen Landschaftsräume. In diesen Grünverbindungen, die sternförmig vom Stadtkern in die Außenbezirke der Stadt verlaufen, liegen Parkanlagen, Sport- und Spielplätze, Freibäder, Stadtwälder und Kleingärten. Nach den Vorstellungen des Generalbebauungsplanes ist dieser Komplex weiter auszubauen und zu vervollständigen.
Die Analyse der Freiflächen und Naherholungsgebiete im Stadtgebiet zeigt, daß die gegenwärtig geforderten Richtwerte nicht erreicht werden. Die räumliche Verteilung der Freiflächen fällt außerdem recht unterschiedlich aus. Einige Wohngebiete haben in ihren Einzugsbereichen keine oder nur ungenügende Freiflächen.
Grundlage der Planung der Freiflächen und Erholungsgebiete sind die Zielvorstellungen für die Entwicklung der Funktion „Erholen und Freizeitgestaltung" in bezug auf die Schaffung eines Systems von Grünflächen, die Ausweisung und Analyse der erforderlichen Flächen laut Richtwerten, die Ausweisung von Intensiv- und Extensivzonen der Freizeitgestaltung und Erholung, die Gestaltung komplex ausgebauter Erholungszentren in der Nähe von Wohngebieten und die erforderliche Verkehrserschließung der Gebiete innerhalb und außerhalb der Stadt.
Die Deckung des Bedarfs an Grün- und Erholungsflächen erfolgt:
- durch den intensiven Ausbau von vorhandenen, zum Teil noch wenig genutzten Gebieten (Auewald),
- die Anlage und den Ausbau neuer Gebiete innerhalb des Stadtgebietes und
- die Nutzung und die Erweiterung von Gebieten in den angrenzenden Territorien außerhalb der Stadt.

Freiflächengestaltung in innerstädtischen Bereichen

Dipl.-Gärtner Gerhard Scholz, Architekt BdA DDR

Mit dem Wiederaufbau und der Rekonstruktion der Leipziger Innenstadt werden die Verkehrs- und Freiflächen nach Dringlichkeit abschnittsweise komplex umgestaltet. Die von Jahr zu Jahr zunehmende Verkehrsdichte zwingt zu drastischen Maßnahmen und stellt kaum noch zu erfüllende Forderungen an den unbebauten Raum der Messestadt. Die 1785 bis 1855 auf den zugeschütteten Befestigungsgräben entstandenen Ringpromenadenanlagen waren und sind so einer ständigen Dezimierung ausgesetzt. Bei den Verkehrsmaßnahmen an der Ringmagistrale wurde deshalb versucht, durch Flächenaustausch verlorengegangene Grünflächen wieder zu ersetzen. Das war zum Teil auch möglich, weil die Straßenverbreiterungen an der inneren oder äußeren Seite des Rings auf Gebäudeabbruchflächen vorgenommen werden konnten.

Im Bereich Georgiring wurde so nach diesem Prinzip der 1785 angelegte Schwanenteich bei seiner Rekonstruktion um Teichbreite zur äußeren Seite des Rings verlegt und mit den Verkehrsbaumaßnahmen im Bereich Tröndlinring die Richard-Wagner-Straße – als parallel zum Ring führende Straße – zur Ringinnenseite in einen mit Grün durchsetzten, repräsentativen Fußgängerbereich umgestaltet. Mit dem Bau eines Fußgängertunnels unter dem Tröndlinring bis zur Richard-Wagner-Straße wird dieser Magistralenabschnitt abgeschlossen und damit eine zeitsparende und gefahrlose Fußgängerverbindung vom Außenring Nordseite über Brühl und Reichsstraße zum Stadtzentrum hergestellt.

Die fast vollständige Sperrung der Innenstadt für den Kraftfahrzeugverkehr verlangt die Schaffung von Fußgängerzonen, die einerseits die Fußgängerströme zu den Wohn-, Verwaltungs-, Kultur- und Einkaufszentren leiten und andererseits Geschäfte und dgl. aufweisen. Bei der Umgestaltung solcher Stadtstraßen kommt es vor allem darauf an, den Fahrverkehr (Anlieger und Versorgungsfahrzeuge) vom Fußgängerverkehr zu trennen. Die Gestaltung dieser Straßen sollte so erfolgen, daß optische Schwerpunkte gesetzt und Erlebnisbereiche geschaffen werden. Als Gestaltungsmittel werden Pflanzen und Gehwegbeläge eingesetzt, die je nach der Wertigkeit der einzelnen Straßenbereiche anzuordnen sind und gleichzeitig Orientierungshilfen sein können.

Die in den letzten Jahren entstandenen Fußgängerbereiche im Stadtzentrum sind Beispiele für weitere Umgestaltungsmaßnahmen. Jedoch muß kritisch vermerkt werden, daß die Vielfalt der Formate und die unzulängliche Qualität der bisher verwendeten Gehwegbeläge den Ansprüchen nicht gerecht wurden. Der künftige Einsatz von großformatigen Gehwegplatten (Grundraster 1200 mm) wird den Forderungen gerecht und ermöglicht ein effektiveres Bauen. Diese Platten werden mit Hartsplittvorsatz in drei Grundfarben und ausgewaschener Oberflächenstruktur geliefert. Als fertiggestellte Fußgängerbereiche können an der Ringmagistrale von Leipzig der Georgiring, der Grimmaische Steinweg, der Roßplatz und der Tröndlinring mit der Richard-Wagner-Straße vorgestellt werden. Das Grün als wichtigstes Gestaltungsmittel gliedert durch aufgelockerte Beetanordnung oder trennt als geschlossenes Band konsequent den Fußgänger- vom Fahrverkehr. In der Innenstadt bildet der Sachsenplatz mit der Fußgängerverbindung Reichsstraße Salzgäßchen (einschließlich des angrenzenden Innenhofes) ein geschlossenes, repräsentativ ausgestaltetes Ensemble.

Hauptgestaltungselemente waren in diesen genannten Bereichen verschiedenartige Gehwegplatten, durch Pflaster oder Betonplatten gegliederte Asphaltflächen, Hochbeete aus Natursteinmauerwerk oder Betonfertigteilen, dekorative Solitärbäume und baumartige Gehölze, Wasserbecken und Springbrunnen, Pflanztürme und -stellagen mit Keramikgefäßen, Pflanzkübel, -vasen und -schalen sowie Leuchten, Vitrinen, Fahnengruppen, Werbeaufsteller, Sitzgruppen und Werke der bildenden Kunst.

Pflanzen als Bäume oder Sträucher, Blüten- und Blattstauden, Gräser und Einjahresblumen müssen im Fußgängerbereich das bevorzugte Gestaltungsmittel sein. Variationen in Habitus und Farbe sind am besten geeignet, unsere Städte lebensfroher und wohnlicher zu gestalten. Allerdings müssen die Pflanzen zumeist in eine pflanzenabträgliche Umwelt versetzt werden. Vergifteter Boden, pralle Sonne, tiefer Schatten, Emissionen und mechanische Einflüsse erschweren ihr Gedeihen. Der unterirdische Straßen- oder Freiraum ist mit stadttechnischen Anlagen überbelegt, für Pflanzenwurzeln gibt es oftmals keinen Raum mehr. Kübel und Becken müssen deshalb den Pflanzen das Nährsubstrat „Boden" zur Verfügung stellen.

Fehlende Freiflächen im Stadtzentrum sind z. B. durch die Analyse von Dachterrassen oder Dachgärten ersetzt worden. Die Dachgärten und Dachterrassen auf den Flachbauten der Wohnbebauung zwischen Brühl und Richard-Wagner-Straße zeigen dafür reale Lösungswege.



3

4





Der Zentrale Kulturpark „Clara Zetkin"

Dipl.-Gärtner Klemens Heinze, Architekt BdA DDR

Im städtischen Grün von Leipzig hat der Zentrale Kulturpark „Clara Zetkin" große Bedeutung, weil sich in ihm in besonderem Maße die Möglichkeiten der Erholung, Entspannung und Bildung für alt und jung konzentrieren. Im Bereich der ursprünglichen Auelandschaft des Leipziger Raumes gelegen, besteht der Zentrale Kulturpark bei einem Flächenumfang von rund 120 ha aus einer Kette benachbarter, aber unter unterschiedlichen Bedingungen entstandener Parkanlagen: dem Johannapark, 1858 von Peter Lennê entworfen, dem Albertpark, dessen Gelände 1897 durch eine Sächsisch-Thüringische Industrieausstellung eine erste, wenn auch zweckgebundene Gestaltung erfuhr, dem Scheibenholz, dem Nonnenholz und dem Palmengarten, dessen Ausbau 1893 begonnen wurde.

Aus dieser Situation ergibt sich auch, daß der Zentrale Kulturpark nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten gestaltet worden ist, sondern daß er eine Aneinanderreihung von Parks und Waldparks darstellt. Das kann zwar durchaus reizvoll sein, aber es ergeben sich daraus auch mancherlei Nachteile, so zum Beispiel für ein zweckmäßiges, einheitliches Wegesystem. Es verdient erwähnt zu werden, daß der Zentrale Kulturpark Anschluß an den Leipziger Auewald hat, und zwar über das Nonnenholz nach Süden und über den Palmengarten nach Westen. Außerdem ist über den Johannapark der Anschluß an den das Stadtzentrum umgrenzenden Promenadenring und damit eine günstige Verkehrslage zu diesem gegeben.

Der Gedanke, die benachbarten Parks zu einem Zentralen Kulturpark zusammenzufassen und auszubauen, reicht in das Jahr 1954 zurück, als die Werktätigen des VEB VTA dem damaligen Ersten Sekretär der Bezirksleitung der SED den Wählerauftrag zur Schaffung eines Kulturparks erteilten. Das löste eine Welle von Initiativen und Verpflichtungen zur Projektierung und zum Bau von Zweckeinrichtungen sowie zur gärtnerischen Um- und Neugestaltung aus, in deren Ergebnis ein Dahliengarten mit Veranstaltungsterrasse, eine Parkbühne mit etwa 1500 Sitzplätzen, ein Zweckbau an einem großen Kinderspielplatz und eine Parkgaststätte sowie weitere gastronomische Einrichtungen entstanden. Am Richard-Strauß-Pavillon entstanden eine Freitanzfläche und ein Staudengarten. Zwei Teichterrassen am Inselteich des Albert-Parks bereicherten das Parkprogramm. Die gleiche Feststellung trifft für das Schachzentrum zu, dessen Bau 1963 begonnen und seitdem ständig weiterentwickelt wurde. Zwei Teichterrassen entstanden auch am Palmengartenteich. Besonderes Augenmerk wurde der Weiterentwicklung der Kinderspieleinrichtungen geschenkt, die vorhandenen nicht nur ausgebaut, sondern auch neue geschaffen, so im Johannapark, im Scheibenholz, am Klingerweg und im Palmengarten. Hier wurde 1963 auch der erste Rutschelefant aus Ortbeton gebaut, zahlreiche weitere Spielgeräte aus Beton oder Stahlrohr folgten.

Zur Belebung des Parks trägt eine Anzahl Plastiken bei, besonders im Bereich des Dahliengartens. Anregungen für die Bevölkerung zur farbfrohen Gestaltung ihrer häuslichen Umgebung mit Blumen und Blattpflanzen vermittelt hier auch eine Beispielanlage für die Bepflanzung von Balkonkästen. Demselben Ziel dienen auch die jahreszeitlichen Wechselpflanzungen in zentralen Parkbereichen, die wesentlich zur farblichen Belebung des Parks beitragen und den Besuchern Freude bringen. Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang einige Zahlen: 100 000 Frühlingsblüher, 150 000 Sommerblüher und 15 000 Herbstblüher ergänzen sich im jahreszeitlichen Ablauf. Über 750 Bänke laden zum Ausruhen ein, immer noch zu wenig, gemessen an der großen Zahl der Besucher. Wasseranlagen erhöhen die Erholungswirksamkeit eines Parks, so auch die vier Teiche im Kulturparkbereich: Im Johannpark, wo seit 1971 eine beleuchtete Fontäne in Betrieb ist, im Albertpark, im Palmengarten und in der Anton-Bruckner-Allee, deren Wasserbecken durch eine „schwimmende Leuchtfontäne" betont wird. Attraktiv ist auch eine farbig beleuchtete Springbrunnenanlage im Palmengarten.

In den letzten Jahren hat sich auch das Wassergeflügel erheblich vermehrt.

Umfangreich und bunt, wie der Zentrale Kulturpark selbst, ist auch das in ihm angebotene Programm kultureller und allgemeinbildender Veranstaltungen.

Beides — die optimistisch gestaltete Umwelt und das inhaltsreiche Programm — lassen ihn zum Anziehungspunkt für viele Leipziger und die zahlreichen Gäste der Stadt werden.



5
Panorama aus dem zentralen Kulturpark „Clara Zetkin"

6
Kinderspielbereich im zentralen Kulturpark. Spielplastik „Elefant"

Rekonstruktion „Barthels Hof" Leipzig

Dipl.-Ing. Heinz Lenck, Architekt BdA DDR



Barthels Hof ist eines der ältesten erhaltenen Messehäuser Leipzigs. Am Anfang der Hainstraße, nahe dem Markt gelegen, ist er einer der typischen Durchgangshöfe des Barocks und zugleich der letzte größere Bau dieser Art der Stadt. Er wurde in seinen hinteren Flügeln 1750 von Friedrich Seltendorff erbaut. Das Eingangsgebäude wurde bereits 1523 errichtet und im Laufe der Zeit mehrfach verändert.

Im Erdgeschoß des Nordflügels befand sich seit Ende des vergangenen Jahrhunderts eine Gaststätte. Zunächst Weinstube, wurde er später ein Bierrestaurant, das sich in Leipzig eines guten Rufes erfreute.

Der Verfasser erhielt im Jahre 1969 durch die Gaststättenorganisation Gastronom Leipzig den Auftrag, die Gaststätte „Barthels Hof" einer durchgreifenden Rekonstruktion zu unterziehen.

Vorhandene Substanz:

Drei Gasträume mit zusammen 260 m² Fläche, zwei davon mit schönen Gewölben aus der Entstehungszeit.

Küchenbereich und Nebenräume in zu geringer Dimension und in sehr schlechtem baulichen Zustand.

Eine ungünstige Eingangssituation, zu geringe WC-Kapazität.

Vom Auftraggeber wurde eine neue Eingangslösung sowie die Bereinigung aller sonstigen Probleme verlangt. Zugleich wurde die Forderung erhoben, einen neuen gastronomischen Erlebnisbereich für das Zentrum Leipzigs zu schaffen. Die Gaststätte sollte folkloristischen Charakter erhalten, da sie in einem Teil der Stadt liegt, in dem sich Gaststätten ähnlicher Prägung befinden, wie zum Beispiel Kaffeebaum, Zills Tunnel und Thüringer Hof.

Gestaltungsidee und bauliche Lösung:

Die Gaststätte „Barthels Hof" wurde in ihrer Gestaltung eng mit der Geschichte der Stadt Leipzig verbunden. Die drei Gasträume wurden im Stil der Geschichtsepochen eingerichtet, die für die Stadt von besonderer Bedeutung waren. Es bestand jedoch von vornherein beim Verfasser darüber Klarheit, daß die Gestaltung der Räume im Rahmen des gegebenen Auftrages nicht in allen Details die jeweilige Epoche mit ihren Baustilen ausdrücken

1
Bierschenke in „Barthels Hof" nach der Rekonstruktion

2
Bierrestaurant. Alter Zustand



3
Grundriß der rekonstruierten Gaststätte „Barthels Hof"
1 Rokokoraum mit Spiegelkabinett
2 Küche, Wirtschaftsbereich
3 Gartenhalle
4 Bierbüfett
5 Bierschenke



wurde. Es sollte jedoch durch eine Synthese der typischen historischen Stilelemente mit modernen Ausdrucksmitteln eine für den Gast spürbar angenehme Atmosphäre entstehen.

Durch die Verlegung des Zuganges wurde die Eingangssituation verbessert. Ebenso wurden neue Räume für den sozialen Bereich hinzugenommen.

Der erste Raum wurde als Bierschenke im Stil der Renaissance gestaltet. Derbe, kräftige Formen, eine gewisse Kargheit und stilistische Anklänge an das 16. Jahrhundert sind die Merkmale. Deckengewölbe und Wände wurden weiß gestrichen. Der Fußboden wurde mit Klinker-Spaltplatten belegt. Die Fenster erhielten eine Bleiverglasung mit Kathedralglas. Bänke und Tische sowie Stühle sind aus gebeizten Brettern gefügt. Als raumtrennende Elemente wurden Gitter aus senkrecht verlaufenden Winkelstahlstreben eingebaut, die zum Teil zugleich Garderobeträger sind. Außerdem wurden an diesen Gittern die Raumleuchten – einfache winkelförmige Brettkästen – montiert. Die Beleuchtung des gesamten Raumes ist indirekt. Nur einige dekorative Leuchten wurden zusätzlich verwendet.

Die Verbindung zur Geschichte der Stadt Leipzig wurde durch eine Wandgestaltung gefunden, die dem großen Renaissance-Baumeister Lotter gewidmet ist. Die fotografische Vergrößerung eines zeitgenössischen Stiches zeigt das Alte Rathaus in Verbindung mit einem Porträtrelief des Baumeisters.

Zwei Fenstergitter, die aus einem im Krieg zerstörten Gebäude stammen, wurden in die Winkelstahlgitter eingefügt. Glasabgüsse von eisernen Ofeneinsätzen aus dem Fundus des Stadtgeschichtlichen Museums bereichern die Wände. Über der Biertheke wurde ebenfalls als Foto ein Stich von der Gesamtansicht der Stadt aus dem Jahre 1595 für eine Supraporte verwendet.

Farbhaltung des Raumes:

weiße Decken und Wände
rotbrauner Fußboden
graubraun gebeiztes Kiefernholz
blaue Gitter
dunkelgrüne Wandflächen im Windfang

Die Eingangstür und die Tür zu den Toiletten wurden mit Schmuckornamenten im Stil der Renaissance starkfarbig und dekorativ gestaltet.

Der zweite Raum führt in das 18. Jahrhundert. Rokokomotive sind die typischen Gestaltungsmerkmale. Eine eingehängte Decke wurde mit der fotografischen Nachbildung einer echten Rokokodecke belegt. Als Mittler zu den Wänden wurde ein profiliertes Stuckgesims gezogen. Die Wände erhielten die typischen Gliederungen des Rokoko und wurden zum Teil mit Stoff bespannt. Vorhandene Fenster wurden durch Fenstertüren, die mit Sprossen unterteilt wurden, verdeckt. Als Fußboden kam zweifarbig gefeldertes Parkett zur Anwendung. Eine Raumnische wurde als Spiegelkabinett gestaltet. Sie wurde mit einer Zeltdecke nach oben begrenzt. Die Fotoreproduktion eines Watteau-Gemäldes schmückt eine der Wandflächen. Zweiflammige Glaslüster, an den Wänden montiert, beleuchten den Raum.

Die Wandfläche zur Küche erhielt eine betonte Mittelgestaltung unter Einbeziehung einer Tür zum Wirtschaftsbereich sowie einer blinden Tür. Zwischen diesen ist eine Schrifttafel angebracht, die auf die große Bedeutung der Stadt Leipzig um die Mitte des 18. Jahrhunderts hinweist.



4 Sitznische Hieronimus Lotter in der Bierschenke

5 Eingang zur Gartenhalle mit Ansicht der Stadt Leipzig um 1850



Goethe, Schiller, Klopstock, Lessing und Bach, die damals hier lebten und wirkten, finden auf der Tafel Erwähnung.

Die Bestuhlung des Raumes besteht aus Polstersesseln, die in der Art des Rokokos gehalten sind. Die Gestelle wurden aus Rundstahl hergestellt und weiß lackiert. Die Raumbeleuchtung besteht aus vier an der Decke hängenden Glaslüstern aus dem Handel. Diese Leuchten erhielten zusätzlich angefertigte Glasbehänge.

Farbhaltung des Raumes:

schwarz-weiße Decke (Foto)
matt weiße Wände und graue Stuckflächen
gelbe Stoffflächen
graues Paneel
Fußboden Parkett naturfarben und Mooreiche
Bezüge der Sitzmöbel in kräftigem Rot
blaue Zeltdecke

Die Wandfläche zur Küche wurde ferner durch eine Supraporte – ein Himmelsfoto mit drei davorschwebenden Putten – und zwei Spiegel mit dekorativen Bekrönungen gegliedert. Die mit Stoff bespannten Wandfriese erhielten Fotomedaillons mit Motiven nach Kaendlerschen Figurinen.

Der dritte Raum, die Gartenhalle, führt in das 19. Jahrhundert. Sie liegt stirnseitig an einem die drei Räume verbindenden Gang. Mit den alten Deckengewölben öffnet sich der Raum durch eine breite Fenstertür und zwei Fenster auf den schönen Barockhof, der später für einen Freisitz genutzt werden soll.

In jener Zeit war Leipzig bekannt für seine parkähnlichen Gärten, die vor den Toren der Stadt lagen. Diese Gärten finden mit Fotos von Originalen an der Eingangswand in Verbindung mit einer mehrflügeligen Glastür Erwähnung. Eine Ansicht der Stadt Leipzig füllt die Fläche über der Tür bis zum Deckengewölbe.

Die Gegenwand zeigt ein Großfoto aus dem heutigen Clara-Zetkin-Park. Davor ist ein nachempfundenes Illusionsgitter als typisches Merkmal der damaligen Schmiedeeisenkunst gestellt. Der Fußboden wurde mit ungarischem Kalkstein belegt. Mit dem gleichen Material in Riemchenform wurden Mäuerchen belegt, in die Sitzbänke eingearbeitet wurden. Diese Bänke erhielten einen echten Lederbezug. An den Wandbänken wurden vier Standleuchten aufgestellt, die handwerklich hergestellte Glasschirme erhielten. Für Garderobenunterbringung wurden Flachstahlgitter aufgestellt. Diese und Heizkörperverkleidungen sind mit klassizistischen Motiven gestaltet worden. Die Bestuhlung des Raumes besteht aus mit echtem Leder bezogenen schwarzlackierten Holzstühlen. Die Tische gleichen sich der Konstruktion der Stühle an.

Farbhaltung des Raumes und sonstige Merkmale:

weiße Decke und Fensterwand
dunkelolivgrüne Längswand mit weißen Pfeilern
kräftig rotes Illusionsgitter
schwarze Leuchtensäulen und Flachstahlkonsolen
grüne Tischdecken
graue Paneele und Türrahmen

In den Wandnischen finden sich kreisförmige Reproduktionen von Zeichnungen des Malers Opitz, der Szenen aus Leipziger Gasthäusern aus der Zeit um 1850 sehr lebendig darstellte.

Alle Räume weisen zusammen 172 Sitzplätze auf.



6 Rokokozimmer im „Barthels Hof"

7 Gartenhalle mit Illusionsgitter vor einer Parklandschaft (Großfoto des Clara-Zetkin-Parks)

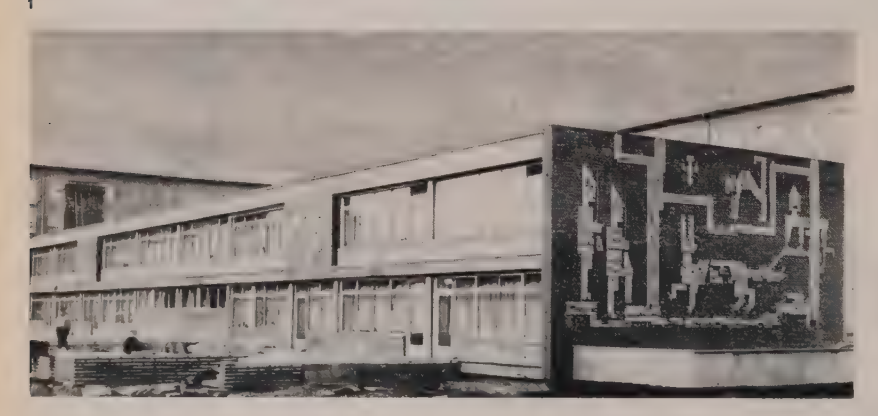


„Nur ein Wiederverwendungsprojekt"!?

Wolfgang Oehlmann, Architekt BdA/DDR

Der Tonfall der Entrüstung lag in diesen Worten, als ich den Auftrag erhielt, die kombinierte Kindereinrichtung mit 108 Kindergarten- und 48 Krippenplätzen als viertes Wiederverwendungsprojekt im Bezirk Leipzig für den Wohnkomplex Krönerstraße örtlich anzupassen.
Da die städtebauliche Einordnung bereits festgelegt war, blieben für mich außer der Projektzusammenstellung nur noch die Fundamentanpassung und der Entwässerungsplan zu bearbeiten. So glaubte ich wenigstens anfangs und hielt den Auftrag für unter meiner Würde.
Hand aufs Herz! Wem ginge es nicht ebenso? Längst schon können wir Architekten uns Typen-, Wiederverwendungs- oder Angebotsprojekte aus dem Baugeschehen nicht mehr wegdenken, aber noch immer lehnt sich unser Berufsstolz auf, wenn wir nicht unsere eigene Arbeit, sondern die anderer Kollegen wiederholen sollen. Ist das berechtigt? Je näher die Übergabe des Objektes rückte, desto mehr erhielt der Ausspruch Fragecharakter.
Das Projekt war abgeschlossen, ohne daß darin noch schöpferische Aktivität einen sichtbaren Niederschlag finden konnte. In dieser späten Phase wurde ich mit dem Maler und Grafiker Max Gerhard Uhlig und seinen Absichten bekannt gemacht. Die geringfügigen Veränderungen im Rohbauprojekt konnten gerade noch vor Auslieferung der gesamten Unterlagen in die Lichtpausen nachgetragen werden. Die Verwandlung des Wiederverwendungsprojektes in eine unverwechselbare Kindereinrichtung vollzog sich in engster Gemeinschaftsarbeit erst in der Phase der Autorenkonsultation.
Soviel schöpferischer Spielraum verbleibt uns, wenn wir unsere Arbeit schon abgeschlossen glauben! – Lohnt es sich also aufzubegehren, wenn andere Kollegen vor uns die funktionellen und konstruktiven Grundlagen bereits erarbeitet haben? – Hat sich unser Berufsbild schon so sehr verändert, daß wir technische Belange derartig überbewerten, daß wir nach immer wieder neuen Funktionslösungen suchen, statt uns mit einer der vielen möglichen einmal anzufreunden?
Eine faustgroße Skizze des Künstlers hatte genügt, um mir das Neue seiner Absichten begreiflich zu machen. Der Künstler war dem Architekten den entscheidenden Schritt entgegengekommen, indem er seine Gestaltungsidee aus den Elementen des konstruktiv notwendigen Materials entwickelte. Klinkerrelief! Das Gestalten aus Ziegelsteinen war aus pädagogischer Sicht die wertvollste Anregung zum schöpferischen Spiel, die man Kindern als ständiges Anschauungsmaterial vor Augen stellen konnte. Das Objekt, ein Lehrlingsbau traditionell aus Mauerwerk mit Handmontagedecken, bot hierfür die konstruktiven Voraussetzungen.
Meinungsverschiedenheiten gab es zunächst über die Auswahl der künstlerisch zu bearbeitenden Flächen. Während der Gestalter des Reliefs auf dem Südostgiebel bestand, vertrat ich die Auffassung, daß eine so kindgemäße Gestaltung auch in das Spielgelände des Kindes hineinwirken müsse. Dazu waren die beiden Klinkerplaketten im Obergeschoß geeignet. Die Fenster ließen sich um Anschlagtiefe zurücksetzen und in der Verblendstärke so vermauern, daß nur ein paar Lüftungsöffnungen als Bestandteil der Gestaltung freigelassen blieben.
Diese Anregung wurde vom Beirat zustimmend aufgenommen und mit der Gewährung eines Zuschusses honoriert, der es uns ermöglichte, alle drei Flächen thematisch zu bearbeiten. Eine mindestens ornamentale Gestaltung verlangte jetzt auch der Nordwestgiebel mit dem Gasschornstein, sollte der Spannungsabfall nicht zu groß werden.
Der Künstler hatte sich unterdessen so in die städtebauliche Situation hineingefühlt, daß er, hier am Hauptzugangsweg zur Einrichtung, den entsprechenden Auftakt fand, der den Passanten förmlich zwang, rund um das Bauwerk herumzugehen.
Der enge Kontakt, den wir inzwischen durch zahlreiche Besuche in seinem Atelier geschlossen hatten, begeisterte ihn so, daß es dafür keiner Auftragserweiterung mehr bedurfte. Ein Modell im Maßstab 1 : 200, das wir ihm längere Zeit ausgeliehen hatten, trug dazu bei, daß sich der Künstler in die Wechselbeziehungen von Bauwerk und Kunstwerk hineindenken konnte. Die Farbwahl ergab sich aus dem Angebot an Rohbauziegeln in Rot und Gelb, mit ihren zufälligen, durch den Brand bedingten Schattierungen. Besondere Glanzlichter wurden durch blau und weiß glasierte Steine gesetzt. Alle übrigen Farben des Bauwerkes wurden der Bildgestaltung bewußt untergeordnet. Für die Gestaltung wurde ein würdiges Thema gefunden. Das musikalische Märchen „Peter und der Wolf" von Sergej Prokofjew wird laut Bildungs- und Erziehungsplan im letzten Jahr der Vorschulerziehung an Hand von Bilderbuch und Schallplatte besprochen. Es stellt einen gewissen Höhepunkt und Abschluß der allseitigen musischen Erziehung im Kindergarten dar. Form und Inhalt der Gestaltung sind also gleichermaßen zielgerichtet. Der Kinderzeichenwettbewerb Leipzig–Kiew bestätigte uns erneut, daß die Kleinen dieses Themas nicht überdrüssig werden, sondern es immer wieder nachgestalten und von einer Darstellungsform in die andere übersetzen.
Als Untergrund für die Bildgestaltung wurde der märkische Verband gewählt, die Eckausbildung festgelegt, Schicht- und Kopfzahl ausgezählt. Ein räumliches Modell der Wandflächen im Maßstab 1 : 10 diente den Maurern als exakte Werkstattvorlage.
Vorgegebene Gestaltungselemente waren die bekannten Lagen und Teilungen des Ziegelsteines: Läufer, Kopf, Quartierchen, Riemchen und halbes Riemchen.
Im Bild waren alle Verbandsarten zugelassen, die Steine durften liegend, stehend und schrägliegend vermauert werden. Für die Durchbildung des Reliefs war von Stein zu Stein ein Vorstrecken oder Zurücksetzen von etwa drei cm erlaubt.
Das plastische Relief war auf den Kartons durch Schattenkanten angedeutet, wie auch jede hellere und dunklere Schattierung innerhalb einer Farbpartie wiedergegeben war.
Trotz dieser exakten Vorlagen lösten wir uns bei den täglichen Baustellenbesuchen ab, oder trafen uns, um den Handwerkern den nächsten Arbeitsabschnitt zu erläutern. Bei der Sparsamkeit der verwendeten Formate war das Ankippen eines Steines (bei Nase, Ohren, dem Gefieder oder Kamm eines Vogels) von außerordentlicher Bedeutung.
Wo wären wir geblieben, hätte unsere Begeisterung nicht das ganze Baustellenkollektiv mitgerissen. Die Geduld der vier Handwerker, die an den Klinkerwänden arbeiteten, war grenzenlos. Unter Planen bei Schnee und Frost arbeitend, murrten sie niemals, wenn wir hier und da einen Stein wieder verändern ließen, um auch die letzte Nuance der gewünschten plastischen oder farbigen Gestaltung herauszuholen.
Gemeinsam für alle Beteiligten wurde das Objekt ein schöner Erfolg, und ich möchte allen Kollegen, die vor der Aufgabe stehen, „nur" ein Wiederverwendungsprojekt örtlich anpassen zu müssen, versichern: „Es lohnt sich doch!"

1



1
Kombinierte Kindereinrichtung für den Wohnkomplex Krönerstraße. Das vierte Wiederverwendungsprojekt im Bezirk Leipzig
Entwurf der Wandmotive: Max Gerhard Uhlig

2



2
Detail: Hahn am Schornstein

Zur Umgestaltung des Siedlungsnetzes und zum Aufbau von Gruppensiedlungen

G. Kaplan
A. Kotschotkow
F. Listengurt

Einer der wichtigsten Vorzüge des Sozialismus besteht darin, daß in dieser Gesellschaftsordnung – nach Schaffung der objektiven Voraussetzungen für die Überwindung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land und danach für die völlige Aufhebung der wesentlichen Unterschiede zwischen ihnen – der ökonomische und soziale Charakter der Siedlung von Grund auf verändert wird. Die Siedlung wird zu einem notwendigen Glied des Aufbaus der materiell-technischen Basis des Kommunismus und der Heranbildung des allseitig entwickelten Menschen einer neuen Gesellschaftsformation.

Die Verwirklichung dieser objektiven Vorzüge hängt indessen von der richtigen Entscheidung über die Art der Umgestaltung des historisch entstandenen Siedlungsnetzes, der Vervollkommnung des gesamten Systems der städtebaulichen Projektierung, der Koordinierung dieses Systems mit den neuen Anforderungen und seiner engeren Bindung an die Volkswirtschaftsplanung ab.

Ausgangspunkt für eine wissenschaftlich begründete Wahl der Zielsetzungen für eine Umgestaltung des Siedlungsnetzes in der UdSSR ist die Analyse der objektiven Prozesse bei der Entwicklung der historisch entstandenen Siedlung unter den gegenwärtigen Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Bei weitem nicht alle im Laufe der Zeit entstandenen Entwicklungsrichtungen von Siedlungsnetzen sind geeignet, in die Zukunft extrapoliert zu werden.

Man denke in diesem Zusammenhang nur an die vorauseilende Entwicklung der großen Städte, den verbreiteten Aufbau neuer Städte, den von vornherein klein dimensionierten Charakter der ländlichen Siedlung und die allgemein uneinheitliche Entwicklung der Siedlung im gesamten Lande.

Zu Beginn des Jahres 1970 lebten in 33 Großstädten der UdSSR mit mehr als 500 000 Einwohnern fast 28 Prozent der gesamten Stadtbevölkerung des Landes. In der gleichen Zeit entfielen auf über 5000 kleine Städte mit bis zu 50 000 Einwohnern ungefähr 35 Prozent der Stadtbevölkerung. Eine derartige Disproportion bringt eine Reihe negativer ökonomischer, sozialer und städtebaulicher Folgeerscheinungen mit sich. Daher ist es erforderlich, die planmäßige, wissenschaftlich fundierte Steuerung der Entwicklung eines Siedlungsnetzes und ganzer Siedlungssysteme zu intensivieren. Diese Steuerung muß auf der Basis des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts beruhen und die regionalen Besonderheiten mehr als bisher berücksichtigen.

Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus entstehen für die Beurteilung historisch entstandener Tendenzen der Siedlung qualitativ neue Fragestellungen. Diese beziehen sich vor allem einerseits auf die Notwendigkeit der Umgestaltung der Siedlung im Sinne einer Steigerung der Effektivität und der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion und andererseits auf die Lösung der sozialen Aufgaben, die der Aufbau des Kommunismus stellt.

Die erforderlichen qualitativen Veränderungen setzen eine entsprechende Entwicklung der Theorie des Städtebaus und der Praxis der Projektierung voraus. In dem Bestreben, dieser Forderung gerecht zu werden, hat sich die Städtebau-Wissenschaft im Laufe des letzten Jahrzehnts intensiv mit dem Problem der Entwicklung eines Siedlungsnetzes beschäftigt. Als Ergebnis dieser Arbeit darf heute mit der Möglichkeit der Schaffung einer Theorie der städtebaulichen Projektierung neuer Prägung gerechnet werden, deren Objekt nicht mehr einzelne Städte und Siedlungen sind, sondern die eine Gesamtheit von Städten und Siedlungen zum Gegenstand hat – das System der Gruppensiedlung (kurz Gruppensystem).

Die Entwicklung eines neuen Siedlungstyps setzt das Vorhandensein einer neuen Art und Weise der Projektierungsarbeit voraus, die man Gruppenplanung nennen kann. Sie nimmt eine Zwischenstellung ein zwischen städtischer und ländlicher Planung auf der einen Seite und der Bezirksplanung auf der anderen Seite. Aufgaben und Wesen dieser sich entwickelnden städtebaulichen Projektierung werden in ihren Grundzügen durch die Abgrenzung der Gruppensiedlungssysteme gegen die vielfältigen Formen der Siedlung bestimmt. Die Gruppensysteme sind eine rationelle räumliche Organisation von Siedlungsgruppen (gleichermaßen städtischen wie ländlichen), die durch einheitliche Beziehungen in den Sphären der Arbeit, des Wohnens, der Freizeit und der Erholung sowie durch gemeinsame Nutzung der zwischen ihnen liegenden Gebiete gekennzeichnet sind.

Die Klärung der grundlegenden Tendenzen in der Umgestaltung des Siedlungsnetzes der Sowjetunion auf der Basis des wissenschaftlich-technischen und des sozialen Fortschritts erlaubt es, die Herausbildung von Gruppensiedlungssystemen als Übergang zu einer höheren Form der Siedlung zu definieren. Die Gruppensysteme stellen eine neue Stufe in der Entwicklung der Siedlung dar und sind mit der Realisierung der Planvorteile des sozialistischen Aufbaus eng verbunden.

Die Wechselbeziehungen zwischen der neuen und der traditionellen Art der städtebaulichen Projektierung werden durch den überaus wichtigen Umstand gekennzeichnet, daß das Gruppensystem – als höhere Stufe der Siedlungsorganisation – nicht aus der Zerstörung der früheren Entwicklungsstufen der Städte hervorgegangen ist, sondern sie mit ihren Gegebenheiten berücksichtigt. Dies kommt in der Integrierung der Städte und Siedlungen (sowohl städtischen als auch ländlichen Typs) in das sozial-räumliche System der Gruppensiedlung zum Ausdruck, in dem die integrierten Städte und Siedlungen zu funktionellen Strukturelementen werden.

In dieser Entwicklung verändern sich die Städte und Siedlungen in funktioneller und struktureller Hinsicht. Sie verlieren eine Reihe von Funktionen, die ihnen bei der stärker isolierten Entwicklung außerhalb des Gruppensystems eigen waren und nehmen dafür neue Eigenschaften an, die ihnen früher fehlten und die mit der Herausbildung einer neuen Qualität der Siedlung auf höherer Entwicklungsstufe im Zusammenhang stehen. Diese neue Qualität der Siedlung, die sich in ihrem reichen funktionellen Inhalt ausdrückt – weitgehende Befriedigung vielseitiger Bedürfnisse der Bevölkerung und der Produktion sowie freier Umgang mit der Natur – ist das Ergebnis der Herausbildung eines Komplexes entfalteter vielgestaltiger Wechselbeziehungen zwischen den Siedlungen und der Verflechtung der Städte und Siedlungen im Gruppensiedlungssystem.

Das neue System der Gruppensiedlung setzt die Ausbildung einer neuen Planungsstruktur voraus, nach der es als ein einheitlicher Funktions- und Planungskomplex projektiert werden muß. Dieses wichtige Prinzip fordert unabweislich eine Überprüfung der Funktionen der städtischen und ländlichen sowie auch der bezirklichen Planung. Offensichtlich ist es zweckmäßig, eine ganze Reihe von Projektierungsaufgaben auf der Ebene der Gruppenplanung zu lösen. Hierbei wird es sich überwiegend um Aufgaben handeln, die mit den technisch-wirtschaftlichen Grundlagen des Generalplanes zusammenhängen.

Das materiell-technische Hauptmotiv für die Gestaltung von Gruppensiedlungssystemen ist die Tendenz zur zunehmenden territorialen Differenzierung der Stadtbildungs- und später auch der Dienstleistungsfunktionen von Städten und Siedlungen. Diesen Funktionen liegt der Prozeß der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zugrunde, dessen Geschwindigkeit im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution zunimmt. Unter den Bedingungen der von der wissenschaftlich-technischen Revolution hervorgerufenen neuen technologischen Umwälzung wird die tiefgreifende, ständig zunehmende Spezialisierung der Produktion zu einer unbedingten Voraussetzung für die Erhöhung der Effektivität.

Durch den erheblich zunehmenden Bedarf an Gelände und die begrenzten Möglichkeiten seiner Deckung im Rahmen der historisch entstandenen Siedlungsgrenzen oder sogar der an diese Grenzen anstoßenden ländlichen Bereiche entsteht für den Prozeß der Differenzierung der Produktion das Problem der räumlichen Ausdehnung. Da sich der begrenzte Umfang der Bodenreserven am stärksten in den größten Städten bemerkbar macht, werden diese Städte objektiv zu Schwerpunkten der Ausbildung von Gruppensystemen.

Angesichts der objektiv vorhandenen Tendenz einer zunehmenden Bedeutung der differenzierten Elemente wird das entwickelte System ein Netz spezialisierter Produktions-Funktionskomplexe der folgenden Grundtypen umfassen:
Automatisierte (Industrie-, Landwirtschafts-, Verkehrs-)Komplexe; zweiggebundene oder technologische Komplexe (alle Arten der Produktion und Kommunikation); Wis-

senschaft (Lehre); Erholung und Freizeit; Wissenschafts- und Heilmedizin; Sport und Gesunderhaltung; kommunale Versorgung; Kultur und Unterhaltung, sowie eine Reihe weiterer spezialisierter Funktionskomplexe.

Somit werden die Gesetzmäßigkeiten der Bildung von Gruppen-Siedlungssystemen in erheblichem Maße durch die Zielsetzung und die Aufeinanderfolge der einzelnen Stufen des Prozesses der Differenzierung in der funktionell-produktiven Basis der Siedlung bestimmt. Dieser Prozeß wird in einem weiten Rahmen von der Industrie bis zu den übrigen Bereichen der stadtbildenden Basis und weiter zur unmittelbaren Sphäre der Städte und Siedlungen sowie von den größten bis zu den weniger großen Siedlungen verwirklicht.

Für sich allein gewährleistet die Differenzierung der ökonomischen Basis von Siedlungen noch nicht die Ausbildung eines einheitlichen Gruppensystems. Die wichtigste Gesetzmäßigkeit besteht hier darin, daß die Differenzierung der funktionellen Produktion und Dienstleistung zur Grundlage eines anderen, höchst wichtigen materiell-technischen Prozesses – der Integration der Stadtfunktionen – wird. In dieser Integration finden die Gesetzmäßigkeiten der Gestaltung von Gruppensiedlungssystemen ihren endgültigen Ausdruck, da gerade dieser Prozeß die koordinierte Entwicklung der differenzierten Elemente der stadtbildenden und stadterhaltenden Basis von Städten und Siedlungen gewährleistet.

Die in sich koordinierte Entwicklung als neue Qualität der Siedlung, die sich im Verlaufe der Differenzierung und Integration der Funktions-Produktions-Basis herausbildet, eröffnet die Möglichkeit zur Überwindung unvermeidlicher Gegensätzlichkeiten zwischen großen und kleinen Städten, die durch ihre relativ isolierte Entwicklung hervorgerufen sind. Während für die relativ isolierte Stadt oder Siedlung ein ganzer Komplex von Funktionen und kaum ausgeprägte Kommunikationsmittel zwischen den Wohngebieten charakteristisch sind, liegen die Verhältnisse bei Städten und Siedlungen, die sich im Rahmen des Gruppensiedlungssystems entwikkeln, genau umgekehrt: Sie sind durch einen Minimalbesatz mit Funktionen und ein dichtes Netz von Kommunikationsmitteln gekennzeichnet. Dabei schließt die Entwicklung von spezialisierten Siedlungen nicht nur die Existenz halbfunktioneller Stadtzentren des Gruppensiedlungssystems ein, sondern vollzieht sich gerade auf ihrer Grundlage. Die Aufrechterhaltung halbfunktioneller Stadtzentren in der Perspektive wird bestimmt durch die spezifischen Arten der allgemein-wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Aktivitäten sowie auch durch die historischen Bedingungen der räumlichen Entwicklung des Siedlungsnetzes im allgemeinen.

Im eigentlichen Sinne systembildend wirken die alltäglichen, das heißt die gewöhnlichen, regulären Beziehungen, die die Befriedigung der unterschiedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung des Gruppensystems in den Bereichen der Arbeit, der Kultur, des Wohnens und der Erholung bewirken. Es erscheint wichtig, solche Charakteristika der alltäglichen Beziehungen im Gruppensystem, wie z. B. ihre Rationalität, ihre vorbehaltlose Eignung zur praktischen Inanspruchnahme (nicht nur im Hinblick auf das Verkehrswesen, sondern auch in ökonomischer Beziehung) sowie ihren Massencharakter besonders zu betonen.

Die Entwicklung der Wechselbeziehungen zwischen Städten und Siedlungen, die zu einem Gruppensiedlungssystem gehören, wird von der Tendenz zu einer zunehmenden Vielgestaltigkeit der Bedürfnisse des Menschen und zur allmählichen Herausbildung komplizierter geistiger Bedürfnisse dirigiert. Dies ist sowohl unter dem Aspekt des kurzzeitigen, einmaligen als auch des kontinuierlichen Auftretens zu sehen. Dabei können diese Ansprüche nicht unter den Bedingungen der begrenzten Differenzierung von Tätigkeiten und Kommunikationen erfüllt werden, wie diese für einzelne Siedlungen – besonders für Klein- und Mittelstädte – charakteristisch sind. Hieraus erwächst objektiv die Forderung nach Entwicklung enger Verbindungen zwischen den einzelnen Siedlungsbereichen, wie sie in der Praxis jetzt in der anhaltenden Zunahme der Pendlerbewegung sichtbar wird.

Die praktische Verwirklichung solcher Verbindungen hängt von der Entwicklung des Gruppen-Verkehrsnetzes ab, das die territoriale Geschlossenheit und die Zugänglichkeit jedes Strukturelements innerhalb der Grenzen des Systems sicherstellen muß. Infolgedessen umfaßt die soziale Mobilität im Rahmen solcher Gruppensysteme nicht nur die städtische, sondern auch die ländliche Bevölkerung, die sie in den intensiven Kommunikationsprozeß einbezieht und so zur Überwindung der Unterschiede zwischen Stadt und Land beiträgt. Das Ergebnis dieses allmählich fortschreitenden Prozesses wird die Aufhebung aller Schranken zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung sein.

Von dieser Warte aus gesehen, liegt die konkrete Aufgabe der Projektierung von Gruppensiedlungssystemen darin, Wechselbeziehungen zwischen den Siedlungen aufzubauen, die die Erfüllung der folgenden Bedingungen gewährleisten:

1. Es muß möglich sein, den Arbeitsplatz innerhalb weitgesteckter Grenzen zu wählen, ohne daß hierdurch ein Wohnungswechsel erforderlich wird. Das ist besonders wichtig im Hinblick auf die Wohnbevölkerung ländlicher und städtischer Gemeinden oder von Klein- und Mittelstädten, die in das Gruppensystem integriert sind.

2. Ein Wechsel des Wohnstandortes muß ohne Wechsel des Arbeitsplatzes möglich sein. Dies ist von besonderer Bedeutung für die Bewohner großer und größter Städte, der Zentren von Gruppensystemen.

Das Problem der Umgestaltung des Siedlungsnetzes bei gleichzeitigem Aufbau von Gruppen-Siedlungssystemen muß auf der Grundlage der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung und Verlagerung von Produktivkräften im Gesamtmaßstab der Union gelöst werden. Im Rahmen der beschleunigten Entwicklung der östlichen Bezirke der UdSSR ist die Grundform der wirtschaftlichen Erschließung des Gebiets die Ansiedlung der Produktivkräfte in bezirklichen Schwerpunkten, wodurch das Entstehen einer Tendenz zur Entwicklung von Großstadtzentren bedingt ist. Im europäischen Teil der Sowjetunion werden der Aufbau und die Ansiedlung der Produktivkräfte in der Perspektive stärker durch einen gleichmäßigen Charakter gekennzeichnet sein. Dabei entstanden hier, vor allem im Bereich der größten Städte und Stadt-Agglomerationen, durch die Konzentration der Produktivkräfte Voraussetzungen für die vorauseilende Entwicklung von Gruppensiedlungssystemen.

In den verschiedenen Gebieten der Sowjetunion befinden sich die Typen und Formen der Siedlung in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Infolgedessen ist es bei der Prognostizierung wichtig, für jeden Bezirk die vorherrschenden Siedlungstypen zu bestimmen und Möglichkeiten zur Ausbildung von Gruppen-Siedlungssystemen zu erkennen.

In einem hoch industrialisierten Gebiet, wie z. B. dem Donezk-Pridneprowsk-Bezirk, entsteht das Problem, das Wachstum der zahlreichen Agglomerationen durch geplante und städtebaulich geregelte Entwicklung von Gruppensiedlungssystemen rund um die drei Hauptzentren des Bezirks – Charkow, Dnepropetrowsk und Donezk – in koordinierte Bahnen zu lenken. Im Wolgagebiet ist es notwendig, der Tendenz zur geballt linearen Standortwahl von Siedlungen längs der gesamten Mittelwolga durch planmäßigen Aufbau von Gruppen-Siedlungssystemen zu begegnen.

Die Schaffung von Gruppensiedlungssystemen auf der Basis von Großstädten kann selbstverständlich nicht unter Verzicht auf andere mögliche Typen und Formen der Siedlung vollzogen werden. Dies gilt in erster Linie für den hohen Norden der UdSSR. Der Charakter des vorhandenen Siedlungsnetzes ebenso wie die Voraussetzungen für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt lassen die Voraussicht als berechtigt erscheinen, daß im Norden sowohl Stützpunktstädte in den Zentren der Erschließung des Gebiets als auch spezifische Formen der Gruppensiedlung als Expeditions- und Keimzentren entstehen werden.

Die Vorausschau auf Entwicklungstendenzen des Siedlungsnetzes und Perspektiven der Herausbildung von Gruppensiedlungssystemen läßt die Notwendigkeit der bewußten Steuerung der sozialistischen Siedlungsprozesse und der planmäßigen Beseitigung auftretender Widersprüche erkennen. Diese Widersprüche könnten vor allem durch hypertrophisches Wachstum der großen Städte und das Zurückbleiben der kleinen Siedlungen entstehen. Diesen Erscheinungen wird man durch Vervollkommnung ihres räumlich-sozialen Aufbaus begegnen.

(aus Architektura SSSR, Nr. 3/71; übersetzt von Heinz Frahn)

Aerodynamisch entwerfen?

In der Zeitschrift „Umschau in Wissenschaft und Technik", 3/1969, berichtete Dr. G. Schulz über Windkanaluntersuchungen und dabei über den Einsturz von drei Kühltürmen des Kraftwerkes Ferrybridge in England. Neben der Wichtigkeit dieses Schadenfalles für die weitere Projektierung von Kraftwerken scheint die Analyse der Einstürze eine grundsätzlich exemplarische Bedeutung für verschiedene Gruppenbildungen von Bauten zu haben.

Abbildung 1 zeigt die Anordnung und Abmessung der Kühltürme, von denen die schraffierten bei einem Sturm nach starker Wellen- und Faltenbildung innerhalb einer Stunde einstürzten. Die übrigen wurden beschädigt, blieben aber stehen. Da durch die Druck- und Sogkräfte des Windes allein die Zerstörungen nicht erklärt werden konnten, nahm man die Wirkung instationärer Kräfte an. Modelluntersuchungen im Windkanal bewiesen dann, daß die Wirbel einer sogenannten Kármánstraße, die sich mit einer bestimmten Frequenz von den Türmen ablösen, sowohl den jeweiligen Turm in Schwingungen versetzten als auch die hinter ihnen stehenden Türme dynamisch belasteten. Während sämtliche vorderen Türme nur durch die Resonanzfrequenzen, die durch die Wirbelablösungen erzeugt wurden, zusätzlich belastet wurden, zeigten die dahinter stehenden mehr als doppelt so große Amplituden, die von den auftreffenden Wirbeln der vorderen Türme hervorgerufen wurden, und die also zu den Störungen der eigenen Wirbelablösung sich addierten.

Abbildung 2 bringt die Art der Verformungen, wie der obengenannte Autor sie feststellte. Die Untersuchungen zeigten weiterhin, daß mit wachsendem Abstand diese Effekte schnell abklingen. G. Schulz schreibt, daß solche Resonanzfälle wegen der häufig wechselnden Richtung und Stärke des Windes nicht allzu oft sein dürften, daß diese Erscheinungen aber offensichtlich „der Schlüssel zum Verständnis der englischen Turmkatastrophe sind". Zum besseren Verständnis des berichteten Schadenfalles und möglicher anderer seien einige Erläuterungen angefügt, denn diesen Erscheinungen sollte in Zukunft bei der Projektierung leichter und leichtester Bauten mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, und es sollte überlegt werden, ob nicht für ähnliche bauliche Gruppen öfter Windkanaluntersuchungen durchgeführt werden sollten, eventuell schon nach Studienentwürfen.

Wird ein Hindernis von einem flüssigen oder gasförmigen Medium – in unserem Fall der Luft – umströmt, bildet sich hinter dem Hindernis ein „Totwassergebiet", das seitlich von zwei Trennungsflächen begrenzt ist. Diese Trennungsflächen sind instabil, und sie lösen sich kurz nach ihrem Entstehen in einzelne Wirbel auf.

Die Wirbelfolge oben in Abbildung 3 ist unwahrscheinlich, sie geht in die untere Wirbelfolge über, und diese nennt man eine „Kármánsche Wirbelstraße" (nach dem Physiker Kármán).

Abbildung 4 stellt ihr Verhältnis zu ihrem Hinderniskörper dar. Die Kármánschen Wirbelstraßen sind es, die Fahnen und aufgehängte Wäsche zerfetzen, Telegrafendrähte pfeifen lassen und, wie oben angeführt, Bauwerke zum Einsturz bringen können.

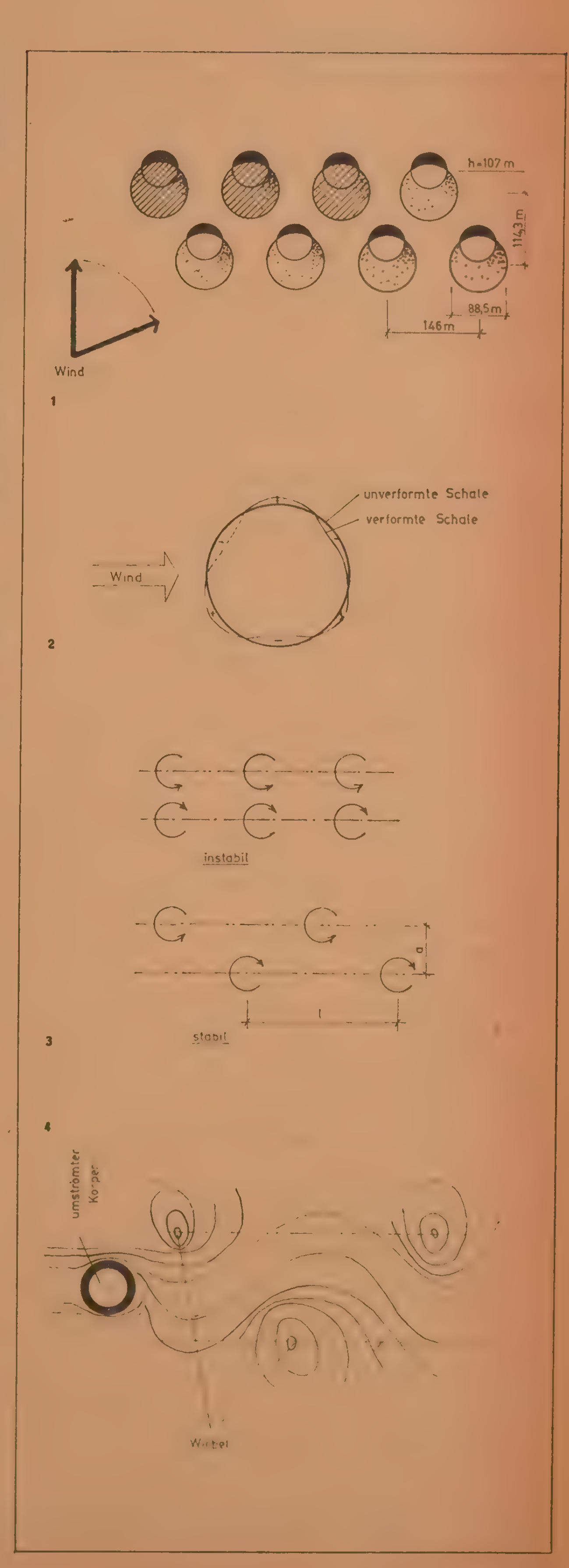
In einer Kármánschen Wirbelstraße gelten folgende Beziehungen: Die Geschwindigkeit des Wirbelsystems ist kleiner als die Relativgeschwindigkeit vom Hindernis und umströmenden Medium.

$$\frac{a}{l} = 0{,}283$$

$$\frac{l}{D} = 4{,}3 \quad \text{(D = Durchmesser eines umströmten Zylinders.)}$$

$$\frac{h}{D} = 2$$

Otto Patzelt



1 Anordnung der Kühltürme beim Kraftwerk Ferrybridge in England mit Angabe der Richtung des zerstörerischen Windes. Die schraffierten Türme stürzten ein.

2 Verformungen der Kühlturmschale durch die instationären Belastungen

3 Wirbelbildungen hinter Hindernissen

4 Die Kármánsche Wirbelstraße, hervorgerufen durch einen zylindrischen Körper

Für attraktive Erdgeschoßzonen

Peter Jentsch
Rolf Xago Schröder

1

1
Erdgeschoßzone am Leninplatz mit Gaststätten und Souvenirladen

2
Neugestaltete Erdgeschoßzone im Altbaugebiet

3
Diese Erdgeschoßzone bietet noch viele Möglichkeiten zur Gestaltung, um den Einwohnern einen Erlebnisbereich zu schaffen

2

3



Bei Tucholsky kann man lesen :
„,Sie ziehen ihren Häusern Hosen an', hat ein Franzose einmal diese merkwürdige Architektur genannt, die darin besteht, um einen Laden herum eine Fassade vorzutäuschen und sich mit dem Erdgeschoß gewissermaßen selbständig zu machen..." (1) Des Franzosen Kritik zielt auf ein „deutsches" Haus der Gründerzeit, mit Recht verspottet er Vordergründigkeit, hohle Pracht und schlechte Gestaltung. Nur: Das Wort des Franzosen wie die Sache, die es betrifft, haben zwei Seiten. Wird das „Hosenanziehen" kritisiert, ist es berechtigt; wird das Prinzip kritisiert, nämlich die Gestaltung der Erdgeschoßzone als Erlebniszone, ist damit eine Mißdeutung und Unterschätzung des Problems verbunden. Entscheidend ist letztlich der Inhalt der Informationen, die dem Menschen von dieser Erdgeschoßzone und zu welchem Zweck übermittelt werden: kommerzielles Interesse oder Ausbildung der Persönlichkeit.

Das Problem ist bei uns erkannt, und unlängst erst setzte sich damit die Bauforschung an gleicher Stelle (2) auseinander. Realistisch ist an diesem Beitrag: Bei allen Vorschlägen wird strikt von unseren (ökonomischen) Möglichkeiten ausgegangen. Es dürfte der Nachweis erbracht sein, daß ohne größeren Aufwand die Erdgeschoßzone so gestaltet werden kann, daß sie die Orientierung, das Heimischwerden, das Wohlbefinden und die Gemeinschaftsbildung im positiven Sinne beeinflußt (3). Nebenstehende Fotos dokumentieren: Die Überlegungen, wie sie von der Bauforschung, aber auch von der Bevölkerung angestellt werden, zeigen Notwendigkeit und Richtung der Veränderung. Es gibt bereits gute Beispiele. Bei der Rekonstruktion der Altbausubstanz sollten die (oftmals sehr vielfältigen und reizvollen) Möglichkeiten beachtet werden, die sich aus den Besonderheiten dieser Substanz ergeben. Viele Nachteile, die den Bewohnern von Altbaugebieten entstehen (Einwohnerdichte, mangelnde oder mangelhafte gesellschaftliche Einrichtungen, wenig Freiflächen), sind durch die in der Erdgeschoßzone gegebenen Möglichkeiten zu kompensieren. Zudem eröffnen sich hier Betätigungsfelder für gemeinsame Arbeit von Forschung und Praxis unter aktiver Mithilfe der potentiellen Nutzer bei der Umgestaltung und Aneignung der Umwelt.

Literatur:

(1) Tucholsky, Kurt: Deutschland, Deutschland über alles, Berlin, Volk und Welt 1967, S. 187
(2) Felz, Achim: Unsere Wohnumwelt – phantasievoll und farbig, deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 5, S. 262 bis 271
(3) Soziologische Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Entwurf des Wohnkomplexes VIII in Schwedt bestätigten diese Aussagen

Stellflächen für PKW

Ein Beitrag zur Effektivität der Flächennutzung im Städtebau

Dipl.-Ing. Helmut Stingl, Architekt BdA/DDR

Im DDR-Standard TGL 21 770 sind die Abmessungen für PKW-Stellflächen in Abhängigkeit von der Aufstellungsart festgelegt. In den letzten 2 Jahren ergaben sich einige Probleme bei der Pflege und Erhaltung von Vegetationsflächen, die an PKW-Stellflächen angrenzen. Die Erfahrungen zeigen, daß mit dem PKW in der Regel bis an den Bord herangefahren wird.

Der Wagen ragt dadurch über die Stellfläche, und zum Öffnen der Motorhaube bzw. des Kofferraumes wird die Vegetationsfläche betreten. Die maschinelle Pflege von Rasenflächen entlang der Stellflächen wird erschwert oder unmöglich gemacht. Die Beschädigung der Vegetationsflächen führte zur Forderung der Gartenämter, einen befestigten Pflegestreifen von mindestens 1 Meter Breite anzulegen. Damit erhöhte sich der befestigte Flächenanteil pro Stellplatz um 20 Prozent!

Die Notwendigkeit, jeden Quadratmeter Bauland effektiv zu nutzen und die materialökonomischen Belange zu berücksichtigen, stand im Widerspruch zu diesen Anforderungen an die Ausbildung von PKW-Stellflächen.

Nach eingehenden Überlegungen und Beobachtungen an ausgeführten Stellflächen wurde ein Neuerervorschlag ausgearbeitet, der zu wesentlichen Einsparungen führt. Frau Renate Meinke, Dipl.-Gärtner, Architekt BdA/DDR, tätig im VE Wohnungsbaukombinat Berlin, Bereich Forschung und Projektierung, schlägt vor:

- Anordnung eines befestigten, jedoch nicht befahrbaren Randstreifens entlang der Stellflächen in der Breite von 1,10 m. Darin ist ein 0,30 m breiter Pflegestreifen enthalten, der bisher im Bereich der Freiflächen vorgesehen wurde. Das Herantreten an Koffer- bzw. Motorraum ist dabei ohne Beschädigung der Vegetationsflächen und Behinderung ihrer Pflege gewährleistet.
- Verkürzung der befahrbaren Stellfläche von bisher 5,0 m auf 4,0 m.

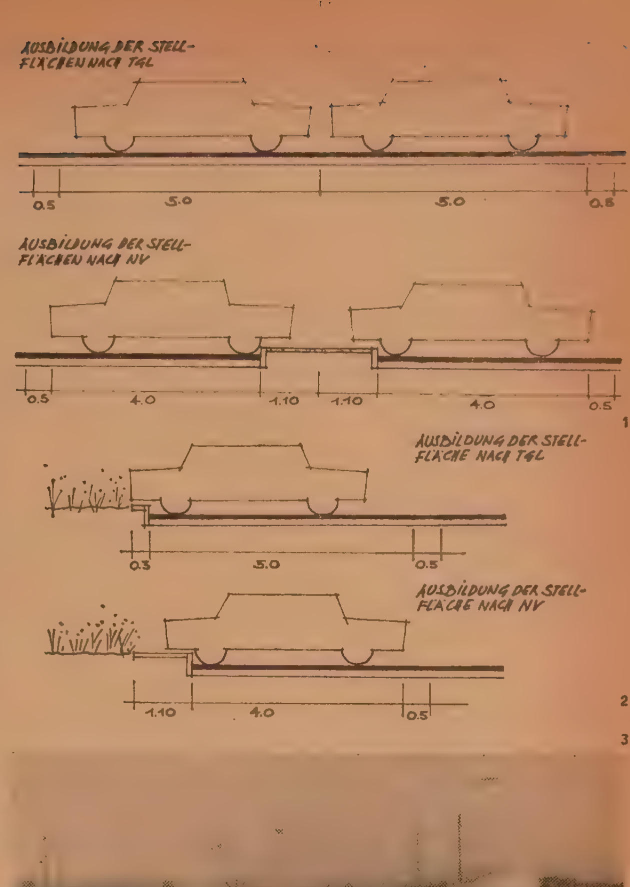
Je nachdem, ob Stellflächen an Gehbahnen oder an Vegetationsflächen liegen, werden damit Einsparungen an befahrbaren Flächen von 11–14 Prozent erreicht.

Weitere Vorteile sind:

- Einsparungen an Material, Zeit und Kosten für die Herstellung von Stellflächen.
- Bisher notwendiger Aufwand zur Wiederherstellung der Vegetationsflächen entfällt.
- Eine Verbreiterung der Gehbahnen, die an Stellflächen angrenzen, erscheint nur in Ausnahmefällen erforderlich.
- Bei Parkplätzen können auf den nichtbefahrbaren Streifen zwischen den Stellflächen Baumreihen gepflanzt werden. Der Gebrauchswert des Parkplatzes wird erhöht, ohne zusätzliche Flächen in Anspruch zu nehmen.

Das Ergebnis des Neuerervorschlages wurde positiv beurteilt. Kombinats- und Betriebsleiter haben Renate Meinke für ihre Initiative ihre Anerkennung ausgesprochen. Die ersten Stellflächen sind entsprechend dem Vorschlag ausgeführt und auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft worden. Die Projektierung und Ausführung neuer Stellflächen erfolgt in Berlin ausschließlich nach dem Neuerervorschlag 0.16/68. Das Amt für Standardisierung hat die Ausnahmegenehmigung generell erteilt.

Durch besondere Weisung ist bereits vor der Überarbeitung des Standards TGL 21 770 die Anwendung des Neuerervorschlages in der Republik gesichert.



3



4



5



1 Stellflächen auf Parkplätzen nach TGL und Neuerervorschlag

2 Stellfläche an Vegetationsfläche nach TGL und Neuerervorschlag

3 Parkplatz am Wohnkomplex. Begehbarer Randstreifen nach Neuerervorschlag

4 Parkplatz im Wohnkomplex. Befahrbare Fläche nach Neuerervorschlag

5 Parkplatz im Wohnkomplex. Befahrbare Fläche nach TGL 217 770



Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Ing. Werner Hochberger, Suhl,
2. März 1912, zum 60. Geburtstag

Architekt Lutz Elbrecht, Bad Doberan,
8. März 1907, zum 65. Geburtstag

Architekt Andeas Welser, Dresden,
8. März 1912, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Felix Böttner, Dresden,
10. März 1887, zum 85. Geburtstag

Architekt Rudolf Pens, Luckenwalde,
15. März 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Emil Schicktanz, Suhl,
17. März 1912, zum 60. Geburtstag

Architekt Johannes Zabel, Magdeburg,
27. März 1902, zum 70. Geburstag

Architekt Ferdinand Rupp, Neubrandenburg,
28. März 1902, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Günter Hlubeck, Hohenstein-Ernstthal,
29. März 1892, zum 80. Geburtstag

Architekt Albert Roche, Elstra,
30. März 1897, zum 75. Geburtstag

Auswertung des 4. Weiterbildungsseminars und Programm des 5. Weiterbildungsseminars der Berliner Architekten

In Auswertung vorangegangener Seminare wurde dem 4. Weiterbildungsseminar der Berliner Architekten 1970/71 von der Kommission für Aus- und Weiterbildung unter Leitung von Dr.-Ing. Rietdorf eine Konzeption mit folgenden Hauptpunkten zugrunde gelegt:

- Systematische Weiterbildung für einen festen Teilnehmerkreis aus allen Bereichen des Berliner Bauwesens,
- Delegierungsvereinbarungen zwischen Teilnehmer, delegierender Einrichtung, BdA-Betriebsgruppe und BdA-Bezirksgruppe für den Zeitraum 1970–1973,
- Teilnehmerkreis grundsätzlich auf Kolleginnen und Kollegen begrenzt, die nicht in zentralen Weiterbildungsmaßnahmen erfaßt sind,
- Seminare zu den Schwerpunkten: Gesellschaftliche-ideologische Probleme von Städtebau und Architektur, Fragen der sozialistischen Umweltgestaltung, des ES Bau und der Rationalisierung der Projektierung.

Vorwiegend sollen BdA-Mitglieder an den Veranstaltungen teilnehmen sowie Gäste anderer gesellschaftlicher Organisationen. In der Regel sollen 10 bis 15 Veranstaltungen jährlich durchgeführt werden.

Die delegierenden Einrichtungen werden aufgefordert, die regelmäßige Teilnahme der delegierten Kollegen zu gewährleisten. Über die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen bei der Vorbereitung und Durchführung von Weiterbildungs-Veranstaltungen werden unbefristete Vereinbarungen abgeschlossen. Durch den Abschluß von etwa 130 Delegierungsvereinbarungen von Kombinaten, Betrieben und Institutionen wurde der Teilnehmerkreis für das 4., 5. und 6. Weiterbildungsseminar festgelegt.

Gemäß Arbeitsplan der Kommission für das Jahr 1971 wurde am 2.3.1971 – ähnlich wie bei früheren Seminaren – eine Abschlußveranstaltung durchgeführt, auf der die Kommission Aus- und Weiterbildung gemeinsam mit den Seminarteilnehmern und den Vertretern des Bezirksvorstandes das 4. Seminar einschätzte und darüber beriet, welche Schlußfolgerungen sich aus den gewonnenen Erfahrungen für die weitere Arbeit ergeben.

Das 4. Weiterbildungsseminar wurde von den Teilnehmern im allgemeinen positiv eingeschätzt, jedoch gab es auch eine Reihe kritischer Bemerkungen und Hinweise.

Der Abschluß von langfristigen Delegierungsvereinbarungen und die begonnene Abstimmung mit anderen Organisationen und Einrichtungen, wie dem Weiterbildungszentrum der BdA, dem Fachvorstand Bauwesen der KDT und anderen, wurde begrüßt und das Bemühen der Berliner Kommissionen um eine systematische Weiterbildung der Architekten erneut grundsätzlich bestätigt.

Es wurde übereinstimmend eingeschätzt, daß die Seminarveranstaltungen insgesamt gut vorbereitet waren und die Kommission und das Bezirkssekretariat eine gute Arbeit leisteten.

Die den Seminarteilnehmern übergebenen Studienmaterialien wurden als wertvolle Hilfe für das Selbststudium und für eine weitere Anwendung des vermittelten Stoffes in der Praxis gewertet. Jedoch sollten die Materialien künftig ausschließlich vor den Veranstaltungen (mindestens 1 Woche vorher) ausgegeben werden! Die Einbeziehung eines Filmes wurde begrüßt. Bei künftigen Seminaren sollte dieser Form der Wissensvermittlung mehr Raum gegeben werden.

Von den Seminarteilnehmern und von der Kommission wurde bedauert, daß der seminaristische Charakter der Veranstaltungen nicht den Erwartungen entsprach. Die Veranstaltungen waren – im Vergleich zum 3. WBS – überwiegend Einzelvorträge und enthielten zu wenig Problemdiskussionen im Sinne von Kolloquien oder Foren. Der schöpferische Meinungsstreit sollte durch Podiumsgespräche zu bestimmten zentralen Themen gefördert werden.

Das 5. Weiterbildungsseminar 1971/72 steht unter dem Gesamtthema: „Die Entwicklung der Volkswirtschaft im Fünfjahrplanzeitraum 1971/1975 stellt höhere Anforderungen an die Arbeit der Architekten und Städtebauer der DDR".

Es gliedert sich in die Themenkomplexe:

- Aufgaben der Architekten bei der Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds und bei der Durchsetzung der Ökonomie in Städtebau und Architektur,
- der schöpferische Beitrag der Architekten zur komplexen Gestaltung unserer Umwelt,
- Problemdiskussion zum Stand und der Entwicklung des Bauwesens in den 70er Jahren der DDR.

In der Zeit vom 5. Oktober 1971 bis zum 17. Februar 1972 finden die Veranstaltungen im Ribbeck-Haus in der Breiten Straße statt. Die verbindlichen Seminarpläne sind den Teilnehmern übergeben worden.

Bezirksgruppe Berlin,
Kommission Publikation
und Veranstaltungen

Aus der Arbeit der Bezirksgruppe Leipzig im BdA der DDR

Die Wirksamkeit der Arbeit einer Bezirksgruppe unseres Fachverbandes wird auch an dem Einfluß gemessen, den sie auf die städtebauliche und architektonische Entwicklung der Städte und Gemeinden ihres Bezirkes ausübt. Dieser Einfluß ist um so effektiver, je höher die Autorität einer Bezirksgruppe und ihrer Organe auf örtlicher Ebene ist. Die Autorität muß sich das Kollektiv einer Bezirksgruppe, die Kollektive ihrer Organe und auch jedes einzelne Mitglied selbst durch einen eindeutigen, klaren Standpunkt zu unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung, zu den Grundfragen unserer Zeit, durch hohes fachliches Wissen und Können und durch ständiges Bemühen um die weitere Qualifizierung erwerben und erhalten.

In dem nachfolgenden Beitrag des Sekretariats der Bezirksgruppe Leipzig des BdA der DDR werden einige der in der vorstehend dargelegten Richtung unternommenen Anstrengungen sichtbar gemacht. Ausgangspunkt war die Überlegung, daß dem Bezirksvorstand bei der Organisierung einer planmäßigen, regelmäßigen, zielgerichteten und inhaltsreichen Arbeit große Bedeutung zukommt und damit auch an alle gewählten Bezirksvorstandsmitglieder hohe Anforderungen an Einsatzbereitschaft und Diszipliniertheit gestellt werden müssen. Die Regelmäßigkeit und Planmäßigkeit der Arbeit stellt aber auch neue, höhere Forderungen an die Vorbereitung der Beratungen des Bezirksvorstandes, beispielsweise von Beschlüssen, Festlegungen und Stellungnahmen und an die Weiterführung der Arbeit zwischen den Beratungen des Vorstandes. Das bedeutete aber letztlich die Schaffung eines dafür geeigneten, verantwortlichen Gremiums. Bei dem Umfang der in der Bezirksgruppe anfallenden Arbeit und dem Umstand, daß diese ehrenamtlich, im wesentlichen also außerhalb der Arbeitszeit zu bewältigen ist, war auch zu prüfen und zu unterscheiden, ob die Aufgaben und die Verantwortung zwischen zwei oder drei Vorsitzenden abzugrenzen sind.

Die Gesamtheit der Probleme im dargelegten Sinne und der Aufgabenumfang – die Bezirksgruppe Leipzig gehört mit ihren rund 350 Mitgliedern zu den größten unseres Fachverbandes – führten bereits im April 1968 zu der Entscheidung, drei Vorsitzende im Bezirksvorstand zu bestätigen und beim 1. Vorsitzenden ein Sekretariat zu bilden, dem neben den 2. und 3. Vorsitzenden ein Vertreter der freiberuflich tätigen Berufskollegen und die Hauptsachbearbeiterin als Sekretärin der Bezirksgruppe angehören. Dem 1. Vorsitzenden werden alle Grundsatzfragen und Entscheidungen, dem 2. Vorsitzenden die Arbeit der ständigen oder zeitweiligen Kommissionen und die internationale Arbeit und dem 3. Vorsitzenden die Betriebs- und Fachgruppenarbeit zugeordnet. Das Prinzip der Aufgabenstellung und der Abgren-

zung der Verantwortung wurde später auch für alle Mitglieder des Bezirksvorstandes durchgesetzt.

Die unter den dargelegten Gesichtspunkten notwendigen Korrekturen in der Zusammensetzung des Bezirksvorstandes, insbesondere das Ersetzen einiger Mitglieder durch solche, die Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit zeigten, aber auch die Aufnahme von 6 Vorsitzenden der größten und wichtigsten Betriebsgruppen als ordentliche Mitglieder des neuen Bezirksvorstandes, wurde bei den Neuwahlen im Mai 1970 in die Tat umgesetzt. Wie die inzwischen gewonnenen Erfahrungen bestätigen, hat diese Verbindung zu einem einsatzbereiten Vorstand geführt, in dem jedes Mitglied durch klare Abgrenzung der Aufgaben einen Teil der kollektiven Gesamtverantwortung für die Arbeit des Bezirksvorstandes trägt.

Zur planmäßigen Arbeit hat nicht unwesentlich die Festlegung beigetragen, die Beratungen des Bezirksvorstandes, erweitert durch alle Betriebsgruppen-, Fachgruppen und Kommissionsvorsitzenden, regelmäßig durchzuführen und sie auch nicht während der Urlaubsperiode (Juli/August) zu unterbrechen. Es stellte sich dabei heraus, daß der Besuch der Beratungen während der Urlaubsmonate dem Schnitt des Jahres entsprach. Die dargelegte erweiterte Form der Beratungen hat sich insbesondere für den Informationsfluß als vorteilhaft erwiesen.

Die im Frühjahr 1968 vollzogene Bildung eines Sekretariats in der bereits genannten Zusammensetzung hat sich inzwischen in der Praxis vielfältig bewährt. Die in Abständen von etwa 14 Tagen, bei vorliegendem Bedarf auch öfter, stattfindenden Beratungen dienen dazu, die Tätigkeit der Bezirksgruppe zwischen den Bezirksvorstandssitzungen weiterzuführen: Zu treffende Entscheidungen werden durch Beschlußvorlagen und Konzeptionen sorgfältig vorbereitet und die Sitzungen des Bezirksvorstandes und seiner Organe im erforderlichen Umfang ausgewertet. Das Prinzip der kollektiven Beratung zur Vorbereitung von Entscheidungen in kollektiver, aber auch in persönlicher Verantwortung hat sich in der Arbeit der Bezirksgruppe Leipzig durchgesetzt und hervorragend bewährt.

Wie bereits erwähnt, hängt die Wirksamkeit einer Bezirksgruppe entscheidend davon ab, wie sie es versteht, in allen wesentlichen Fragen der Gestaltung der natürlichen und gebauten Umwelt einer Stadt, eines Kreises oder eines Bezirkes, beginnend bei der Prognose über die territoriale und städtebauliche Planung bis zur Baudurchführung, mitzuwirken. Das kann nur durch eine enge und regelmäßige Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen, dem Rat des Bezirkes, einer Stadt oder eines Kreises und der jeweiligen Volksvertretung erfolgen, da diese für die bauliche und natürliche Entwicklung auf ihrem Territorium voll verantwortlich sind und im Rahmen der aus der Sicht der gesamten Volkswirtschaft für dieses Territorium vorgegebenen Kennziffern die erforderlichen Beschlüsse fassen. Dabei kommt es vor allem darauf an, daß die Zusammenarbeit mit den örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten rechtzeitig und vor Beschlußfassung einsetzt, damit die Mitglieder unseres Fachverbandes Gelegenheit haben, ihre Meinung gutachtlich zu äußern, Stellungnahmen zu vorliegenden Beschlußvorlagen abzugeben und selbst Vorschläge zu unterbreiten.

Die Arbeit der örtlichen Staatsorgane wird dadurch bereits in der Phase der Entscheidungsfindung zu Grundsatzfragen der natürlichen und gebauten Umwelt unterstützt. Das Zusammenspiel der Kräfte liegt also im gegenseitigen Interesse, gemeinsam vorbereitete Beschlüsse lassen sich nach ihrer Verabschiedung auch besser gemeinsam durchsetzen und in der Einhaltung kontrollieren.

Für die Arbeit der Bezirksgruppe ist von Wichtigkeit, daß sie über ihre Betriebsgruppen und Mitglieder als gesellschaftliches Kontrollorgan in den Planungsbüros, den Projektierungseinrichtungen und Baubetrieben und in anderen, für das Territorium arbeitenden Institutionen, wirksam wird.

Das örtliche Staatsorgan sollte prüfen, wie hervorragende städtebauliche und architektonische Leistungen auf seinem Territorium ideell und materiell anerkannt werden können. Für die Zusammenarbeit ist die Bekanntgabe der Arbeitsschwerpunkte durch das örtliche Staatsorgan in festzulegenden Zeitabständen (z. B. halbjährlich) ebenso wichtig wie die gemeinsame Beratung von Problemen oder die Kontrolle getroffener Festlegungen.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen konnte nach sorgfältiger Vorbereitung im Sekretariat und Beratung im erweiterten Bezirksvorstand der Bezirksgruppe Leipzig im Dezember 1970 eine Rahmenvereinbarung mit dem Rat der Stadt Leipzig abgeschlossen werden, der im Februar 1971 eine Rahmenvereinbarung mit dem Rat des Bezirkes Leipzig folgte. Die persönliche Teilnahme des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und Mitglied des Staatsrates Erich Grützner bzw. des Oberbürgermeisters Dr. Karl-Heinz Müller verdeutlichten die Bedeutung, die sie diesen Vereinbarungen zugemessen haben.

In dem Maße, wie die Arbeit der Bezirksgruppe durch die Aktivität zunächst einzelner Mitglieder und später ganzer Gruppen verbessert werden konnte, ist auch ihr Wirken stärker an das Licht der Öffentlichkeit gelangt. Die Bezirkspresse nahm vom Leben der Bezirksgruppe und ihrer Organe Kenntnis, noch nicht ausreichend zwar, aber der Anfang ist zu begrüßen. In diesem Zusammenhang verdient auch die bezirkliche Pressekommission Erwähnung, weil nicht zuletzt ihrer Aktivität und Einsatzbereitschaft dieses zweite Städteheft der „deutschen architektur" über Leipzig zu verdanken ist. Gute Möglichkeiten einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit bestehen in einer stärkeren Einbeziehung von öffentlichen Vorträgen und Problemdiskussionen sowie in der Auswertung gebauter Ensemble in der Bezirkspresse.

Bei einer Gesamteinschätzung der Arbeit der Bezirksgruppe Leipzig und ihrer Organe darf man nicht übersehen, daß die schrittweise Verbesserung der Arbeit, die Zusammenarbeit mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber, der Abschluß von Rahmenvereinbarungen mit den örtlichen Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen, wie der KDT, die seit Jahren zielstrebig unter Leitung der Kommission Aus- und Weiterbildung durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen zur Erhöhung der Autorität der Bezirksgruppe insgesamt, aber auch einzelner Organe und schließlich der Mitglieder selbst beigetragen haben. Die ständig steigende Mitgliederzahl ist ein Beweis dafür.

Diese positive Wertung übersieht dabei nicht, daß es im Leben der Bezirksgruppe und ihrer Organe noch vieles gibt, was der Verbesserung bedarf.

Dazu gehören:

- das schöpferische Werkstattgespräch als regelmäßiger Bestandteil der Betriebsgruppenarbeit. (In der Betriebsgruppenarbeit gilt es überhaupt neue Aktivitäten zu entwickeln.)
- der Umstand, daß viele Architekten zwar an der Arbeit ihres Fachverbandes interessiert sind, sich aber durch die angebotenen Veranstaltungen noch ungenügend angesprochen fühlen
- das Fehlen geeigneter Klubräume, deren Vorhandensein ein intensiveres Leben in der Bezirksgruppe ermöglichte
- die Durchführung von Problemaussprachen in freimütiger Diskussion, die das Erkennen neuer Wege und die Aufdeckung von Reserven fördern.

Wir wissen, daß andere Bezirksgruppen auf diesen Gebieten weiter sind als wir.

Wir sind auch unzufrieden darüber, daß es uns bisher noch nicht gelungen ist, die Arbeit einer Kommission „Analyse von Städtebau und Architektur im Bezirk Leipzig" aus den guten Anfängen in Vorbereitung unserer Bezirkskonferenz im Frühjahr 1970 zu regelmäßiger Arbeit und zu ständigen Arbeitsergebnissen zu führen.

Wir halten aber den von uns beschriebenen Weg für gangbar, weil er unter Leitung des Bezirksvorstandes und seines Sekretariats zu einer zielstrebigen Weiterentwicklung unserer Arbeit und damit zu einer ständigen Erhöhung ihrer Effektivität führt.

Für das Sekretariat der Bezirksgruppe
Leipzig im BdA der DDR
Heinze, 1. Vorsitzender

Gründung einer Hochschulgruppe des Bundes der Architekten der DDR an der Kunsthochschule Berlin

Am 16. November 1971 konstituierte sich an der Kunsthochschule Berlin eine Hochschulgruppe des BdA/DDR.

Die Gründung wurde in einer kleinen Feierstunde unter Vorsitz des Leiters des Fachgebietes Architektur, Prof. Dipl.-Ing. Dutschke, vollzogen. Als Gäste konnten der Vorsitzende der Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR, Dipl.-Ing. Stingl, der Rektor der Kunsthochschule, Prof. Womacka, der amtierende Rektor, Prof. Dr. Heuer, und der Leiter der Sektion Bau- und Bildkunst, Prof. Brendel, begrüßt werden. Die Vertreter der Hochschulleitung wünschten der Gruppe Erfolg in ihrer Arbeit und gaben ergänzende Hinweise zum vorgesehenen Arbeitsprogramm.

Die Hochschulgruppe umfaßt zunächst zehn Mitglieder. Dazu gehören alle Angehörigen des Lehrkörpers des Fachgebietes Architektur und die Mitarbeiter der 1970 an der Hochschule gebildeten Entwurfsgruppe für Städtebau und Architektur. Der Beitritt von interessierten Studenten wird angestrebt. Die Leitung der Hochschulgruppe liegt in den Händen von Dipl.-Ing. J. Meißner, Dipl.-Ing. J. Seifert und Dipl.-Ing. H. Dübel.

Das Arbeitsprogramm orientiert auf die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den künstlerischen Fachgebieten der Hochschule, die Einbeziehung der Studenten in die Arbeit des Bundes sowie die Mitarbeit der Hochschulgruppe in zentralen Arbeitsgruppen und Organen des BdA der DDR. Neben der regelmäßigen Information aller Hochschulangehörigen über Veranstaltungen des BdA, der Vorbereitung und Durchführung von Fachexkursionen und der Teilnahme am Weiterbildungsseminar der

Bezirksgruppe Berlin sind im Programm als wesentliche Aufgaben enthalten:

- Mitarbeit bei der Erarbeitung einer Konzeption Synthese von Architektur und bildender Kunst innerhalb der Weiterbildungskonzeption der Hochschulen und Universitäten in der DDR
- Werkstattgespräche zu interessanten Problemen und Aufgaben (einschl. Studentenarbeiten) durch die Entwurfsgruppe der Hochschule

Beteiligung an Seminaren des Fachgebietes Architektur

- Erarbeitung einer Konzeption zur Stiftung eines Preises für Studenten aller Architekturausbildungsstätten der DDR im Rahmen eines jährlichen Leistungsvergleiches
- Erarbeitung bautechnischer Unterlagen für die Rekonstruktion des Krankenhauses Viet Duc in Hanoi im Rahmen einer Solidaritätsaktion

Kollege Stingl brachte sein Einverständnis mit dem Arbeitsplan der Gruppe zum Ausdruck und bat seinerseits um tatkräftige Mitarbeit bei der Lösung von Aufgaben, die sich die Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR für die nächste Zeit gestellt hat. Er begrüßte besonders, daß jetzt erstmals seit Bestehen der Hochschule Weißensee die Voraussetzungen für eine wirksame Tätigkeit unseres Fachverbandes an dieser Berliner Ausbildungsstätte für Architekten geschaffen worden sind. Joachim Seifert

Systematische Weiterbildung im Bezirk Erfurt

Als Gemeinschaftsveranstaltungen der BdA/DDR-Bezirksgruppe Erfurt, Fachgruppe Städtebau und des Büros des Bezirksarchitekten Erfurt setzten sich die Kreis- und Stadtarchitekten des Bezirkes, die Mitarbeiter des Büros des Bezirksarchitekten, Mitglieder der Fachgruppe aus den Hoch- und Fachschulen des Bezirkes sowie interessierte geladene Gäste aus den Bereichen angrenzender Wissenschaften innerhalb zweier Qualifizierungslehrgänge mit Fragen der langfristigen baulichen Entwicklung des Bezirkes und der Anwendung mathematischer Verfahren im Städtebau auseinander. Die Lehrgänge dauerten jeweils 5 Tage.

Unter der Zielstellung „Vermittlung von Erfahrungen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und Vertiefung von Kenntnissen zur qualitativen Verbesserung städtebaulicher Planungen" stand der Lehrgang im Mai 1971.

Im Ergebnis von Forschungsarbeiten des Büros des Bezirksarchitekten referierten:

Dipl.-Ing. Glanzer, Einsatzleiter für EDV im Büro des Bezirksarchitekten Erfurt über die

„Konzeption zur Anwendung mathematischer Methoden und der EDV in der städtebaulichen Planung des Bezirkes Erfurt" insbesondere über die Anwendung des erweiterungsfähigen Modells Tallinn und bereits vorliegende Ergebnisse von Versuchsrechnungen zur Optimierung von Wohnungsbaustandorten in der Stadt Sömmerda sowie über die

„Anwendung mathematischer Methoden zur städtebaulichen Vorbereitung der Instandsetzung und Modernisierung der Altbausubstanz" in Vorbereitung zu Versuchsrechnungen in den Städten Sömmerda, Sondershausen, Eisenach und Gotha;

Dipl.-Ing. Scheibel, BdA, Institut für Städtebau und Architektur zum

„Verfahren zur Bewertung städtischer Flächen im Hinblick auf ihre Erreichbarkeit" im Zusammenhang mit den vom Büro des Stadtarchitekten Erfurt durchgeführten Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet;

Dipl.-Geograph Heinemann, Büro des Bezirksarchitekten Erfurt

„Zur Ermittlung des städtischen Kennziffernbedarfes für den Aufbau einer bezirklichen Speicherorganisation", insbesondere über den Stand der Zusammenstellung von für den Städtebau erforderlichen Ist-Kennziffern und der hierzu bekannten und erforderlichen Primärdatenquellen und

Dipl.-Ing. Sieber, Abteilungsleiter für städtebauliche Planung im Büro des Bezirksarchitekten Erfurt über die

„Methodik zur Ausarbeitung von Generalbebauungsplanungen der Mittelstädte unter Anwendung eines heuristischen Programmes" unter dem Aspekt der 2. Bearbeitungsphase der Kreisstädte im Bezirk Erfurt und qualifizierenden Detaillierung der für alle Kreisstädte des Bezirkes vorliegenden Generalbebauungspläne.

Als Beitrag zur rationellen Verbesserung des Bearbeitungsablaufes von Bebauungskonzeptionen erläuterte Obering. Worf, Abteilungsleiter für Planung und Ökonomie im Büro des Bezirksarchitekten Erfurt das Forschungsergebnis

„Methodik zur Bearbeitung von Bebauungskonzeptionen"

Die vorgenannten Themen wurden gemeinsam mit den Vertretern der Kreise und Städte des Bezirkes Suhl behandelt, die im Rahmen des zwischenbezirklichen Informationsaustausches für einen Tag die Veranstaltungen besuchten.

Als Auftakt und im Sinne einer umfassenden Information für die Fortschreibungsphase 1971 des Generalbebauungsplanes des Bezirksarchitekten wurden die Lehrgangsteilnehmer mit Grundsatzproblemen des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der DDR und im Bezirk Erfurt vertraut gemacht.

Nach einer Auswertung des 6. Bundeskongresses des BdA/DDR durch den Leiter des Qualifizierungslehrganges, Bezirksarchitekten Dipl.-Ing. Henn, sprachen

Dipl.-Wirtschaftler Bräutigam, Direktor des Büros für Territorialplanung Weimar bei der BPK Erfurt über

„Aspekte zur Prognostizierung des Siedlungssystems des Bezirkes Erfurt" insbesondere unter dem Aspekt der Entwicklung der Bevölkerung und der Zentren der Arbeiterklasse;

Dipl.-Ing. Heischel, Leiter des Büros für Verkehrsplanung bei der Abt. Verkehr des Rates des Bezirkes Erfurt über den

„Stand und die Aufgabenstellung der Generalverkehrsplanung" wie auch die speziellen Probleme der künftigen Gestaltung der Straßen- und Nahverkehrsnetze in der Bezirksstadt und den größeren Kreisstädten" sowie

Dipl.-Landwirt Curth vom ORZ, Betriebswirtschaftlicher Beratungsdienst beim RLN (B) Erfurt über

„Aspekte der Entwicklung der Landwirtschaft im Bezirk Erfurt mit ihren Auswirkungen auf das Siedlungssystem und das Bauwesen" .

Er sprach hierbei eine Reihe von Problemen der Konzentration von Tierbeständen, der Nutzung der Altbausubstanz sowie von Neuanlagen (nach 1955) mit geringer Kapazität an.

Besonderen Anlaß zur Diskussion gab die Beseitigung der Gülle – insbesondere bei Großanlagen der Schweinehaltung – von vorhandenen und geplanten Anlagen.

In einer Fallübung zur „kurzfristigen städtebaulichen Vorbereitung eines Investitionsobjektes für den komplexen Wohnungsbau", praktiziert am Beispiel eines Wohnkomplexes in der Stadt Eisenach, wurden Modelle und Ablaufschemata von den Lehrgangsteilnehmern als Grundlage der staatlichen Leitungstätigkeit in den Städten und Kreisen erarbeitet und vor den Lehrgangsteilnehmer verteidigt.

In seiner Schlußeinschätzung wertete Dipl.-Ing. Henn den Inhalt und den Ablauf des Lehrganges als gelungenen Beitrag zur Anregung und Wissensvermittlung für die Tätigkeit der Kreis- und Stadtarchitekten, insbesondere in ihrer aktiven Mitwirkung bei der Schaffung von Grundlagen zur Anwendung mathematischer Methoden innerhalb von städtebaulichen Planungen auf ihrem Territorium und in der Zuarbeit sowie Unterstützung der Tätigkeit des Büros des Bezirksarchitekten.

Ausgehend von den im Fünfjahrplan dem Bezirk Erfurt gestellten Aufgaben zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung beschäftigte sich der Qualifizierungslehrgang im Oktober 1971 ausschließlich mit der Problematik der „komplexen Werterhaltung, Modernisierung und Rekonstruktion von Stadtzentren sowie Wohngebieten". Verbunden wurde der Lehrgang, an dem sich auch Gäste der Schwesterbüros und Fachgruppen der Bezirke Magdeburg, Halle, Leipzig sowie der Kreise Rudolstadt/Saalfeld beteiligten, mit einem Entwurfsseminar zur Rekonstruktion der Stadt Arnstadt. Folglich wurde der Lehrgang auch in Arnstadt, im restaurierten großen Sitzungssaal des historischen Rathauses der „1000jährigen Stadt" von Bezirksarchitekten Dipl.-Ing. Henn eröffnet. Die Teilnehmer des Lehrgangs wurden vom Bürgermeister der Stadt, Herrn Gibson, begrüßt. Vor den Gästen und den eingeladenen Bürgern der Stadt hielt Prof. em. Dr. Dr. Weidhaas einen Vortrag über „die baugeschichtliche Entwicklung der Stadt Arnstadt".

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung folgten Erläuterungen zum Generalbebauungsplan der Stadt und zum städtebaulichen Programm der Umgestaltung des Altstadtbereiches seitens des Stadtarchitekten Dipl.-Ing. Schachtschabel. Die nachfolgende Besichtigung der Stadt machte die Lehrgangsteilnehmer mit der differenzierten Aufgabenstellung bekannt, vor der die Stadt bei der Umgestaltung, Modernisierung und Werterhaltung seiner umfangreichen historischen Altbausubstanz steht. Ziel des Entwurfsseminars sollte sein, Ideen für eine künftige städtebauliche Gestaltung des Altbaubereiches zu sammeln, in deren Auswertung Schlußfolgerungen für die bereits begonnene Modernisierung und Werterhaltung der vorhandenen Wohnungsfonds hinsichtlich der Schwerpunkte und Erhaltungsformen gezogen werden können. Um das methodische Rüstzeug für das Entwurfsseminar und die nachfolgende Arbeit in der städtebaulichen Vorbereitung von komplexen Umgestaltungs-, Werterhaltungs- und Modernisierungsaufgaben innerhalb der Kreise und Städte zu vermitteln, folgte ein zweitägiger Erfahrungsaustausch in Weimar, an dessen ersten Tag die Leiter der Abteilungen Wohnungspolitik der Räte der Kreise sowie Vertreter des Hauptplanträgers Komplexer Wohnungsbau beim Rat des Bezirkes Erfurt und der Erzeugnisgruppe Werterhaltung im Bezirk Erfurt teilnahmen.

In dem Grundsatzreferat des Bezirksbaudirektors, vorgetragen vom Bezirksarchitekten, Dipl.-Ing. Henn, wurden „Die Aufgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen für den Um- und Ausbau, die Modernisierung und die komplexe Werterhaltung im Fünfjahrplan des Bezirkes Erfurt" dargelegt.

Im wesentlichen konzentrieren sich die gestellten Aufgaben auf

- eine gründliche analytische und städtebauliche Vorbereitung in einem vertretbaren und der jeweiligen örtlichen Situation angepaßten Verfahren,
- den rationellen Einsatz der Mittel und Kapazitäten der örtlichen Bauindustrie bei einer schnellen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Leistungen unter Anwendung moderner Technologien sowie der Fließfertigung,
- die aktive Einbeziehung der Bevölkerung und Entwicklung der Initiativen unter Mitwirkung der Industriebetriebe und übrigen gesellschaftlichen Kräfte und
- eine straffe Disziplin im Einsatz der Baukapazitäten des Bauhaupt- und -nebengewerbes für die vorgesehenen großen Aufgaben, die in der Verbesserung des hohen Anteils der Altbausubstanz, über welche der Bezirk Erfurt verfügt, gestellt sind.

Als Anregung zum Handeln stellte der Kreisbaudirektor Seidel aus Zschopau „Das Modell der Planung und Leitung auf dem Gebiet der Erhaltung und sozialistischen Rekonstruktion der Bausubstanz im Kreis und in der Stadt Zschopau" vor. Überzeugend stellte er – bewiesen durch die Praxis der vergangenen drei Jahre – die Wirkungsweise der rationellen Leitungs- und Organisationsstruktur des örtlichen Bauwesens vor, deren Anwendung im Prinzip auf alle Landkreise möglich ist und insofern auch den staatlichen Organen im Bezirk Erfurt als Vorbild dienen kann.

Seine Darlegungen gipfelten in der Forderung an die Organe des Städtebaus, die städteplanerischen Voraussetzungen für die Komplexmaßnahmen zu schaffen. Da Zschopau über keinen Generalbebauungsplan sowie eine Konzeption für die Umgestaltung der Altbausubstanz verfügt, hat sich eine ehrenamtliche sozialistische Arbeitsgemeinschaft für die Generalbebauungsplanung der Kreisstadt sowie der übrigen Städte konstituiert. Ihre Organisationsstruktur durfte Anregungen jenen Städten vermitteln, die in absehbarer Zeit keine Planung seitens der bezirklichen Planungsbüros zu erwarten haben.

So gliedert sich die sozialistische Arbeitsgemeinschaft in vier Arbeitsgruppen:

AG 1: Kommunikation (Verkehrsplanung)
AG 2: Rekonstruktion der Altbausubstanz
AG 3: Stadterweiterung (extensive Erweiterung)
AG 4: Bauwissenschaft (Erforschung rationeller Technologien der Rekonstruktion, Kapazitätsermittlung usw.)

Diese sozialistische Arbeitsgemeinschaft versetzt die örtlichen Organe in die Lage, die Reparatur-, Modernisierungs- und Ausbauwünsche der Bevölkerung mit den Erfordernissen der städtebaulichen Entwicklung zu verbinden und die Übereinstimmung der gesellschaftlichen und individuellen Interessen herzustellen.

Gleichermaßen wurden während der Diskussion vom Vertreter der Erzeugnisgruppe Werterhaltung im Bezirk Erfurt, Koll. Bohnstedt, Anforderungen gestellt.

Er stellte als Voraussetzung für einen reibungslosen Bauablauf vier Schwerpunkte im Vorlauf heraus:

1. Festlegung der Wohngebiete, welche für die Rekonstruktion in Frage kommen,
2. Klärung der Finanzierung in Verhandlung mit den Eigentümern durch den Hauptauftraggeber (HAG), in der Regel der VEB KWV/Gebäudewirtschaft,
3. Vertragliche Bindung der Projektierung und Vorlage des detaillierten Preisangebotes seitens des HAG,
4. Erarbeitung des technologischen Projektes seitens des Baubetriebes.

Der städtebauliche Vorlauf ist folglich unumstritten eine notwendige Voraussetzung der komplexen Werterhaltung, Modernisierung sowie des Um- und Ausbaues.

Den verschiedenen Methoden zur Erarbeitung eines solchen Vorlaufes war der zweite Tag des Erfahrungsaustausches gewidmet, an welchem die Vertreter der Kreis- und Stadtbauämter des Bezirkes Suhl teilnahmen.

Von einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Rat der Stadt Erfurt mit dem VEB KWV und dem VEB Baureparaturen berichtete Dipl.-Ing. Schulrabe, Büro des Stadtarchitekten Erfurt in dem Beitrag „Ergebnisse der Untersuchungen zur Vorbereitung der Fließstrecken zur Werterhaltung und Modernisierung in der Stadt Erfurt".

Im Rahmen der Generalbebauungsplanung für die Stadt Erfurt wurde ein Sanierungsplan erarbeitet, der die territoriale Ausdehnung der Maßnahmen nach unterschiedlichen Kategorien ausweist.

Die Kategorien umfassen

1. die Modernisierung = 29,5 % der WE (in Erfurt der Kernbereich des Zentrums, sowie die Gründerzeitviertel);
2. den Um- und Ausbau (in Erfurt vorwiegend in den eingemeindeten Ortsteilen mit dörflicher Struktur sowie Modernisierungsgebieten);
3. die befristete Instandhaltung = 14 % der WE (in Erfurt derartige Gebiete im Stadtzentrum und den zentrumsnahen Gebieten, die laut Konzeption für die Umgestaltung einmal schrittweise flächenmäßig geräumt werden sollen);
4. die Schrumpfung, ausgelöst durch Verkehrsbauten und Uferzonen von Gewässern (Abriß ohne Ersatz) = 1,5 % der WE
5. die laufende Instandhaltung vollwertiger Bausubstanz = 56 % der WE.

Die Vorbereitung der Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird in Erfurt durch die Ausarbeitung einer städtebaulichen Direktive – ausgehend von detaillierten Grundrißuntersuchungen der vorhandenen Gebäude sowie städtebaulicher Funktionsstudien – eingeleitet. Zur Festlegung der Aufgaben des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 wird eine breite sozialistische Gemeinschaftsarbeit entwickelt, die unter Leitung des Stadtbaudirektors sich der Arbeit spezialisierter Arbeitsgruppen bedient.

Die nach Meinung von Schulrabe besser in der Anleitung der Abteilung Wohnungswirtschaft liegende Tätigkeit der Arbeitsgruppen umfaßt folgende Aufgaben:

1. Arbeitsgruppe Standorte: Auswahl der Standorte und Reihenfolge der Inangriffnahme, Vorbereitung von städtebaulichen Studien sowie der notwendigen Rats-Vorlagen;
2. Arbeitsgruppe Projektierung: Schaffung der Projektierungskapazität, Festlegung von Ausstattungsnormen sowie der Außengestaltung, Einhaltung der Richtwerte und Ermittlung der finanziellen Kennziffern;
3. Arbeitsgruppe Finanzierung: Aussprachen mit der Bevölkerung (Eigentümer, Mieter), Planung der Mittel, Lösung der Fragen der Zwischenfinanzierung, Prüfung der ständigen oder zeitweiligen Umsetzung der Mieter;
4. Arbeitsgruppe Bilanzierung: Bilanzierung der Baukapazitäten für die Fließfertigung sowie der Generalreparaturen an Einzelstandorten;
5. Arbeitsgruppe Technik: Anwendung neuer Technologien, Ergänzung der Technik, Vorfertigung, Kooperation;
6. Arbeitsgruppe materiell-technische Basis: Beschaffung von Ausbauelementen, Materialbilanzierung, Typisierung, Industrialisierung von Arbeitsgängen;
7. Arbeitsgruppe Tief- und Freiflächenbau: Abstimmung aller Maßnahmen mit den Versorgungsbetrieben und Einflußnahme auf die rechtzeitige Aufgabe von Bestellungen für das notwendige Material.

Da im historischen Altstadtbereich die Aufwendungen erheblich sein werden, wird man in den kommenden Jahren die Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorwiegend auf homogene Gründerzeitviertel konzentrieren.

Weiterhin ging Schulrabe auf entstehende Mietpreisprobleme und deren Lösung ein.

Dipl.-Ing. Schachtschabel legte seine „Erfahrungen bei der Vorbereitung der Fließstrecken zur Werterhaltung in der Stadt Arnstadt" dar.

Ausgehend von den Erkenntnissen des vorliegenden Generalbebauungsplanes der Stadt und der darin genannten Gebiete für die Werterhaltung in Kategorien, erarbeitet eine zeitweilige Arbeitsgruppe des Rates der Stadt, unter der Leitung des Stadtrates für Wohnungswirtschaft, Varianten und legt diese dem Rat der Stadt zur Entscheidung vor.

Inhalt der Varianten ist die Auswahl der Gebiete, die Festlegung der Reihenfolge der Maßnahmen, die Art der Maßnahmen und die Festlegung der Fließstrecken und dringender Punkterhaltungen.

Dabei werden folgende Zielstellungen verfolgt:

1. Entwicklung der Fließfertigung vorrangig in Gebieten mit wenig Schäden, wobei die Modernisierungsstufe 1 (Wasseranschluß und WC) auf jeden Fall, in Gründerbauten die Modernisierungsstufe 2 (Wasser, WC, Bad oder Dusche) realisiert werden.
2. Entwicklung kleiner Komplexe unter Anwendung der Fließfertigung mit Standortwechsel in Gebieten mit schlechtem Zustand.
3. Punkterhaltung im Zentrum an Gebäuden mit großen Schäden.

Innerhalb von zwei vereinfachten Arbeitsgängen erfolgte die Ausarbeitung der Varianten. Die unkomplizierte Arbeitsweise ist dabei bemerkenswert.

Der erste Arbeitstag umfaßt eine intensive Auswertung der Bauzustandkartei und erforderliche Grobbeurteilung an Ort und Stelle. Dieser folgt eine Bewertung des Baualters sowie des Zustandes mit Hilfe von Multiplikationsfaktoren und der sanitären Ausstattung. Mit diesem Arbeitsgang werden die territorialen Schwerpunkte ermittelt.

Im zweiten Arbeitsgang führt die Arbeitsgruppe, ergänzt durch die Gewerke-Mei-

ster des VEB Baureparaturen, eine Begehung der Gebäude in den Werterhaltungsschwerpunkten und -einzelobjekten durch. Dabei werden die Schäden ermittelt, aufgegliedert und in den Kosten eingeschätzt. Diese Kosteneinschätzung genügt bereits zur Mittel (Kredit-)-Bereitstellung seitens der Sparkasse, zur Kapazitätsbilanzierung und Aufgabenstellung für die Projektierung.

Noch nicht gelöst hingegen sei die Mitwirkung der Versorgungsbetriebe hinsichtlich der durch die Modernisierung ausgelösten Mehrbelastungen und somit notwendigen Rekonstruktionen und Verstärkungen der ingenieurtechnischen Netze.

Einen Weg zur rationellen Ermittlung von Kosten und Kapazitäten erläuterte Dipl.-Ing. Glanzer, Büro des Bezirksarchitekten Erfurt. Es handelt sich hierbei um „Die Repräsentantenmethode zur Ermittlung des Werterhaltungs- und Modernisierungsaufwandes in Wohngebieten", die von der Deutschen Bauakademie gemeinsam mit Forschungseinrichtungen der ČSSR erarbeitet wurde und bereits in den Städten Sömmerda, Sondershausen und Gotha zur Anwendung gelangte. Anhand der Bauzustandskartei und anderer Erhebungen sowie ergänzender örtlicher Berichtigungen wurden dabei Repräsentanten (Gebäude) mit gleichen Merkmalen eleminiert, die in der Folge durch projektmäßige Bearbeitung einen nahezu exakten Überblick über die, für ein Wohngebiet einzusetzenden Mittel und Kapazitäten geben.

Innerhalb der Diskussion gab Dipl.-Ing. Mende, Büro des Bezirksarchitekten Erfurt, einen Einblick in das Ergebnis der Repräsentantenermittlung für die Altstadt von Sondershausen und die Formen der tabellarischen wie karthographischen Auswertung.

In seinem Beitrag über „Die Analyse zum Baubestand sowie die Wechselwirkung zwischen Neubau und Aufwertung der Altbausubstanz im Rahmen des Generalbebauungsplanes des Bezirkes Erfurt" zeigte Dipl.-Ing. Schmidt, Büro des Bezirksarchitekten Erfurt, den Umfang der notwendigen Maßnahmen sowie die Möglichkeiten der Realisierung in den Fünfjahrplänen von 1971 bis 1975, 1976 bis 1980 und darüber hinaus im Bezirk Erfurt auf und stellte an den Schluß seiner Darlegungen folgende Forderungen:

- Innerhalb des Wohnungsneubaues, wie auch bei allen Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen muß eine hohe Qualität der Bauausführung erreicht werden, die den Instandhaltungsaufwand so niedrig hält, daß auf lange Jahre hinaus die Werterhaltungskapazität auf die übrige Altbausubstanz konzentriert werden kann;
- Bei der Rekonstruktion, speziell der Entkernung von Altbaugebieten, sollte man keine sterilen Lösungen suchen, sondern Wege finden, die den Lebenserfordernissen der in den Altbaugebieten wohnenden Menschen entsprechen;
- In den Altbaugebieten vorhandene funktionsfähige Produktionsstätten entfernen zu wollen ist weder notwendig noch möglich, wie die vergangenen Jahre trotz Meinung vieler Städteplaner bewiesen haben. Eine Umverlagerung störender Produktionen oder die Beseitigung der Störfaktoren ist der für lange Zeit anzustrebende Weg;
- Für die Umgestaltung der Städte im Sinne der intensiven Nutzung von Baulandflächen auf lange Sicht und erhaltenswerter Bausubstanz müssen spezielle Normative vorgegeben werden, da die extensive Erweiterung der Städte in der Regel immer kostengünstiger sei und somit kein Anreiz für eine Rekonstruktion gegeben ist, umgekehrt jedoch weiterhin landwirtschaftliche Nutzfläche für den Wohnungsneubau in Anspruch genommen wird.

Ing. Schwabe, stellvertretender Kreisbaudirektor Schmalkalden, berichtete über „Erfahrungen bei der Vorbereitung von Werterhaltungsmaßnahmen im Kreis Schmalkalden".

Bemerkenswert war seine Mitteilung, daß der Rat des Kreises Schmalkalden ab 1972 nach dem Modell des Kreises Zschopau arbeiten wird und der Rat des Kreises Schmalkalden das Prinzip des ausschließlichen Einsatzes der örtlichen Baukapazitäten und finanziellen Fonds, welche für die Werterhaltung und Modernisierung bestimmt sind, konsequent durchsetzen wird. Der zweite Tag des Erfahrungsaustausches läßt nachstehende Schlußfolgerungen für die verschiedenartigen Methoden der Vorbereitung von Umgestaltungs-, Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen des Wohnungsbaues zu:

- Alle Maßnahmen sind von einer langfristigen städtebaulichen Konzeption zur Umgestaltung und Rekonstruktion der jeweiligen Städte und Gemeinden sowie ihrer Zentren abzuleiten.
- Die Ermittlung der Werterhaltungs- und Modernisierungskomplexe sowie -objekte kann auf zwei Wegen erfolgen; erstens durch die des großen Reparaturbedarfes und der Dringlichkeit durch Befragung der Bevölkerung in Form der Aufforderung zur Anmeldung des Bedarfes. Dieser Weg ist für kleinere Orte eine vereinfachte und akzeptable Lösung; zweitens durch die Auswertung vorhandener Untersuchungsergebnisse (Bauzustandskartei, VBGWZ. u. a.) und Vergleich mit den Bedarfsanforderungen der Bevölkerung.
- Für die Ermittlung des Finanz- und Kapazitätsbedarfes sind ebenfalls verschiedene Wege gangbar; bei kurzfristigen Vorbereitungen die Experteneinschätzungen innerhalb von Objektbegehungen; bei langfristigen Vorbereitungen innerhalb homogener Wohngebiete die detaillierten städtebaulichen Untersuchungen einschließlich Grundrißlösungs-Vorschläge und innerhalb inhomogener Wohngebiete die Repräsentantenermittlung und -untersuchungen.
- Die Vorbereitungsarbeiten sind – da die städtebaulichen Planungskapazitäten für den notwendigen hohen Aufwand nicht ausreichend zur Verfügung stehen – prinzipiell in sozialistischen Arbeitsgemeinschaften mit spezialisierten Arbeitsgruppen zu lösen, wobei eine besonders enge Zusammenarbeit zwischen den Organen des Städtebaus, den Abteilungen Wohnungspolitik und den Erzeugnisgruppenleitbetrieben in den Kreisen und kreisfreien Städten organisiert werden muß.
- In die Vorbereitungsarbeiten sind die Versorgungsbetriebe (Wasser, Abwasser, Elektrotechnik, Gas, Fernwärme, Fernmeldewesen), die zuständigen Organe des Straßenwesens, die Wohngebietsausschüsse der Nationalen Front und zuständigen Partnerbetriebe einzubeziehen ,um einmal die notwendigen Maßnahmen der ingenieurtechnischen Versorgung sowie des Straßenwesens zu sichern und die aktive Beteiligung der Bevölkerung und Betriebe und Genossenschaften bei der Durchführung der Maßnahmen zu erwirken.

Im Sinne dieser Schlußfolgerungen wurde der vierte und fünfte Tag des Lehrganges in Form des Entwurfsseminars für die Umgestaltung der Altstadt von Arnstadt genutzt. Fünf Arbeitsgruppen legten im Ergebnis städtebauliche Modelle im Maßstab 1 : 1000 vor, die als Lösungsvarianten eine Fülle von Anregungen über die künftige Innenstadtgestaltung vermittelten. Sie werden dem Rat des Kreises Arnstadt vorgelegt und anschließend in einer zusammenfassenden Vorzugsvariante ihren Niederschlag finden.

Die Aktualität des gelungenen Lehrganges wurde durch den in der gleichen Woche gefaßten Beschluß des Ministerrates zur Werterhaltung älterer Wohnungen unterstrichen.

Es wurde von den Lehrgangsteilnehmern vorgeschlagen, das vermittelte Wissen durch Beiträge von Projektierungs- und Baubetrieben über realisierte Vorhaben zu ergänzen.

Kurt Weinrich

Seminar „Architektur und bildende Kunst" im Bezirk Schwerin

Mehrere Architekten der Bezirksgruppe Schwerin des BdA/DDR nahmen an einem dreitägigen Seminar in Hundorf am Schweriner See teil, das der Verband bildender Künstler im Rahmen seines Bildungsplanes im September 1971 durchführte.

Durch das Baugeschehen im Bezirk Schwerin, das sich in den nächsten Jahren weiter entwickeln wird, sand auch den Künstlern große Aufgaben gestellt, die in den Rahmen der komplexen Umweltgestaltung einzuordnen sind. Eine Weiterbildung im Sinne der Bildung von sozialistischen Persönlichkeiten, ein Austausch über Probleme der bildenden Kunst mit Funktionären der Partei und des Staatsapparates und im eigenen Kollegenkreis ist daher von Zeit zu Zeit nötig und für die Arbeit äußerst nützlich und befruchtend.

Besonders begrüßt wurde es, daß sich der Schweriner Oberbürgermeister Horst Pietsch, der Sekretär der Bezirksleitung der SED, Ernst Parchmann und der Leiter der Abteilung Kultur beim Rat des Bezirkes Dr. Hans Strutz für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung stellten, die zu einem regen Gedankenaustausch führten und die aktuellen Probleme einer Klärung näher brachten. Auch eine Delegation der Bezirksgruppe Rostock des VBK/DDR nahm am ersten Tag an den Veranstaltungen teil und Joachim Jastram sagte zu Lichtbildern Grundsätzliches über Gestaltungsfragen.

Es ging bei den Vorträgen im wesentlichen um die Weiterentwicklung des Kultur- und Kunstprozesses im Bezirk Schwerin auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitages, die dazu erforderliche Leitungstätigkeit und die Abwicklung der künstlerischen Arbeiten von der ideologisch-thematischen Vorgabe des gesellschaftlichen Auftraggebers bis zur Fertigstellung eines Kunstwerkes.

Der Prozeß der Gestaltung eines Werkes der bildenden Kunst zieht sich oft über Jahre hinaus, besonders, wenn es sich um baugebundene Kunst oder um Bildhauerarbeiten handelt.

Dadurch, daß sich das Baugeschehen in Schwerin gleichzeitig auf die Fertigstellung des Wohngebietes Lankow, auf die Baumaßnahmen in der Weststadt, den Beginn der Bebauung auf dem Großen Dreesch und den Industriekomplex Schwerin-Süd sowie auf Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen in der Altstadt erstreckt, wachsen auch die von den Künstlern zu bewältigenden Aufgaben, und es bedarf auch hier einer gewissen Rationalisierung, um die vielfältigen Erfordernisse angemessen befriedigen zu können.

Dazu kommen noch die Vorbereitungen der 7. Deutschen Kunstausstellung und die Arbeiterfestspiele, die 1972 im Bezirk Schwerin durchgeführt werden. Grund genug also, um sich über die anstehenden Probleme Klarheit zu verschaffen und gemeinsam über sie zu beraten.

In das Seminar eingeschlossen waren aber auch Arbeitsgespräche über Bilder, Grafik und Plastiken, an denen die Künstler zur Zeit arbeiten. Es wurde mit Anregungen und helfender Kritik und fundierten Einschätzungen nicht gespart, so daß sich für alle Beteiligten eine Bereicherung als Grundlage für die weitere schöpferische Arbeit ergab. Das betonte auch der Vorsitzende der Bezirksgruppe Schwerin des Verbandes Bildender Künstler der DDR, Karlheinz Effenberger in seiner abschließenden Zusammenfassung der Ergebnisse dieses interessanten, fördernden Seminars. H. Handorf, Architekt BdA

Über die Arbeit der Arbeitsgruppe „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau" im Jahre 1971

Im Rahmen der ZFG „Städtebau" des BdA der DDR ist seit Mai 1970 die Ständige AG „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau" unter Leitung von Dr.-Ing. Schlesier tätig.

Schwerpunkte der Arbeit im Jahre 1971 waren:

- Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Fachtagung „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau" im Juni 1971 in Halle,
- Mitwirkung als berufene Experten bei der Verteidigung von Forschungsergebnissen,
- Abstimmung und Koordinierung mit zentralen Institutionen zu Problemen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation.

Wichtigstes Ereignis war die Fachtagung „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau", an der über 150 Kollegen aus verschiedenen Fachbereichen teilnahmen. Hauptanliegen war es, ausgehend von der objektiven Notwendigkeit zur Anwendung von Erkenntnissen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation zur Rationalisierung der Arbeitsprozesse in der städtebaulichen Planung, Aufgaben und Rolle des Bundes als gesellschaftliche Organisation sowie als Fachverband der Architekten und Städtebauer bei der Rationalisierung dieser Aufgabe zu formulieren. Die Tagung gab einen ersten umfassenden Überblick über den bisher erreichten Stand der Anwendung rationeller Verfahren und Methoden und der Entwicklung von Modellsystemen.

Die in der Entschließung formulierten Grundsätze und Ziele sollen in konkrete Aufgabenstellungen umgesetzt werden, um damit einen wirksamen Beitrag zur Lösung der an den Städtebau im Fünfjahrplanzeitraum und darüber hinaus gestellten Anforderungen zu leisten. Dementsprechend wurden die neuen Aufgaben der Arbeitsgruppe für 1972 festgelegt:

- Vorschläge für eine einheitliche Konzeption zur Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im Städtebau,
- Realisierung dieser Konzeption im Zeitraum bis 1975 und darüber hinaus im Zusammenhang mit der Richtlinie für Generalbebauungsplanung der Bezirke und Städte und dem Modellsystem GBP,
- Schlußfolgerungen für die Aus- und Weiterbildung. Bernd Maisel

Standardisierung

Am 1. Juli 1970 wurde der DDR-Standard, TGL 14 905, **Schweißnahtvorbereitung**; Fugenformen für Stahl, in der Ausgabe Dezember 1969 mit internationalem Charakter verbindlich.

Am 1. Januar 1972 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 11 457, **Baugrunduntersuchungen; Umfang und Auswahl von Aufschlüssen**, in der Ausgabe Juni 1971 verbindlich. Der Standard erklärt fünf Begriffe und enthält neun Grundsätze sowie die Festlegungen zur Art und Anwendung der Aufschlüsse und Aufschlußverfahren und zum Umfang der Aufschlüsse.

Am 1. Januar 1972 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 11 461 **Baugrundmechanik; Prüfungen im Feld**, mit Blatt 5, Pfahlprobebelastungen und Blatt 8, Sondierungen mit radiometrischer Tiefensonde, in der Ausgabe Juni 1971 verbindlich. Blatt 5 erklärt drei Begriffe und enthält die Voraussetzungen für die Prüfung, die Prüfeinrichtung, die Durchführung der Prüfung und die Auswertung der Prüfung. Blatt 8 enthält Einzelheiten zur Anwendung, zu den Schutzmaßnahmen, dem Aufbau und der Wirkungsweise, dem Prüfverfahren und der Kalibrierung.

Am 1. April 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 21 093, Blatt 4, **Prüfung des Frischbetons**; Rohdichte, Mischungsanalyse in der Ausgabe Dezember 1970 verbindlich.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 21 856, Blatt 1 **Dachdeckenelemente; Dachdeckenplatte aus Stahlbeton**; eben, Systemlänge 6000 mm, in der Ausgabe Februar 1971 verbindlich. Die Einzelheiten betreffen den Begriff, das Sortiment, technische Forderungen, Prüfung, Kennzeichnung, Lagerung und Transport.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 22 738, Blatt 1, **Trockenhaltung von Baugruben**; Wasserhaltungen, in der Ausgabe Dezember 1970 verbindlich. Die Einzelheiten beziehen sich auf vier Begriffe, Anwendungsbereiche der Verfahren, technische Forderungen und die Prüfung.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 22 769, **Druckrohrleitungen der Wasserversorgung**; Grundsätze für die Projektierung mit Blatt 3, Rohrwerkstoffe, hydraulische Berechnungen und Blatt 5, Rohrleitungsstationen, Funktionen und Ausrüstungen in der Ausgabe Januar 1971 verbindlich.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard, TGL 6466, Blatt 2, Meliorationen; Bewässerung von landwirtschaftlichen Nutzflächen, **Grundsätze für die Projektierung von Staubewässerungsanlagen**, in der Ausgabe Dezember 1970 verbindlich. Der Standard erklärt elf Begriffe und enthält die Festlegungen zu den Vorarbeiten für die Projektierung, technischen Grundsätze sowie die technologischen Forderungen des Betriebes und der Instandhaltung an die Projektierung.

Am 1. Oktober 1970 wurde der Fachbereichstandard, TGL 13 493, **Leichtmetallbau; Leichtmetalltragwerke**, Herstellung und Abnahme, Vorläufige Richtlinie, in der Ausgabe Juni 1970 verbindlich, die nachträgliche Änderungen erfahren hat. 22 Bilder und 13 Tabellen erleichtern die Handhabung dieses Standards mit 64 Seiten Umfang. Die Norm ist in zwei Teile gegliedert und enthält im Teil „Herstellung" Einzelheiten zu den technischen Unterlagen, Werkstoffen, Materialfehlern, der Bearbeitung der Bauteile, dem Zusammenbau der Einzelteile, den Schraub- und Nietverbindungen sowie den Schweißverbindungen. Im nachfolgenden Teil „Lagerung und Transport" sind auch Festlegungen zur Verpackung getroffen worden.

Am 1. März 1971 wurde der Fachbereichstandard, TGL 15 527, **Baumaschinen; Vibrationswalzen**, Technische Lieferbedingungen, verbindlich. Die Einzelheiten dieses Standards mit internationalem Charakter betreffen Bestellangaben, Betriebsbedingungen, technische Forderungen, Inbetriebnahme, Einlauf der Vibrationswalzen, Prüfung, Kennzeichnung, Bedienung und Wartung, Lieferumfang, Verpackung und Transport.

Am 1. Januar 1971 wurde der Fachbereichstandard, TGL 21 234, **Bituminöse Bautenschutzstoffe**; Klebstoffe, heiß zu verarbeiten, in der Ausgabe September 1970 verbindlich. Die Einzelheiten betreffen den Begriff, Sorten und Bezeichnung, technische Forderungen, Prüfung, Kennzeichnung, Verpackung, Transport und Lagerung. -er.

Rechtsnormen

Durch die Bekanntmachung vom 10. Mai 1971 (VOBl. Nr. 12 S. 94) wurden die Grundsätze für die **Planung, Leitung und Durchführung des einheitlichen Prozesses städtebaulich-architektonischer und bildkünstlerischer Gestaltung der Hauptstadt** der Deutschen Demokratischen Republik – **Berlin** – vom 14. Oktober 1970 veröffentlicht, die die Abgrenzung und Zuordnung der Verantwortlichkeiten des Magistrats von Groß-Berlin, des Bezirksbauamtes, Bereich Städtebau und Architektur, der Hauptauftraggeber, Generalauftragnehmer, der Räte der Stadtbezirke und die Bestätigung der Vorhaben durch den Magistrat einschließlich der Phasen der Investitionsvorbereitung und -durchführung sowie die Finanzierung regelt.

Durch die Bekanntmachung vom 10. Mai 1971 (VOBl. Nr. 12 S. 97) wurde die Ordnung über die **Stellung, Aufgaben und Arbeitsweise des Beirates für Stadtgestaltung und bildende Kunst** beim Magistrat **von Groß-Berlin** vom 14. Oktober 1970 veröffentlicht, die auch die Zusammenarbeit regelt.

Nach dem Beschluß Nr. 88/70 der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin über den **Haushaltsplan** 1970 der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik – Berlin – vom 12. Januar 1970 (VOBl. Nr. 4 S. 26) ist das Bauwesen mit 75,2 Millionen Mark an der Bildung eigener Fonds in den VE Kombinaten und wirtschaftsleitenden Organen in Höhe von insgesamt 186,7 Millionen Mark aus Gewinnen beteiligt. 50 Prozent der aus dem Zahlenlotto und der Berliner Bärenlotterie zufließenden Mittel werden für den Wohnungsneubau verwendet. Die verbleibenden 50 Prozent werden schwerpunktmäßig zur Entwicklung des Berliner Naherholungswesens, besonders zum Ausbau des Zentrums Nord in Pankow und zur Erweiterung des Gebietes in Köpenick eingesetzt. 8,3 Millionen Mark werden zur Unterstützung des Aufbaus im Stadtzentrum und zur Instandsetzung von Ehrenmalen als Finanzierung planmäßiger Aufgaben in Höhe von insgesamt 27,2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. In dieser Gesamtsumme sind 1,7 Millionen Mark zur Beseitigung bauphysikalischer Mängel an Wohnhäusern enthalten. Die Finanzierung der Investitionen einschließlich des Wohnungsneubaus erfolgt in Höhe von 1 009,36 Millionen Mark. Die Finanzierungsquellen setzen sich aus eigenen Mitteln der volkseigenen Betriebe und der übergeordneten wirtschaftsleitenden Organe, verzinslichen Krediten, die aus eigenen Mitteln zu tilgen sind, Haushaltsmitteln und sonstigen Finanzierungsquellen wie Obligationen u. a. zusammen. Für die Erhaltung des Wohnungsbestandes einschließlich Um- und Ausbau wurden insgesamt 187 581 Millionen Mark geplant, die sich aus Eigenmitteln, Krediten und Mitteln der VEB KWV zusammensetzen.

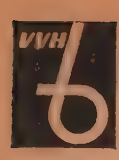
Mit Wirkung vom 1. Januar 1971 trat die Anordnung über **Abschlagszahlungen für unvollendete Investitionsleistungen** vom 10. März 1971 (GBl. II Nr. 32 S. 264) in Kraft, die für Vorhaben und Objekte mit mehr als 12 Monaten Bauzeit gilt. Die Anordnung Nr. 2 hierzu vom 21. Juni 1971 (GBl. II Nr. 53 S. 460) trat am 2. Juli 1971 in Kraft.

Am 1. Januar 1971 trat die Anordnung über die **Umbewertung der Grundmittel der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung** und VEB Gebäudewirtschaft vom 24. Februar 1971 (GBl. I Nr. 34 S. 277) in Kraft.

Am 2. April 1971 trat die Anordnung über die Anwendung der **Gebrauchswert-Kosten-Analyse** vom 17. März 1971 (GBl. II Nr. 35 S. 285) in Kraft, die für alle volkseigenen Betriebe, Kombinate und Vereinigungen im Bauwesen obligatorisch anzuwenden ist und Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks sowie privaten Betrieben empfohlen wird.

Nach § 1 der Anordnung Nr. 4, zur **Regulierung von Preisausgleichen bei Lieferungen und Leistungen an Betriebe der Landwirtschaft** nach Einführung der **Industriepreise der 3. Etappe der Industriepreisreform** – 4. Preisangleichsanordnung Landwirtschaft – vom 12. März 1971 (GBl. II Nr. 37 S. 302) werden Ausgleichszahlungen für nutzungsfähige Bauvorhaben oder Teilobjekte unter bestimmten Voraussetzungen mit Wirkung vom 1. Januar 1971 gewährt.

Am 1. April 1971 trat die Arbeitsschutzanordnung 341 – **Gleitbauverfahren** – vom 12. Januar 1971 (GBl. Sonderdruck Nr. 691) in Kraft. -er.



Information der VVH Baumaterialien

Fenster mit neuen Eigenschaften

Von der VVB Bauelemente und Faserbaustoffe Leipzig, Erzeugnisgruppe Fenster, wurden zwei neue Fenstertypen entwickelt und auf den Markt gebracht.

Um die Forderungen der Bauindustrie nach Fenstern mit hohen Gebrauchswerteigenschaften zu erfüllen, produziert der VEB Holzbaukombinat Mitte, Hennigsdorf, plastummantelte Fenster aus Holz mit Thermoscheiben und der VEB Holzbau Sebnitz „Arno Grohmann" PVC-Vollplastfenster mit Thermoscheiben.

Gegenüber den herkömmlichen Holzfenstern mit Thermoverglasung stellt das wartungsarme plastummantelte Holzfenster eine neue Qualität dar. Das PVC-Vollplastfenster aus Sebnitz besitzt gute Wärmedämmeigenschaften und ist ebenfalls wartungsarm.

Plastmantelfenster – Hennigsdorf

Der PVC-Mantel des Fensters hat eine homogene, glatte, glänzende, weiße Oberfläche und eine Stärke von 1,5 mm. Der Mantel ist ausreichend, um Temperatur- und Witterungseinflüsse sowie mechanische Beschädigungen in normalem Umfang auszuschalten. Die Fenster sind für Gebäude bis zu neun Vollgeschossen oder bis zu einer Gebäudehöhe von 28 m geeignet und können bei Oberflächentemperaturen von –30 °C und + 60 °C eingesetzt werden.
Die Plastmantelfenster werden in allen gebräuchlichen Maßen hergestellt.

HFT	PM	6,0 × 13,5
HFT	PM	7,5 × 13,5
HFT	PM	9,0 × 13,5
HFT	PM	10,5 × 13,5
HFT	PM	6,0 × 15,0
HFT	PM	7,5 × 15,0
HFT	PM	9,0 × 15,0
HFT	PM	10,5 × 15,0
HFTT	PM	7,5 × 22,5
HFTT	PM	6,0 × 22,5
HFTT		7,5 × 21,5

(7,5 × 22,5 und 6,0 × 22,5 als Festverglasung)

Plastmantelfenster einflügelig oder gereiht werden mit äußerer Anschlagleiste versehen ausgeliefert.
Diese Fenster können gereiht (ohne Fenstertür) bis zu einer Breite von maximal 2400 mm vom Herstellerbetrieb geliefert werden.

Das für die Ummantelung der Profile verwendete Material „PVC-schlagzäh" ist ein homogener Werkstoff, der eine einheitlich durchgehende gleichmäßige Einfärbung zuläßt. Es werden nur weiße Fenster ausgeliefert. Für die Fenstertüren ist eine Sprosse aus Aluminium vorgesehen. Die Fensterflügel sind mit einem Universal-Drehbeschlag des VEB Kombinat Schlösser und Beschläge Döbeln, Werk Elsterwerda, versehen. Ab 1. 1. 1973 ist bei bestimmten Fenstertypen auch eine Lieferung mit Kipp-Dreh-Beschlägen möglich.

Qualität und Ausführung entsprechen dem Werkstandard BAS „Fenster aus Holz", Plastummantelt (PVC), Technische Lieferbedingungen, Geltungsbereich VEB Holzbaukombinat Mitte Hennigsdorf, Werk I.
Gegenüber dem herkömmlichen Holzfenster weist das plastummantelte Fenster höhere Gebrauchswerteigenschaften auf. Es ist pflegearm und die Oberfläche des PVC-Mantels ist wartungsfrei.

Im Preis ist das Anbringen der Anschlagleiste einschließlich Fugenabdichtung mit dauerelastischem Kitt einbegriffen.

Das Reihen zu mehrteiligen Elementen bis zu maximal 2400 mm Gesamtbreite einschließlich Abdichtung der Fugen mit dauerelastischem Kitt wird ermöglicht, und die waagerechte innere Abdeckleiste wird für gereihte Fenster als durchgehende Leiste mitgeliefert.
Konstruktionsänderungen im Zuge der technischen Weiterentwicklung sind vorbehalten.

■ Hinweise für Transport, Lagerung und Behandlung

Die Fenster dürfen nur aufrecht (in Einbaulage), gegen Verschiebungen und Beschädigungen gesichert, transportiert und gelagert werden.

Sie sind gegen Witterungseinflüsse, Verschmutzungen sowie gegenseitige Berührung zu schützen, um jegliche mechanische Beschädigungen an den Oberflächenummantelungen zu vermeiden. Bei der Lagerung sind diese Fenster gegen Spritzwasser und aufsteigende Bodenfeuchtigkeit zu schützen. Sie sind deshalb in allseitig geschlossenen, mit festem Untergrund versehenen Räumen zu lagern.

Der Einbau darf erst erfolgen, wenn sämtliche Mörtel- und Betonarbeiten in der Nähe der Fensteröffnungen abgeschlossen sind. Die Fenster dürfen nicht in das Betonelement gegossen und bedämpft werden, sondern sind nur in abgebundene und trockene Betonelemente einzusetzen.
Leichte Kratzer in der PVC-Schicht lassen sich mit dem Lösungsmittel „Methylenchlorid" beseitigen. Tiefergehende Kratzer kann man mit einer Ziehklinge glätten und dann mit Lösungsmittel behandeln.
Fast alle Verschmutzungen können mit nachstehenden Reinigungsmethoden beseitigt werden:

- Mit Holz- oder Plastspachtel schiebt man Dispersionsfarbspritzen, Leinölkitte, Nitrolacke bzw. -polituren und Ölfarben ab, anschließend trocknen und nachreiben.
- Mit Reinigungsbenzin entfernt man Bitumen, organische Fette, Heizöl, Holzimprägnierungsmittel, Komponentenkleben, Kitte, Leime, Ölfarben, Pech, Ruß und Wachse (Bohnerwachse, Keron).
- Äthylacetat reinigt das plastummantelte Fenster von Öl- und Lacken.

Alle anderen Verschmutzungen sind mit Wasser oder Seifenlauge zu beseitigen.

PVC-Vollplastfenster – Sebnitz

Das PVC-Fenster „System Baufa" hat einen geringen Luftdurchgang, der sich positiv auf die Wasserdichtheit, Schalldämmung und Wärmedämmung auswirkt.

Durch das Lippendichtungssystem entsteht eine hervorragende Fugendichtheit.
Das Fenster ist aus extrudierten Hohlprofilen aufgebaut, die eine Wanddicke von 3,5 und 4 mm besitzen. Die stabile Eckverbindung der Profile wird durch Stumpfschweißen erreicht.
Das Fenstersystem Baufa besteht aus folgenden Profilen:

- Blendrahmenprofil
- Flügelrahmenprofil
- Glasleistenprofil
- Abdeckleistenprofil.

Diese Profile erlauben es, alle einflügeligen Fenster nach TGL 22 880 Bl. 1 zu fertigen.
Möglich sind noch nachstehend aufgeführte Sonderausführungen:

- Zweiflügeliges Fenster, Flügelgröße nach TGL 22 880 Bl. 1
Blendrahmenprofil als Mittelpfosten
- Fenster mit Kämpfer, Flügelgröße nach TGL 22 880 Bl. 1
Blendrahmenprofil als Kämpfer.

Für hohe Windbelastungen (z. B. Hochhausfenster) und bei großen Fensterabmessungen können die Plasthohlprofile durch Stahlprofile armiert werden. Hervorzuheben ist der geringe Materialaufwand an PVC-schlagzäh bei ausreichenden Festigkeiten der Profile.

Die Funktionsfuge ist auf der Innenseite des Fensters sichtbar (4 bis 5 mm breit). Außen wird sie durch den festen Anschlag verdeckt.

Innerhalb der Funktionsfuge befindet sich die Lippendichtung, die durch den Wasserstauraum, die Ablaufkammern, das Lippendichtungsprofil und den Lippenanschlag gebildet wird.

Zur Abdichtung gegenüber Wasser dient der feste Anschlag. Eventuell über den Anschlag eindringendes Wasser wird im Wasserstauraum aufgefangen und über die Ablaufkammern nach außen abgeleitet. Die Lippendichtung hingegen dient der Abdichtung gegenüber Luft.

Das Fenster erhält eine Thermoverglasung, wobei das Flügelrahmenprofil als Abstandhalter dient. Durch den gewählten Scheibenabstand von 33 mm wird ein Optimum an Schall- und Wärmedämmung erreicht.

Unterschiedliche Glasscheibendicken tragen weiter zur Verbesserung der Schalldämmung bei. Für die Verglasung wird dauerelastischer Kitt verwendet, so daß der durch die Scheiben gebildete Innenraum hermetisch gegenüber der Außenluft abgeschlossen ist. Ein Entfeuchtungsmittel sorgt dafür, daß die Scheiben im Innenraum nicht beschlagen.

Das Plastfenster ist mit neu entwickelten Beschlägen ausgerüstet. Die Beschläge werden mit Schraubenverbindungen, die weitgehend verdeckt sind, befestigt. Untersuchungen haben ergeben, daß für PVC-schlagzäh die selbstschneidenden Blechschrauben den höchsten Schraubenausziehwiderstand besitzen.

Das Blendrahmenprofil, das Flügelrahmenprofil und das Glasleistenprofil werden aus dem neu entwickelten Werkstoff PVC-schlagzäh hergestellt.

PVC-schlagzäh ist ein weichmacherfreies PVC mit Anteilen chlorierter Polyolefine. Es ist schwer entflammbar und enthält keine Kohlenstoff-Doppelbindung und besitzt dadurch gute Alterungs-, Witterungs- und Lichtbeständigkeit.

Die Fenster können in einem Temperaturbereich von –30 °C bis +50 °C eingesetzt werden und halten kurzzeitig einer einseitigen Oberflächentemperatur von max. +70 °C stand.

Die Feuchtigkeits- und Chemikalienbeständigkeit der Plastfenster ermöglicht den Einbau der Fenster in Gebäuden, die der Feuchtigkeit ausgesetzt sind.

Außerdem greifen Kalk- und Zementputz die Oberfläche nicht an.

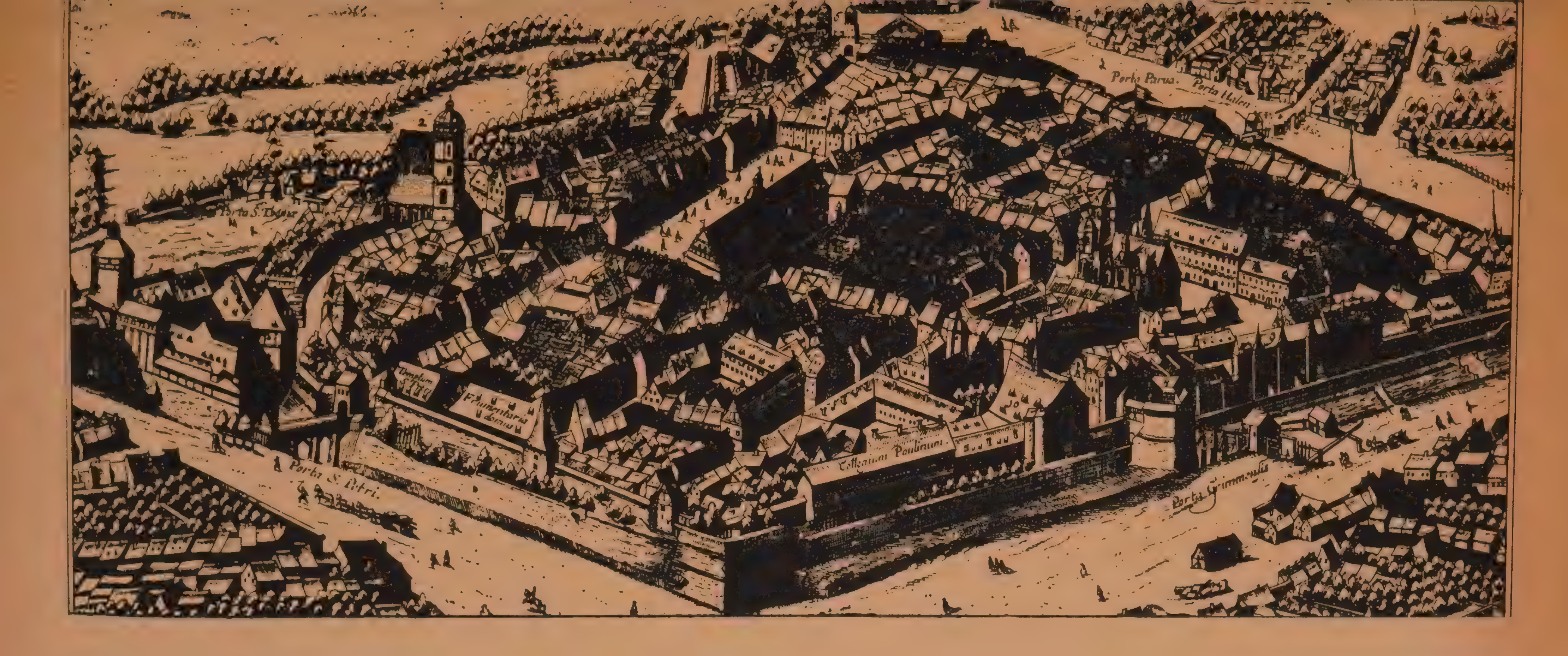
Der Fensterhersteller liefert das komplette Fenster mit Zubehör, außer Sohlbankabdeckung, gekröpfte Flacheisen, Schrauben zur Befestigung der Flacheisen und Dichtungsmittel.

Vom Hersteller werden gegenwärtig nur einflügelige Fenster in den Maßen 7,5 × 13,5; 15,0 × 13,5; 7,5 × 12,0; 9,0 × 12,0; 10,5 × 12,0; 7,5 × 13,5 und 10,5 × 13,5 mm produziert.

Die vorgenannten Fenstertypen besitzen gegenüber dem herkömmlichen Holzfenster sehr große Vorteile. Deshalb werden beide Fenstertypen in das Angebot für die Bauindustrie und die Bevölkerung aufgenommen, um den Kunden qualitativ hochwertige Erzeugnisse anzubieten.

Anfragen zu weiteren Details sowie Bezugswünsche werden grundsätzlich an den territorial zuständigen VEB Baustoffversorgung gerichtet und von diesem individuell beantwortet.

Gernot Schmidt, Irene Wolf



März 1972

Montag		6	13	20	27
Dienstag		7	14	21	28
Mittwoch	1	8	15	22	29
Donnerstag	2	9	16	23	30
Freitag	3	10	17	24	31
Sonnabend	4	11	18	25	
Sonntag	5	12	19	26	

1. März Tag der Nationalen Volksarmee
3. März 1792 Robert Adam (englischer Architekt) gest.
5. März 1871 Rosa Luxemburg geb.
6. März 1752 Johann Christoph Knöttel (deutscher Architekt) gest.
8. März Internationaler Frauentag
11. März 1894 Otto Grotewohl geb.
12. bis 21. März Leipziger Messe
14. März 1883 Karl Marx gest.
18. März 1852 Albrecht Haupt (deutscher Architekt) geb.
20. März Frühlingsanfang
22. März 1832 Johann Wolfgang von Goethe gest.
23. bis 24. März Seminar der ZFG „Rekonstruktion" des BdA der DDR zum Thema „Rekonstruktion von Altbaugebieten" in Halle.
31. März Karfreitag

Leipzig hat den Namen von Liptz/welches in alt Sächsischer Sprach ein Lindenbaum heist/vnd ist anfencklich allein ein schlechtes Dörfflein gewesen/mit der aber zu gegenwertiger Herrlichkeit erwachsen. Ligt an zweyen Wassern/nemlich der Elster vnd der Pleiß/so allda zu samen fließen. Das erst vnd meiste Auffnemen hat sie aber gehabt von dem Saltz vnd den anderen Waaren/welche durch dieses Dorff heuffig geführet/ auch zum theil allda nidergelegt wurden.

Ein Zeit ist ein vom Adel/Leonhart genannt/gen Leipzig kommen/vm nach seinem Vetter/der daselbst studirte/gefragt/wie es jm gienge/vnd ob er fleissig studirte. Darauff jm ein anderer Student geantwortet: Er hielte sich gar wol. Dan vnter 1500 Studenten were keiner/der bessern bescheid thun/oder auff gut Teutsch zu sagen/besser sauffen köndte.

Lipsiae Insignis Saxoniae urbis et celeberrimi Emporij vera Effigies. Anno M. DC. XVII.

Kurzfassung

Содержание

KB 322.1/.4 323.1 DK 711.2

Siegel, H.

Zur städtebaulichen Planung der Messestadt Leipzig 70

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, S. 70 bis 75, 5 Pläne, 5 Abbildungen, 1 Schema

Die Messestadt Leipzig ist mit fast 600 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der DDR. Für die Entwicklung der Stadt in den kommenden Jahrzehnten wurden ein Generalbebauungsplan, ein Generalverkehrsplan und ein Generalplan der technischen Versorgung ausgearbeitet. Dabei wurde ein mögliches Wachsen der Stadt bis auf 1 Million Einwohner in Rechnung gestellt. Der Beitrag behandelt insbesondere die Entwicklung der Stadtstruktur, die Stadtkomposition, die Entwicklung von Standorten des Wohnens und des Arbeitens und Fragen der Verkehrsplanung.

УДК 711.2

Siegel, H.

О градостроительном планировании Лейпцига, города ярмарок

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 2, стр. 70 до 75, 5 планов, 5 илл., 1 схема

Имея почти 600 000 жителей, город ярмарок Лейпциг является вторым по величине городом в ГДР. Выработаны генеральные планы застройки, транспорта и технического обеспечения для развития города в ближайших десятилетиях. При этом учтен возможный рост населения города до 1 млн. жителей. В статье обсуждены прежде всего развитие городской структуры, композиция города, развитие мест жилья и приложения труда и вопросы планирования движения.

KB 323.2 DK 728.1:333.0134.4:351.778.5

Geißler, W.; Schulze, J.

Zur Standortplanung des komplexen Wohnungsbaus für den Fünfjahrplanzeitraum von 1971 bis 1975 76

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, S. 76 bis 80, 7 Pläne, 5 Schemata

Die Standortplanung für den komplexen Wohnungsbau der Stadt Leipzig basiert auf den 1970 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Generalplänen für Bebauung, Verkehr und technische Versorgung bis 1980. Auf der Grundlage dieser Generalpläne werden für den Zeitraum bis 1975 Standortangebote für etwa 20 000 Wohnungseinheiten und in Verbindung mit dem Wohnungsbau für 10 000 Internatsplätze erarbeitet. Für die Etappe von 1976 bis 1980 wird eine Größenordnung von etwa 25 000 bis 30 000 Wohneinheiten angenommen.

УДК 728.1:333.4:351.778.5

Geißler, W.; Schulze, J.

О планировании местонахождений комплексного жилищного строительства на период пятилетнего плана от 1971 до 1975 гг.

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 2, стр. 76 до 80, 7 планов, 5 схем

Планирование местонахождений комплексного жилищного строительства города Лейпцига основано на принятые собранием членов городского муниципального совета в 1970 г. генеральные планы застройки, движения и технического обеспечения до 1980 г. На основе этих генеральных планов разрабатываются предложения местонахождений для ок. 20 000 жилищных единиц и, в связи с жилищным строительством, для 10'000 мест в общежитиях до 1975 г. Предложены жилищных единиц в порядке 25 000 до 30 000 для периода от 1976 до 1980 гг.

KB 323.23 DK 711.58(-201)

Müller, W.; Scheibe, W.

Wohnkomplex Leipzig, Straße des 18. Oktober 82

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, S. 82 bis 85, 1 Plan, 1 Schaubild, 3 Abbildungen

Das Gebiet um die Straße des 18. Oktober wurde als Gelände für die Errichtung eines Wohnkomplexes mit gesellschaftlichen und übergeordneten Einrichtungen bestimmt. Das Programm für den Wohnkomplex sieht bis 1975 unter anderem den Bau von 2156 WE, zwei Internatskomplexen, einem Wohnkomplexzeitraum und zwei Schulen vor. Ferner sind Sportanlagen, Sozialgebäude und Kindereinrichtungen vorgesehen. Die Freiflächen des Wohngebietes werden als Kinderspielplätze und Erholungsanlagen genutzt.
Dieser Wohnkomplex ist städtebaulich ein Bindeglied zwischen Stadtzentrum und Technischer Messe.

УДК 711.58(—201)

Müller, W.; Scheibe, W.

Комплекс жилья в Лейпциге, на улице Штрассе дес 18. Октобер

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 2, стр. 82 до 85, 1 пган, 1 диаграмма, 3 илл.

Область вблизи улицы 18-го Октября намечена как территория возведения комплекса жилья, включающего общественные и центральные устройства. Программа для этого комплекса предусматривает, между прочим, строительство 2156 жилищных единиц, двух комплексов общежитий, одного центра комплекса и двух школ до 1975 г. Незастроенные площадки жилого района будут использоваться в качестве площадок для игр детей и для отдыха. С градостроительной точки зрения указанный комплекс является связующим звеном между центром города и территорией технической выставки.

KB 622.2+622.1 DK 727.1+727.111+725.573

Matthes, D.

Kindereinrichtungen und Schulen 86

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, S. 86 bis 91, 12 Abbildungen, 3 Schnitte, 8 Grundrisse, 1 Übersichtsskizze, 1 Lageplan

Die Direktive zum Fünfjahrplan sieht den Neubau und die Rekonstruktion einer hohen Zahl von Kindereinrichtungen und Schulen vor. Vor der Bauindustrie des Bezirkes Leipzig stehen bis 1975 folgende Aufgaben: Schaffung von 5000 bis 7000 Kindergartenplätzen, von 2600 bis 3400 Kinderkrippenplätzen und 1100 bis 1150 Unterrichtsräumen einschließlich der Nachfolgeeinrichtung.
Die Lösung dieser großen Aufgaben verlangt die komplexe Rekonstruktion wesentlicher Teile der Altbausubstanz und setzt bei allen Beteiligten ein hohes Maß an Verantwortung, Effektivität und sozialistischer Gemeinschaftsarbeit voraus.

УДК 727.1+727.111+725.573

Matthes, D.

Детские устройства и школы

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 2, стр. 86 до 91, 12 илл., 3 чертежа в разрезе, 8 гориз. проекций, 1 обзорная схема, 1 план расположения

Директива о пятилетнем плане предусматривает новое строительство и реконструкцию большого числа устройств для детей и школ. Стоящие перед строительной промышленностью округа Лейпцига до 1975 г. задачи включают: Создание 5 000 до 7 000 мест на детских садах, 2 600 до 3 400 мест на яслях и 1 100 до 1 150 помещений обучения с побочными устройствами. Решение этих важных задач требует комплексной реконструкции значительной части старых фондов и предполагает высокую степень ответственности, эффективности и социалистического сотрудничества у всех участвующих.

KB 626.4.023 DK 725.23.011.2

Skoda, R.

Betriebsgebäude des VEB Kombinat Robotron in Leipzig 96

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, S. 96 bis 100, 9 Abbildungen

Dieses neue Gebäude im Zentrum von Leipzig dient der Aus- und Weiterbildung der Kader für die elektronische Datenverarbeitung. Es liegt zentral am Stadtzentrum, hat eine günstige Verkehrslage und ließ sich gut an das stadttechnische Versorgungsnetz anschließen.
Der schlechte Baugrund – relativ hoher Grundwasserspiegel – erforderte eine Plattenrüstung mit einer bituminösen Dichtung.
Im Gebäude sind Räume und Raumgruppen für sehr unterschiedliche Funktionen (unter anderem Schulungszentrum, Ausstellungszentrum und Reparaturwerkstätten) untergebracht.

УДК 725.23.011.2

Skoda, R.

Заводское здание нар. предпр. Комбинат Роботрон в г. Лейпциге

дойче архитектур, Берлин 21 (1972) 2, стр. 96 до 100, 9 илл.

Это новое здание в центре Лейпцига служит подготовке и дальнейшей квалификации кадров для электронной обработки данных. Расположено в близости центра города, здание хорошо могло быть подключено к городской сети обеспечения. Плохой грунт — относительно высокий горизон грунтовых вод — требовал плитового монтажа с битумным оплотнением. В здании расположены помещения и группы помещений для очень различных функций (между прочим — центр обучения, центр выставок и ремонтные мастерские).

KB 625.41+184 DK 725.71.004.68

Rekonstruktion „Barthels Hof", Leipzig 109

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, S. 109 bis 111, 5 Abbildungen, 1 Grundriß

„Barthels Hof", eines der ältesten erhaltbaren Messehäuser, ist der letzte große Barockbau von Leipzig. Vom Ende des 19. Jahrhunderts an diente das Erdgeschoß als Gaststätte, zunächst Weinstube, später Bierrestaurant. 1969 wurde der Auftrag erteilt, die Gaststätte einer umfassenden Rekonstruktion zu unterziehen. Es wurden drei Räume mit insgesamt 172 Plätzen neu gestaltet: eine Bierschenke im Stil der Renaissance, ein Rokokoraum und eine Gartenhalle. Durch eine Synthese der historischen Stilelemente mit modernen Ausdrucksmitteln entstand eine für den Gast spürbar angenehme Atmosphäre.

УДК 725.71.004.68

Реконструкция «Бартельс Хоф» в г. Лейпциге

дойче архитектур, Берлин 21 1972) 2, стр. 109 до 111, 5 илл., 1 гориз. проекция

«Бартельс Хоф», один из старейших сохраняемых ярмарочных домов, является последним крупным зданием в стиле барокко в Лейпциге. Начиная с конца 19-го столетия первый этаж был винным рестораном, затем пивной. В 1969 г. сдано задание на обширную реконструкцию. Ново оформлены три помещения на всего 172 места: Пивная в стиле Ренессанса, помещение рококо и дом в саду. Синтез исторических стильных элементов с современными средствами выражения создает приятную для гостя атмосферу.

Summary	Résumé

DK 711.2

Siegel, H.

Town Planning Concepts for Leipzig, City of Fairs 70

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 2, pp. 70–75, 5 plans, 5 views, 1 diagram

Leipzig, the city of fairs, is the second city by size in the German Democratic Republic, its present population reaching almost the order of 600,000. Three general plans. i.e. one for each of the items of construction, traffic, and engineering services, were worked out to cover the next decades of urban development. All planning is based on the assumption of a possible growth to one million inhabitants. Further development of urban structure, composition, sites of housing and jobs, as well as aspects of traffic planning are covered by this article.

DK 711.2

Siegel, H.

Sur la planification urbanistique de Leipzig, ville des foires

deutsche architektur, Berlin, 21 (1972) 2, p. 70–75, 5 plans, 5 fig., 1 schéma

Avec ses 600 000 habitants environ Leipzig, ville des foires, prend le deuxième rang parmi les villes dans la RDA. Un plan général de construction, un plan général de la circulation et un plan général de l'approvisionnement technique furent établis en tenant compte du développement de la ville pendant les dizaines d'années futures. Ces plans se réfèrent à un accroissement possible de la ville jusqu'à un million d'habitants. La contribution traite en particulier le développement de la structure urbanistique, la composition de la ville, le développement des zones d'habitation et du travail et les problèmes de la planification de la circulation.

DK 728.1 : 333.013.4 : 351.778.5

Geißler, W.; Schulze, J.

Site Planning of Complex Housing Construction for Five-Year Plan Period, 1971 to 1975 76

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 2, pp. 76–80, 7 plans, 5 diagrams

The site planning scheme of complex housing construction to be implemented in the city of Leipzig is based on the general plans for construction, traffic, and engineering services which were adopted by the local parliament in 1970 to cover an advance period up to 1980. Some 20,000 dwelling units paralleled by 10,000 places in boarding houses will be included in siting schemes which are now being prepared on the basis of the above general plans to cover a period up to 1975, while some 25,000 to 30,000 dwelling units are assumed to follow between 1976 and 1980.

DK 728.1 : 332.013.4 : 351.778.5

Geißler, W.; Schulze, J.

Sur la planification des sites pour la construction complexe d'habitations pendant la période du plan quinquénnal 1971–1975

deutsche architektur, Berlin, 21 (1972) 2, p. 76–80, 7 plans, 5 schémas

La planification des sites pour la construction complexe d'habitations dans la ville de Leipzig base aux plans généraux de la construction, de la circulation et de l'approvisionnement technique jusqu'à 1980, qui furent en 1970 paraphiés par les députés de la ville. Sur la base de ces plans généraux, des offres de sites sont soumis pour 20 000 unités de logement environ, et pour 10 000 places dans les foyers en relation avec la construction des habitations. Un ordre de grandeur de 25 000–30 000 unités de logement fut accepté pour la première phase de 1976 jusqu'à 1980.

DK 711.58(–201)

Müller, W.; Scheibe, W.

Housing Area "Strasse des 18. Oktober", Leipzig 82

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 2, pp. 82–85, 1 plan, 1 view, 3 figs.

The area of "Strasse des 18. Oktober" will be kept reserved for a housing area with pertinent amenities and public facilities. Among the items to be completed under the housing programme until 1975 are 2,156 dwelling units, two boarding houses, one housing area centre, and two schools. Sport grounds, social buildings, and children facilities are also planned. The open spaces of the housing area will be kept available for playgrounds and recreation facilities. This housing area is intented to become a link, in terms of overall city design, between the central area of Leipzig and the Technical Fair Grounds.

DK 711.58(–201)

Müller, W.; Scheibe, W.

Unité de voisinage « rue 18 octobre », Leipzig

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, p. 82–85, 1 plan, 1 vue, 3 fig.

La zone de la rue « 18 octobre » fut choisie comme site d'une unité de voisinage, comprenant des bâtiments publics et du premier degré. Le programme de l'unité de voisinage jusqu'à 1975 stipule entre autres la construction de 2156 unités de logment, de deux complexes de foyers, d'un centre d'unité de voisinage et de deux écoles. En outre des terrains du sport, des bâtiments publics, jardins des enfants etc. sont prévus. Les espaces libres seront utilisés pour les terrains du jeu d'enfant et des buts de récréation. Du point de vue urbanistique cette unité de voisinage fonctionnera comme liaison entre le centre de la ville et le terrain de la Foire Technique.

DK 727.1+727.111+725.573

Matthes, D.

Kindergartens and Schools 86

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 2, pp. 86–91, 12 figs., 3 sections, 8 floor plans, 1 survey, 1 layout

Both new construction and rehabilitation of a great number of children facilities and schools are planned under the Five-Year Plan Directives. Here are the main problems to be tackled by the building industry of Leipzig county until 1975: completion of 5,000 to 7,000 kindergarten places, 2,600 to 3,400 crèche places, and 1,100 to 1,150 school rooms plus amenities.

This tremendous challenge will not be met unless substantial portions of the existing old-age building stock are rehabilitated, with high standards of responsibility, efficiency, and socialist teamwork being required from all parties involved.

DK 727.1+727.111+725.573

Matthes, D.

Installations pour les enfants et écoles

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, p. 86–91, 12 fig., 3 coupes, 8 plans horiz., 1 esqu., 1 plan du site

La directive du plan quinquénnal prévoit la construction nouvelle et la reconstruction d'un grand nombre d'installations pour les enfants et d'écoles. Tâches de l'industrie du bâtiment de la région de Leipzig jusqu'à 1975: 5 000 jusqu'à 7 000 places dans les jardins d'enfant, 2 600 jusqu'à 3 400 places dans les crèches et 1 100 jusqu'à 1 150 salles de classe, les installations secondaires y incluses, seront mises à la disposition. La solution de ces tâches importantes demande une reconstruction complexe des proportions essentielles de la substance des vieux bâtiments existants et exige, de la part de tous les intéressés, une mesure très élevée de responsabilité, d'efficacité et de collaboration socialiste.

DK 725.23.011.2

Skoda, R.

Premises of VEB Kombinat Robotron in Leipzig 96

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) No. 2, pp. 96–100, 9 figs.

This new building, situated in the centre of Leipzig, is used for training and upgrading of personnel for electronic data processing. Its central location has favourable impacts upon traffic accessibility and connection to urban services. Slab frames with bitumen seal were needed to cope with the poor ground of the site, its groundwater table being relatively high.

Rooms and groups of rooms for highly differentiated functions (including instruction and exhibition centres as well as repair shops) are accommodated in the building.

DK 725.23.011.2

Skoda, R.

Institut du VEB Kombinat Robotron, Leipzig

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, p. 96–100, 9 fig.

Ce nouveau bâtiment au centre de Leipzig est prévu pour la formation et la qualification des cadres pour le traitement électronique des données. La situation centrale au centre permet des relations de circulation favorables et s'intègre très bien au réseau de l'approvisionnement technique urbaine. Le terrain à bâtir très mauvais – nappe de l'eau souterraine très élevée – exigeait une ossature à panneaux avec calfeutrement bitumineux. Le bâtiment héberge des locaux et groupes de locaux avec des fonctions très différentes (entre autres centre de courses, centre d'exposition et ateliers de réparation).

DK 725.71.004.68

Reconstruction of "Barthels Hof", Leipzig 109

deutsche architektur, Berlin 21 (1971) No. 2, pp. 109–111, 5 figs., 1 floor plan

"Barthels Hof" is one of the earliest preservable fair buildings and the last great baroque structure of Leipzig. The basement has been used gastronomically from the end of last century, first as a wine tavern and later as a beer parlour. Complete reconstruction of the restaurant was ordered in 1969. Three rooms were re-designed to seat 172 persons in a renaissance-style beer parlour, a rococo room, and a garden lounge.

A pleasant environment with a palpable cosiness has been provided by combining historic styles with elements of modern expression.

DK 725.71.004.68

Reconstruction du « Barthels Hof », Leipzig

deutsche architektur, Berlin 21 (1972) 2, p. 109–111, 5 fig., 1 plan horiz.

« Barthels Hof », l'une des plus vieilles maisons conservables, de la foire, est le dernier grand bâtiment du barok à Leipzig. Dès la fin du XIXe siecle le rez-dechaussée fut utilisé comme restaurant, d'abord en tant que taverne du vin, ensuite comme estaminet. En 1969 le restaurant fut entièrement reconstruit. Il se composait maintement de trois salles avec un total de 172 places: un cabaret au style de la renaissance, une salle du rokoko et une halle de jardin. La synthèse entre les éléments du style historique et les moyens architectoniques modernes permettait créer une atmosphère très agréable aux hôtes.

31 409